

4 Ideologien der modernisierten, marktorientierten Herrschaft

4.1 Nachhaltigkeit

Im Original: Auszug aus Christoph Spehr 1996: „Die Öko-Falle“, ProMedia Verlag in Wien

Zukunftsfähiges Deutschland versucht sich vor allem am Nachweis, daß eine ökologisch nachhaltige Umorientierung der BRD ohne größere Konflikte und grundsätzliche Einschnitte möglich ist. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie aufgrund einer Reihe methodischer Kniffe, eines sehr reduzierten Nachhaltigkeits-Begriffs und eines eher blauäugigen Vertrauens auf angeblich bereits wirksame Tendenzen in die richtige Richtung. ...

Die Studie ist daher als Beitrag zu einem Kapitalismus zu sehen, der mit einem verbesserten, nachhaltigeren Akkumulationsmodell vor allem sich selbst nachhaltiger macht: seine Herrschaft und seine Privilegien. Sie ist eine Blaupause für einen reformierten Öko-Kapitalismus, der zukunftsfähig ist: fit, schlank und mit gutem Gewissen. ...

Die herrschende Nachhaltigkeits-Debatte suggeriert, daß die Verhältnisse keiner grundlegenden Veränderung bedürfen, um den Tanker wieder flott zu kriegen. Sie redet zwar von gewaltigen Anstrengungen, die nötig seien, um die ökologische Krise zu überwinden. Aber diese sollen komplett auf der Linie der bisherigen Entwicklungsstränge bleiben: technische Entwicklung; Strukturpolitik; internationale Abkommen; Steuerung des individuellen Verhaltens gemäß objektiven Notwendigkeiten; Formierung der Gesellschaft im Sinne einer nationalen Handlungsfähigkeit. Durch intelligente Technik und intelligente Politik soll dem bestehenden Kapitalismus ein überraschender Ausweg aus der ökologischen Krise gefunden werden. Die Anziehungskraft der Nachhaltigkeitsdebatte besteht in der Vermarktung dieser Idee eines raffinierten Coups: Alles nicht so schlimm gewesen. Donald Duck schafft es wieder einmal in der letzten Minute.

a. Was ist Nachhaltigkeit?

Der Definitionen gibt es viele – sie sagen vor allem aus, daß es keine einheitliche Definition gibt. Nachhaltigkeit ist das, was sich jedeR draus macht, die Regierenden, die Konzerne, die Umwelt-NGOs oder wer auch immer. Zugrunde liegt eine eher banale ökologische Aussage, z.B. im Text „Die Welt ist keine Ware“ von Hartwig Berger („Stachelige Argumente“, 5/1999, S. 9): „Die Debatte um Nachhaltigkeit ist aus einer leicht begreiflichen Erkenntnis entstanden, die Bauern, Förster und Fischer im einfachen Satz zusammenfassen würden: Es darf nicht mehr geerntet werden als nachwächst. Etwas anspruchsvoller formuliert, können wir auch sagen: Ökologische Teilsysteme wie Gewässer, Landschaften oder Wälder und Gesamtsysteme wie die Meeresströmungen oder das Weltklima dürfen nicht so belastet werden, dass dadurch ihre Funktionen und ihre Funktionsfähigkeit geschwächt oder nachteilig verändert werden. Nachhaltig ist demnach ein Handeln, welches das Funktionieren der Natur als Ressourcenquelle, als Aufnahmemedium für Emissionen und als Lebensgrundlage für die Menschen nicht einschränkt.“

Doch diese fachlich orientierte Definition ist beliebig dehnbare. Wie ist das Ziel zu erreichen und wie sieht das gewünschte Endstadium aus? Dazu gibt es keine Klarheit. Herrschaftsverhältnisse werden regelmäßig ausgeblendet. So kann der von Kinderhänden geknuppfe Teppich als nachhaltig gelten, wenn die Kinder so „gehalten“ werden, daß sie nicht verhungern, und der Anbau der Rohstoffe so erfolgt, daß der Boden erhalten bleibt. Sehr stark verengt wird Nachhaltigkeit auf die Frage der Effizienz: Nur Technik und moderne Regierungssysteme (die wehrhafte Demokratie als Weltmodell) können die Rettung sein. In der Freitag am 13. Juli 2001 (S. 5) findet sich das Zitat: „Wir sind für den Wettbewerb der Eigentumsformen, um die Form zu finden, die am meisten nachhaltige Effizienz zeitigt ...“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sprang 1999 auf den Nachhaltigkeitszug auf und bestimmte gleich die Richtung. Selbst Wirtschaftsminister Werner Müller fehlte nicht mit positivem Bezug auf die Nachhaltigkeit, er schrieb u.a. ein Grußwort für eine Schrift der

führenden Umweltmanagement-Organisation B.A.U.M. Überall dort rückten die Ideen von Effizienz und Technologietransfer in den Mittelpunkt, nachhaltiges Wirtschaften entpuppte sich als Druckmittel für eine technologische Modernisierung mit den Herstellerfirmen dieser Technik als Gewinner (mehr siehe Absatz c.).

Im Original: Auszug aus dem Vorwort in „Denken. Kommunizieren. Handeln“ der BDI-Initiative „econsense“ (www.econsense.de)

„Nachhaltige Entwicklung“ bedeutet, die Bedürfnisse der derzeitigen Generation zu befriedigen, ohne kommenden Generationen die Chance zu nehmen, ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden. Dieses Prinzip der nachhaltigen Entwicklung entspricht unseren gesellschaftlichen Wertvorstellungen und dem Verständnis einer sozialen Marktwirtschaft.

Auszug aus „Position des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zur Nachhaltigkeit“, 1999

In der Tat drohte vor Jahrzehnten auch in Deutschland kurzfristig – und kurzfristig –, rational erscheinendes Verhalten die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Schadstoffe in Gewässern, in der Luft und im Boden nahmen beunruhigende Ausmaße an. Seither ist aber viel geschehen. Durch Innovationen und Investitionen ist es der Industrie in Deutschland gelungen, Umweltbelastungen durch Fabriken enorm zu reduzieren. Gleichzeitig wurde der Lebensstandard nicht nur gehalten, sondern erheblich gesteigert. Technisch ausgedrückt heißt das: Umwelt- und Ressourcenverbrauch sowie Wirtschaftswachstum wurden entkoppelt. ... Neue Techniken senken den Treibstoffverbrauch drastisch. Biotechnologien reduzieren die Flächenanforderungen in der Ernährung. Kernenergie vermindert den CO₂-Ausstoß in der Energieversorgung ... Es ist schon seltsam, daß gerade diejenigen, die sich so engagiert für Umweltschutz und Ressourcenschonung einsetzen, gleichzeitig neuen Technologien so skeptisch gegenüberstehen, bei der Biotechnologie auf die Bremse treten und bei der Kernenergie den totalen Ausstieg wollen. Der Ausstieg Deutschlands macht die Welt nicht sicherer – im Gegenteil. Unsere Sicherheitsstandards sind führend in der Welt. Wir müssen weiter dazu beitragen können, daß die Kernenergie weltweit sicherer wird, um Katastrophen wie Tschernobyl in Zukunft zu verhindern. ...

Eine nachhaltige soziale Sicherung setzt zuallererst auf private Initiative. ... Einer der wichtigsten Schlüssel für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft heißt Bildung. ... Die Hochschulen müssen die Freiheit haben, um die besten Hochschullehrer zu konkurrieren (und die nicht so guten zu entlassen). Die Freiheit der Hochschulen, Studiengebühren zu erheben, gehört genauso dazu, wie private Hochschulen zu gründen und zu stärken. ... Und eine Politik für Nachhaltigkeit hat verstanden, daß es einen fruchtbaren Wettbewerb um knappe Ressourcen gibt. Nachhaltig können nur solche Gesellschaften sein, die in diesem Wettbewerb Boden gewinnen oder wenigstens halten. ... Die Ursachen für diese Defizite sind weitgehend bekannt. Bei wichtigen Faktoren im Wettbewerb der Standorte um Investitionen und Innovationen hat Deutschland Nachteile aufzuweisen. Die Arbeitskosten sind im internationalen Vergleich die höchsten, die Arbeitszeiten die kürzesten der Welt. Die Steuer- und Abgabenbelastung unternehmerischer Betätigung ist in Deutschland besonders hoch. An allen diesen Hebeln muß eine Politik für Nachhaltigkeit ansetzen.

Auszug aus dem Grußwort von Werner Müller zum B.A.U.M.-Jahrbuch, Quelle: B.A.U.M.-News Nr. 16 vom 8.10.2001

Die Wirtschaft in Deutschland richtet sich mehr und mehr am Leitbild der Nachhaltigkeit aus. Der Diskurs hierüber wird offensiv geführt und der Erfolg zeigt, dass Nachhaltigkeit mit Gewinn für das Unternehmen und die Umwelt umsetzbar ist. Bislang sind es jedoch vorwiegend Großunternehmen, die Engagement zeigen und Schrittmacherfunktion übernehmen.

Weil die Ideologie der Nachhaltigkeit so unendlich dehnbar und harmonisierend-integrativ ist, wirkt sie auch als integrierender Rahmen, in dem bisherige Gegensätze überwunden werden können. Dieser „Alleskleber“ zeigt sich sogar an etlichen KritikerInnen, die Bedenken äußern, aber doch immer wieder in den Sog aufgenommen werden – vor allem wenn sie von Seiten derer, die die öffentliche Meinung stark beeinflussen, gefragt und integriert werden (Parteien, große NGOs, staatliche Institutionen). Als Beispiel für viele sei Prof. Elmar Altvater genannt, der in Berlin zu den Propagandisten von Agenda und Nachhaltigkeit gehört, dabei auch öffentlich KritikerInnen zurechtweist, jedoch selbst in seinen Büchern die Kritik formuliert.

Im Original: Elmar Altvater im Vorwort zu seinem Buch „Vernetzt und verstrickt“, 1997, Westf. Dampfboot in Münster (S. 22)

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat ... den „Charme eines Posie-Albums“ – und folglich auch nur dessen politische Verbindlichkeit.

Andreas Missbach im gleichen Buch im Text „Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt“ (S. 86-89)

Der Brundtland-Bericht selbst enthält keine überzeugende Analyse und kein widerspruchsfreies Programm, sondern ist ein wissenschaftliches und politisches Konsensdokument. Gerade dessen Unschärfe und Widersprüchlichkeit waren entscheidend für seinen Erfolg. Der Bericht besitzt den Charme eines Posie-Albums: es finden sich unzählige gute Ratschläge jedwelcher Provinienz. ... Jenseits von Worthülsen aber hören die Gemeinsamkeiten auf: nämlich dann, wenn es um die Entwicklungsstrategien gegen die Armut und die nötigen Veränderungen zum Schutz der lebenserhaltenden Ökosysteme geht. ... Entscheidend für die allgemeine Akzeptanz des Brundtland-Berichtes war das Bekenntnis zu realem weltwirtschaftlichem Wachstum. Die Autoren des Berichts sprachen sich für ein fünf- bis zehnfaches Wachstum der Produktion bis zum nächsten Jahrhundert aus ... Nachhaltige Entwicklung ist für diese Kritiker lediglich eine Ausdehnung der Entwicklungsideologie, ein Versuch des Nordens, die Kontrolle zu behalten, nichts Geringeres als „eine neue Welle der Kolonialisierung“ ...

Bezugspunkte für die Debatte sind immer wieder große internationale Entscheidungen und Konferenzen, z.B. das Gerangel um den Klimaschutz auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls und die Weltkonferenz „Rio+10“ in Johannesburg im Sommer 2002. Im Rahmen der Debatte wird auch Kritik vorgetragen. Allerdings wird in der breiten Öffentlichkeit nur die moderate Kritik aus NGOs und aus intellektuellen Eliten wahrgenommen. Das ist kein Zufall, denn zwischen kritischen BegleiterInnen der herrschenden Diskurse und denen, die die Modernisierung von Herrschaft u.a. über die Nachhaltigkeitsdebatte voranbringen, bestehen vielerlei Kontakte. Letztlich ist der Schluß möglich, daß zu modernen integrativen Herrschaftskonzepten die Einbindung der Kritik dazugehört – frei nach dem Motto: Wir bezahlen unsere KritikerInnen, dann können wir steuern, welche Kritik wie Verbreitung findet. Unabhängige KritikerInnen werden sowohl von denen, die die Herrschaftsdiskurse führen als auch von denen, die mit diesen als (Schein-)KritikerInnen verbunden sind, verdrängt. So wird Pluralität inszeniert, ohne wirklich da zusein.

Beispiele der Verbindung von Kritik und Macht:

- Die meisten AutorInnen der vielen kritischen Bücher zu Zivilgesellschaft, NGOs und Nachhaltigkeit gehören Parteien (vor allem SPD, Grüne und PDS), staatsnahen NGOs (vor allem Attac) an oder sind Angestellte beim Staat (an Universitäten bzw. in den Büros von ParlamentarierInnen).
- Viele der Bücher erscheinen in Verlagen, die selbst Teil großer Konzerne sind, aber verdeckt als Tochterverlag gerade die ideologische Verbindung von Marktwirtschaft, Demokratie und kritischen Eliten voranbringen.
- Das eindrucksvollste Bild zeigen die deutschsprachigen Literaturangaben der verschiedenen Bücher. Sie verweisen immer wieder auf eine überschaubare Zahl von Personen, die als Elite den Diskurs über Nachhaltigkeit, NGOs, Zivilgesellschaft usw. führen. Die KritikerInnen des Diskurses benennen als Quellen ihr eigenes Umfeld und die BefürworterInnen, also die scheinbar andere Seite, während unabhängige KritikerInnen nie angegeben werden, obwohl deren Literatur offensichtlich auch genutzt wird.¹
- Insgesamt ist ein dichter Filz gegenseitiger Unterstützung bei Postenvergabe, öffentlichen Auftritten usw. entstanden. AutorInnen, die immer wieder als kritische Elite auftreten² und damit unabhängigen KritikerInnen auch den Platz wegnehmen, wiederholen die genannten Ausgrenzungen, während der Draht zu denen, die sie kritisieren, sehr intensiv ist. Ein Blick in die Gremien der NGOs mit dem aggressivsten Anspruch, per

Selbstinthronisierung Sprachrohr „der“ Bewegung zu sein (vor allem Attac, aber auch z.B. die Buko, das Forum Umwelt und Entwicklung oder der DNR), zeigt die Eliten dort zusammen in Gremien wie fachlichen Beiräten u.ä.

- Die Tageszeitungen der bildungsbürgerlichen Schichten und sozial-ökologischen, staatsnahen Ideologien (taz, Spiegel, FR bis zu Junge Welt und Neues Deutschland) haben in den vergangenen Jahren den aus den Eliten stammenden, miteinander verbundenen BefürworterInnen und KritikerInnen der Nachhaltigkeit viel Raum geboten, während sie unabhängige KritikerInnen stets verschwiegen oder gar angegriffen.³
- Medien, die direkt aus den Eliten z.B. von Attac oder Buko stammten, agierten sogar noch häufiger aggressiv gegen unabhängige Gruppen.⁴

Nach außen wurde Nachhaltigkeit zum verbindenden Alleskleber – auch wegen der geschickten Inszenierung von Pluralität und der Integration von Kritik als Teil des dominanten Diskurses für politische Diskussionen. Das wird sogar selbst von denen, die die Debatte federführend betreiben, so formuliert.

Im Original: Auszug aus „Das Jo’burg Memo“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 2002, Berlin, S. 10)

Ferner ist die Sorge um die Natur nicht nur auf der administrativen, sondern auch auf der kognitiven Ebene in die Politik eingesickert. Insbesondere der Begriff „nachhaltige Entwicklung“, um den sich bei der Rio-Konferenz alles drehte, hat als Kompromissformel eine bemerkenswerte Karriere hinter sich gebracht. Während Wirtschaftsfreunde und Umweltschützer sich jahrzehntelang als Kontrahenten gegenüberstanden waren, zwang dieser Begriff sie nunmehr dazu, auf einem gemeinsamen Terrain zu agieren. Sowohl Shell als auch Greenpeace, die Weltbank wie indigene Organisationen berufen sich auf „nachhaltige Entwicklung“; und kaum jemand wagt, dieses Konzept offen zurückzuweisen. Der Begriff wirkt im Gegenteil wie ein Allzweckkleber, der Freund und Feind gleichermaßen zusammenbindet. So sahen sich im Gefolge dieser semantischen Innovation sowohl Entwicklungsenthusiasten wie Naturfreunde veranlasst, ihre Positionen zu revidieren. Der Begriff bot eine gemeinsame Basis, die einen produktiven Austausch zwischen den etablierten Institutionen und ihren lautstarken Opponenten ermöglichte. Natürlich war ein Preis für diesen Konsens zu bezahlen, und das war die Klarheit. Inzwischen werden Dutzende von Definitionen von Experten und Politikern herumgereicht, weil sich an dieselbe Idee widerstreitende Interessen und Visionen an ein und denselben Begriff heften. Aber gerade diese integrierende Kraft muss als das Erfolgsgeheimnis der Formel „nachhaltige Entwicklung“ betrachtet werden. Kaum jemals hinterließ eine Konferenz eine solche Wirkung auf die politische Landschaft mit keinem anderen Mittel als der Sprache.

b. Nachhaltige Ideologie: 2000 Jahre Erfolglosigkeit und Verschleierung⁵

Entgegen dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden Eindruck ist die ökologische Krise keine neuartige Erscheinung. Im Gegenteil: Die gesamte Geschichte der Menschheit ist durchzogen von den Symptomen ökologischen Niedergangs. Der Zusammenbruch so mancher Hochkultur wird nur dann wirklich verständlich, wenn man die Folgen der von ihr verursachten Umweltprobleme mit berücksichtigt.

Obwohl die Aufarbeitung der Umweltgeschichte erst am Anfang steht, lassen sich wesentliche Grundzüge bereits erkennen. Ebenso alt wie die Krisenerscheinungen sind die Bemühungen um angemessene Reaktionen darauf. In aller Regel haben die Lösungsversuche die Gesamtsituation auf längere Sicht jedoch verschlechtert anstatt verbessert. Die Rückschau lässt dies ebenso deutlich werden wie die Gründe, die dazu geführt haben. Unübersehbar wird beispielsweise, wie unzureichend es ist, sich ohne handlungsleitende soziale und ökologische Gesamtperspektive von Teilfrage zu Teilfrage auf das jeweils politisch gerade Durchsetzbare zu konzentrieren. Über die Jahrhunderte hindurch ist jedoch genau diese Verhaltensweise vorherrschend gewesen. Dabei hat es in vielen Fällen

durchaus Lösungsvorschläge gegeben, die sowohl längerfristiger angelegt als auch inhaltlich für die jeweilige Zeit überzeugender gewesen sind. Derartiges ergibt sich nicht erst aus heutiger Sicht. Konzepte, die Menschenrechte, Selbstbestimmung und Umweltfragen miteinander zu verbinden trachten, sind aber bislang nie konsequent erprobt worden.

Im Zeitraffer: Nachhaltigkeit hat Geschichte

Die Erde entsteht vor knapp 5 Milliarden Jahren. Neuesten Forschungen zufolge könnte sie gar noch älter sein. Geht man jedoch von diesem Alter aus und rechnet den genannten Zeitraum in ein Jahr um, so taucht der Mensch erst am Abend des 31. Dezember um kurz vor 21 Uhr im Geschehen auf. Ökologischen Zeitdimensionen zufolge spielt der Mensch also nur eine verschwindend geringe Rolle. Das trifft bekanntlich jedoch nicht auf die qualitativen Auswirkungen seines Daseins auf Erden zu.⁶ Der erste „echte“ Mensch (*Homo erectus*) geht aufrecht über die Savannen Ostafrikas (vor 1,8 Millionen Jahren).

Das Klima kippt: Die erste Phase der Eiszeit beginnt (vor 1,2 Mill. J.).

Der Peking-Mensch reagiert und nutzt das Feuer (vor 600000 J.). Der erste moderne Mensch (*Homo sapiens sapiens*) beginnt mit Höhlenmalereien Zeugnisse hoher Kultur zu hinterlassen. Als einziger Überlebender der Menschenfamilie besiedelt er in der Folgezeit mit Australien und Amerika die letzten noch menschenfreien Kontinente.

Ende der Eiszeit: Viele Tier- und Pflanzenarten sterben aus, wobei der steinzeitliche Mensch wohl kräftig nachhilft. Die Ostsee entsteht. Menschen im Vorderen Orient halten erste Haustiere und erfinden den Ackerbau. (vor 10-12000 J.). Die landwirtschaftliche Revolution läßt die Zahl der Menschen in wenigen Jahrtausenden von zehn auf über hundert Millionen Köpfe anwachsen. Die „kritische Masse“ für die Entwicklung von Hochkulturen sammelt sich in Flußtälern des Mittleren Ostens und Chinas an.

An Euphrat und Tigris: Sumerer erfinden das Rad vor 5500 Jahren. Es treten erhebliche Wasserprobleme auf. Bodenversalzung, Waldabholzung und damit in der Folge Wüstenbildung und Verkarstung scheinen wesentliche Ursachen des Untergangs der Kultur zu sein.

Babylon 1750 v. Chr. König Hammurabi erläßt Gesetze mit Bestimmungen zum Tierschutz, damit die Terrassen als Nutztiere erhalten bleiben.

Mittelmeer Beginn der Eisenzeit: Die mengenmäßig ständig wachsende Eisenverhüttung verbraucht derart viel Holzkohle, dass im Mittelmeerraum und Mittleren Osten ganze Wälder und Landstriche kahlgeschlagen werden.

Athen 400 v. Chr. Der Arzt Hippokrates fordert Maßnahmen gegen Gestank und Emissionen von Gewerbetrieben. Besonders die Silberschmelzöfen sind ein Problem. 50 v. Chr. schlägt der Geograph Strabon dazu vor, möglichst hohe Schornsteine zu bauen, um die Abgase weiträumig zu verteilen.⁷

Mittelmeer Christi Geburt: Landwirtschaft, Bergbau und Handel sind über die gesamte bekannte Welt verbreitet. Große Verkehrs- und Bewässerungsbauwerke entstehen.

Rom: Gerbereien, Färbereien und Wäschereien werden wegen ihrer Emissionen und Abwässer aus dem Wohnbereich auf die noch unbebaute Seite des Tiber verbannt. Bestimmungen über Hausbau, Abwasserbeseitigung, Luft- und Lärmbelastung sollen vor Immissionen schützen. Soweit der Eigentümer eines Grundstück durch seine Tätigkeiten keine andere Person in der Nutzung ihres Besitzes behindert, darf er aber weiterhin ungestört Raubbau an der Natur betreiben. Nach 400 Jahren röm. Herrschaft im Mittelmeerraum ist der größte Teil der Bewaldung verschwunden. U.a. sind die Dolomiten in ihrer heutigen Form als verkarstetes Gebirge entstanden, weil sämtliches Holz für Schiffe, Bauten und Heizung eingeschlagen wurde. Durch den Waldrückgang, nachfolgende Klimaänderung und Bodenerosion fallen immer mehr Gebiete für die Kornproduktion aus. Die nordafrikanischen Provinzen, bislang die Kornkammer des Reiches, werden zur Wüste. Verarmte Bauern ziehen in die Städte. Immer öfter treten Ver- und Entsorgungsprobleme auf, führen zu Zusammenbrüchen der örtlichen Verwaltung, ein Grund warum sich das Reich nicht entschieden genug gegen die von Norden einfallenden Völker zu wehren vermag.⁵

Mittelamerika 1000 n. Chr. Nach weit über 1000 Jahren Bestand bricht die Maya-Kultur zusammen. Übernutzung der Wälder und Zerstörung der Tropenböden führen den Untergang maßgeblich herbei. Dennoch bleibt der Vorgang für die Nachwelt rätselhaft. Über sehr lange Zeit sind die Maya angesichts einer sensationell hohen Bevölkerungsdichte im Umgang mit ihren Lebensgrundlagen schließlich sehr erfolgreich gewesen.⁷

Mitteleuropa 1200: Das „gotische Wirtschaftswunder“ zeichnet sich durch die Rodung von Wäldern und Gründung von Städten aus. Stadthygiene, geregelte Wasserversorgung und Abfallbeseitigung sind in aller Regel jedoch völlig verwarlost und müssen in ihrer Bedeutung neu erkannt werden.

Melphi 1250: Stauferkaiser Freidrich II: ordnet an, allen Unrat durch Einleitung in die Flüsse zu beseitigen. Mitteleuropa ab 1330: Entwaldung, übermäßige Bodennutzung und mangelnde Hygiene in den dichtbesiedelten Städten und Dörfern lassen das Wirtschaftswunder der Gotik zusammenbrechen. Krankheits- und Seuchenerreger finden so gute Ausbreitungsmöglichkeiten vor, daß allein der Pest ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer fällt. Die Wirkung auf Erkenntnis und Handeln ist jedoch i.d.R. begrenzt.⁸

Basel 1420: Die Stadt beschließt, die ihr zu kostspielige Säuberung der Latrinen vorläufig einzustellen. Abortanlagen sollen nur noch im Abstand von allen 10 bis 40 Jahren geräumt werden.

Mitteleuropa um 1450: Im deutschsprachigen Raum steht nur noch auf etwa 4% der Fläche Wald, naturbelassenen ist er nicht mehr. Regionen wie beispielsweise der Harz sind aufgrund der hohen Nachfrage nach Brennmaterialien und Baustoffen völlig entwaldet. Es setzt dort großflächige Erosion ein, das Erdmaterial lagert sich vor allem in der Elbe ab, wodurch die heutigen Elbauen entstehen. Wo noch Wald steht, wird er als Viehweide genutzt, was den natürlichen Baumnachwuchs unterbindet. Die durch Holzknappheit verursachte Energiekrise des Mittelalters wird vor allem infolge der Pest gelöst. Der Wald erobert sich ausgestorbene Dörfer und verlassene Felder zurück. Zudem werden erste Aufforstungsprogramme umgesetzt. Allerdings weit überwiegend mit Fichten (statt Laubbäumen), die als fast einzige Art auf dem erodierten Boden noch ausreichend rasch zu wachsen in der Lage ist. Es werden Verordnungen erlassen, die es zur Pflicht machen, für jeden gefällten Baum eine Vielzahl neuer zu pflanzen. Die Waldnutzung wird stark eingeschränkt und kontrolliert. In den Städten baut man u.a. darum zunehmend mit Stein. Infolge der Aufforstungen steigt der Waldanteil in Deutschland um 1800 im wesentlichen auf seinen bis heute unveränderten Stand.⁹

Planet Erde ab 1500: Beginn der Neuzeit. Entdeckungsfahrten verbreiten europäische Technik und Kultur, dazu Krankheiten, Pflanzen und Tiere über die ganze Erde. Neue Tier- und Pflanzenarten werden in Europa eingeführt. Viele Tierarten werden ausgerottet.

Europa 17. Jh: Der Aufschwung der modernen Naturwissenschaften legt den Grundstein für die bis heute anhaltende technisch-wissenschaftliche Revolution.

England 1769: Die industrielle Revolution mit Dampfmaschine und Fabriken schafft neuen Reichtum, aber auch Massenverelendung, hohe Bevölkerungsdichte sowie die erste großtechnische Umweltverschmutzung.

Niedersachsen, Harzvorland: Die Innerste ist biologisch tot. Es ist der am stärksten vom Abraum aus den Harz-Bergwerken belastete Harzfluß. Aufgrund der vom Wasser aus dem Abraum gelösten Schwermetalle können die angrenzenden, im Frühjahr überschwemmten Wiesen nicht mehr für die Viehweide genutzt werden. Tiere und Menschen sterben an Vergiftungen, die man sich zunächst nicht erklären kann.¹⁰

Karlsruhe 1800: Unter der Leitung von Johann Gottfried Tulla beginnen die Arbeiten an der sogenannten Oberrheinkorrektion. Das bis dato größte deutsche Wasserbauprojekt löst heftige Kontroversen aus. Während die Befürworter den Schutz vor Überschwemmungen, eine bessere Schifffahrt und den Gewinn von Ackerland erwarten, prophezeien die Gegner „furchtbare Folgen“. Die Flussbiegungen seien als „sehr wohlthätige Einrichtungen der Natur zu betrachten“, die eine Zunahme der Fließgeschwindigkeit und damit das Trockenfallen bei Niedrigwasser verhindern würden. Weitere Argumente sind der Erhalt des Artenreichtums, insbesondere der Fische, sowie der Nutzen der jährlichen Überschwemmungen mit ihren Nährstoffablagerungen für Ackerbau und Viehzucht.⁶

Paris 1800: Um die Jahrhundertwende tobt laut Zeitzeugen in der französischen Hauptstadt „ein beständiger Kampf zwischen Fabrik und Nachbarn“. Gründe dafür sind die ununterbrochen zunehmenden Lärm-, Luft-, Wasser- und Bodenbelastungen infolge der Ausweitung von Firmenaktivitäten.⁵

Deutschland 1836 u. 1840: Justus von Liebig entdeckt die künstliche Düngung und löst damit die moderne landwirtschaftliche Revolution aus. Im Rheinland wird der Drachenfels zwecks Erhaltung der Denkmale des Urzustandes der Heimat unter Schutz gestellt (1836).¹¹

Planet Erde 1850: 1 Milliarde Menschen leben auf der Erde.

Deutschland 1860: Immer mehr Industriegebiete bilden u.a. das Ruhrgebiet. Rauchende Schornsteine gelten als schick, weil sie Fortschrittsymbol sind. Massen arbeitsloser Menschen strömen in die Städte und werden von den ersten Fabrikbesitzern als billige Arbeitskraft verschlissen.

Deutschland ab 1880: Die Elektrifizierung beginnt. Immer mehr Maschinen werden entwickelt, u.a. das Automobil. Es häufen sich Klagen über verschmutztes Wasser und verpestete Luft. In vielen Arbeitervierteln ist das Öffnen der Hausfenster unüblich geworden, erkrankten die Menschen an Atembeschwerden.

Osnabrück: Der Regierungspräsident läßt Untersuchungen über die Gesteinszersetzung am Dom vornehmen, deren Ursachen er in der Luftbelastung vermutet.¹²

Deutschland: Der Pflanzenchemiker Stückhardt warnt wiederholt seit 10 Jahren, daß „schädliche Stoffe selbst bei einer sehr bedeutenden Verdünnung schließlich eine verderbliche Wirkung auszuüben vermögen, wenn die Einwirkung eine langhaltende oder massenhafte ist“.

Berlin 1880: Im Preußischen Jahrbuch erscheint eine herbe Kritik von Ernst Rudorff am zunehmenden Tourismus. Die Touristen würden die Natur, die sie suchten, verschandeln.⁶

Berlin 1898: Während der Haushaltsdebatte im Preußischen Abgeordnetenhaus fordert Wilhelm Wetekamp die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Erhalt von Naturdenkmälern und die Schaffung großflächiger Naturschutzparke.

Düsseldorf 1899: Auf dem westdeutschen Fischereitag beklagt ein preußischer Staatsbeamter die zunehmende Verschmutzung der Flüsse, während er gleichzeitig Bezug auf den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 nimmt. „Wir haben 1870 für den deutschen Rheinstrom gekämpft – unsere Söhne werden in einem neuen Krieg für die deutsche Rheinkloake kämpfen können“.⁶

Berlin, Hannover 1904: Von Teilen des Harzes wird eine erste Waldschadenskarte mit unterschiedlichen Schadensstufen geschädigter Bäume erstellt.⁵ Der Direktor des Westpreußischen Provinzialmuseums, Hugo Conventz, fordert einen Verbund von schützenswerten Gebieten. Er sei der Meinung, daß „es mit ein paar Nationalparks auch nicht erledigt sei. Es ist viel richtiger, ... durch das ganze Gebiet zerstreut, funktlichst in jedem Landesteil, kleinere Flächen von verschiedener Beschaffenheit in ihrem ursprünglichen Zustand zu erhalten.“¹⁰

München 1907: Das neue Bayerische Wassergesetz verpflichtet Unternehmer ganz im Sinne des bis in die 80er Jahre politisch noch immer umstrittenen Verursacherprinzips dazu, anderen Berechtigten die Schäden zu ersetzen, die er ihnen infolge von Verunreinigung von Gewässern zugefügt hat.⁶

Hoher Meißner 1913: Auf dem ersten Freideutschen Jugendtag klagt der Philosoph Ludwig Klages die „muttermörderische Verblendung derer an, die in blinder Wut die eigene Mutter, die Erde, verheeren, ..., bis alles Leben und schließlich sie selbst dem Nichts überliefert sind.“¹⁰

Stuttgart 1915: Die Behörden schieben den aus Kronstadt (Siebenbürgen) stammenden Gusto Gräser nach Österreich ab. Nachdem er die Vegetarische Gesellschaft bei Ascona am Lago Maggiore mitgegründet hatte, ist Gräser jahrelang durch Deutschland gezogen, eigenen Besitz ablehnend, in einer Ehe ohne Trauschein lebend und seine Kinder ohne Schulbesuch erziehend. 17 Jahre später verarbeitet Hermann Hesse Gräsers Überzeugungen in der Erzählung „Die Morgenlandfahrt“, wodurch seine Botschaft eines gewaltlosen individuellen Widerstandes und einer einfachen naturnahen Lebensform ein millionenfaches Publikum erreichen.¹⁰

Berlin 1922: Unter wesentlicher Mitwirkung von Paul Robin findet der Erste Deutsche Naturschutzkongreß statt. Die damit verbundene Hoffnung auf eine Vereinigung der verschiedenen alternativen Bewegungen der Weimarer Republik zu einer ökologisch-sozial orientierten Bewegung erfüllt sich nicht. Robin fordert auf dem Kongreß und in der Folgezeit im anarchistischen Blatt „Der Freie Arbeiter“ zu Abrüstung, Pazifismus, internationalem Naturschutz und dazu auf, in Deutschland 600 bis 1000 Naturschutzzentren einzurichten, in denen wenige Freiwillige das Gebiet betreuen und dabei frei von staatlicher Beeinflussung herrschaftsfrei leben. Er selbst gründet eine solche Naturwarte auf der Odermündungsinsel Morine. Wegen antisemitischer Äußerungen stellt „Der Freie Arbeiter“ 1925 die Publikation von Robins Artikeln ein. Auch der Aufruf zum Konsumverzicht hat die Arbeiterschaft zu sehr provoziert. In der Gegenantwort des Blattes heißt es: „Robin kommt in eine Stadt, in der 30% der Einwohner obdachlos sind. Anstatt nun die Reichen zu zwingen, überflüssige Räume abzugeben und neue Häuser zu bauen, macht er alle 100% obdachlos. ... Es ist gut und richtig, sich von kapitalistischer Modeblödeheit und Luxusidiotie zu emanzipieren, aber die warme, schöne, behagliche Kleidung, die gute, wohlschmeckende Nahrung, das angenehme, sinnvoll und hübsch eingerichtete Wohnzimmer, der moderne Verkehr, Dampf, Gas, Elektrizität, das gute Buch, die Seife, das Klosett mit Wasserspülung, sowie Badewanne und Kleinauto sind sehr gute und nützliche Dinge für alle Menschen, die für alle erkämpft werden sollen.“ Robins spätere Warnungen vor einer Ölverseuchung der Meere, Vergiftung der Wälder und der Gefahr eines Weltuntergangs durch einen Atomkrieg erreichen daher kaum noch jemanden.⁶

Sachsen 1927: Der Heimatschutzverein und die Naturfreunde fordern, den Bau neuer Autostraßen durch die Sächsische Schweiz zu unterlassen. Wörtlich heißt es: „Die Interessen einer kleinen übersättigten volksfremden Schicht darf nicht den Sieg davontragen über das Wohl der großen wanderfrohen natursehnsüchtigen Massen, die in der halbwegs unberührten Landschaft ihren Kraft- und Freudequell haben.“ Ausflügler werden zugleich aufgefordert, Lärm zu unterlassen, Müll mit nach Hause zu nehmen und keine Pflanzen auszugraben.¹⁰

Ruhrgebiet 1928: Der Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks macht den Vorschlag, säurefeste Bäume zu pflanzen.¹⁰

Stolzenberg: Ein Giftgasunglück in der Chemiefabrik führt zur Vergiftung von 150 Menschen.

Planet Erde 1930: 2 Milliarden Menschen leben auf der Erde.

Halsbrück 1933: Um die Rauch- und Abgasbelastung zu vermindern, hat die mit Steinkohle betriebene Halsbrücker Esse den mit 144 m Höhe höchsten Schornstein der Welt bekommen. Einige Zeitgenossen

sind mit dieser Lösung dennoch nicht zufrieden und bezeichnen das Bauwerk als „Riesengeschütz für die Fernbeschießung größerer Waldgebiete“.

Dresden 1940/41: Der Reichslandschaftsanwalt (des Generalinspektors) für das Deutsche Straßenwesen, Alwin Seifert, veröffentlicht sein Buch „Im Zeitalter des Lebendigen“ und schreibt darin: „Die materiellen Notwendigkeiten unseres Landes fordern immer größere Eingriffe in die Natur. ... Auch unser Verkehrssystem verlangt zusätzlich in die Landschaft einschneidende Anlagen. Immer enger wird der Raum ursprünglicher Natur und Landschaft zurückgedrängt.“ Es sei daher wichtig, daß die Technik ihre Anlagen in enger Naturverbundenheit durchführe. Seifert fordert im einzelnen handwerksgerechtes Mauerwerk an Autobahnbrücken statt Beton, um die landschaftliche Eingliederung zu fördern, außerdem mehr Kurven statt gerader Fahrbahnabschnitte und Randbepflanzungen. Sein vorgesetzter NSDAP-Minister lobt den Autor daraufhin als „Vorkämpfer für ein naturverbundenes Schaffen der Technik“.¹⁰

Industrialisationen nach 1945: Die Industrialisierung greift endgültig in alle Lebensbereiche ein. Chemisierung der Landwirtschaft, massenhafte Motorisierung und Automatisierung, Raubbau an Rohstoffen, Massenproduktion und -konsum, weltweite Boden-, Wasser- und Luftverschmutzung, flächendeckendes Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Waldsterben, Treibhauseffekt, Ozonloch, Gefahr atomarer und chemischer Katastrophen, sich beschleunigende Klimaveränderung kennzeichnen die Entwicklung neben der Gentechnik als neuer Großtechnologie, die in kürzester Zeit Jahrmillionen von Entwicklungsgeschichte verändern wird.

USA und Europa 1969: Millionen von Fernsehzuschauern erleben die Landung auf dem Mond mit und sehen die Erde in ihrer Endlichkeit bildlich vor sich. Dieses Erlebnis gibt einen weiteren Anstoß zum Entstehen der Ökologiebewegung, aller Orten gründen sich entsprechende Bürgerinitiativen und Organisationen, Bemühungen um Umwelterziehung schließen sich an.

Deutschland 70er und 80er Jahre: Umweltkatastrophen prägen kurzfristig das öffentliche Bewußtsein, z.B. Ölunfälle wie 1967 auf den Scilly-Inseln, 1978 vor Brest (Amoco Cadiz), 1979 im Golf von Mexiko, 1989 vor Alaska (Exxon Valdez) oder das Dioxinunglück von Seveso 1976, das Giftgasunglück von Bophal 1984, die Dürrekatastrophe in Äthiopien 1985 mit über 1 Millionen Toten, die mehrfache Rheinverschmutzung von Sandoz 1986 und Reaktorunglücke wie 1957 in Windscale (heute Sellafield), 1979 in Harrisburg und 1986 in Tschernobyl, wodurch bis zu 1 Million zusätzliche Krebsstote weltweit zu erwarten sind, weil bis zu 4% der radioaktiven Stoffe des Reaktors frei werden, darunter Jod mit einer Halbwertszeit von 8 Tagen und Thorium mit einer von 14 Milliarden Jahren, dem bislang dreifachen Zeitraum seit Bestehen der Erde.

Industrialisationen/Deutschland seit Mitte der 80er Jahre: Bislang ist der Aufstieg der Umweltbewegung rasant vor sich gegangen. Bis in entlegene Winkel der Erde erobern ökologische Positionen spätestens nach Tschernobyl innerhalb kürzester Zeit die Politik. Angesichts des Engstandnisses, daß das Überleben der Menschheit insgesamt auf dem Spiel steht, beginnt man, ursächliche Faktoren in Frage zu stellen. Auf internationaler Ebene wird über die verbindliche Einführung von konsumbezogenen Maximumstandards für die Industrialisationen diskutiert. Das auf beständigem Wachstum und schonungsloser Ausbeutung von Mensch und Natur beruhende kapitalistische Weltwirtschaftssystem gilt als Hauptverursacher der Krise. Doch auch wissenschaftliche Forschung und Technik mit ihrem rational-linearen Weltbild werden als Teil der Probleme gesehen. Durchsetzen können sich diese Positionen allerdings nicht. Während kaum jemand Umweltschutz offen in Frage zu stellen wagt, formieren sich die Gegenkräfte unter der Hand. Zunächst werden bestimmte Signale öffentlich seltener geäußert. So erfreuen sich Forderungen nach einer Verhaltensänderung des Einzelnen im allgemeinen wesentlich größerer Beliebtheit als solche nach einer politisch konsequenten Veränderung der Gesellschaftsstrukturen.

Rio de Janeiro 1992 und Folgejahre: Die erste weltweite Konferenz für Umwelt und Entwicklung erklärt Wirtschaftswachstum und Risikotechnologien, wie Atom- und Gentechnik, zu Teilen des Lösungsweges anstatt zu Teilen des Problems. Neoliberalisierung und Globalisierung lassen die wenigen konsequenteren Ansätze der dort beschlossenen nachhaltigen Politik nach übereinstimmender Meinung in Fachkreisen zur Makulatur werden. Die deutsche Regierung beschließt den Ausstieg aus der Atomenergie, wobei sie den Kraftwerken eine Laufzeit von 32 Jahren garantiert. Als erstes Staatsoberhaupt spricht sich der amerikanische Präsident im Jahr 2001 offen und wiederholt gegen die bis dato von den USA eingegangenen Umweltschutzverpflichtungen aus. Im Bereich des Klimaschutzes stellen daraufhin auch andere Staaten bisher geplante Abkommen in Frage. Umweltverbände fordern in diesem Zusammenhang nur noch die Rettung der vier Jahre zuvor von ihnen selbst als völlig unzureichend bezeichneten Übereinkunft. Profitorientierte Handelsgewohnheiten weiten sich auf Umweltschutzbemühungen und ökologische Verwertungsmöglichkeiten aus, die sich beide in der Zukunft erst als solche erweisen müssen. So verkaufen Russland und andere Staaten Rechte auf Emissionen, die sie gar nicht ausstoßen, an die USA.

London 1.8.2001: Die Börse gibt bekannt, sie wolle eine Schlüsselstellung im lukrativen Handel mit CO₂-Kontingenten anstreben. Dazu der britische Umweltminister: „Wir stehen an der Schwelle des ersten Marktsystems für Emissionen in der Welt“¹³.

Tonga (Südsee): Im November 2000 verkauft der Gesundheitsminister des Königreiches sämtliche wissenschaftlichen und ökonomischen Nutzungsrechte an den genetischen Eigenschaften der eigenen Bevölkerung an die australische Biotechnologie-Firma Autogen¹⁴. In den USA und Europa steigen die Anträge auf Patentierung und damit auf exklusive wirtschaftliche Nutzung von Pflanzen und anderen Lebewesen sprunghaft an. Von einem grundlegenden Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist im allgemeinen selbst bei den Umweltinitiativen keine Rede mehr. Im Gegenteil: Geworben wird für sogenannte Grüne Geldanlagen mit der Folge einer zusätzlichen Förderung der Kapitalisierung der Ökologiebewegung. Ohne daß der Nachweis einer Veränderung ihres Weltbildes erbracht wäre, gelten Forschung und Technik wieder als Garanten für die Sicherung der sogenannten Zukunftsfähigkeit. In diesem Sinne beginnt man u.a. mit Hilfe des Klonens und dem Anbau genmanipulierter Pflanzen weitere ökologische Grenzen zu überschreiten, ohne die Folgen absehen zu können. Das allgemeine Umweltbewußtsein ist schon wenige Jahre nach seiner Entwicklung wieder rückläufig. Während die Politik offiziell vorgibt, auf fast allen Ebenen dem Leitbild der Nachhaltigkeit zu folgen, erreicht eben jenes kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Umfragen zufolge ist der Begriff nur wenigen Prozent der Bevölkerung geläufig. Über die in Rio in diesem Zusammenhang beschlossenen inhaltlichen Kompromisse wissen selbst in der Umweltarbeit engagierte Gruppen eher selten genau Bescheid. Neue Katastrophen wie Rinderwahnsinn/BSE führen nur für wenige Wochen zu einer im allgemeinen Konsumverhalten überhaupt spürbaren Reaktion. 1998 scheitert die Einrichtung des Nationalparks Elbauen infolge einer Klage von Bürgerinitiativen vor dem entsprechenden Verwaltungsgericht. Hintergrund dieser Entwicklung ist letztlich, dass sich die Bevölkerung unverändert als weitgehend ohnmächtiges Objekt der Umweltpolitik fühlt¹⁵. Dabei trägt die Naturschutzbewegung selbst aktiv dazu bei, ökologische Politikziele unpopulär zu machen. Im Ausland werden mit Hilfe deutscher Fachleute Schutzgebiete eingerichtet, infolgedessen die dort bis dato ansässigen Menschen in der Regel ungefragt in ihren Rechten beschnitten werden sollen, wenn sie im Einzelfall nicht gar ganz zu verschwinden haben. In Deutschland fällt die Beteiligung der Betroffenen an entsprechenden Planungen für gewöhnlich nicht ganz so unzureichend aus. Dennoch wird die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Umweltverbänden in einem Maße öffentlich spürbar wie in den letzten 30 Jahren nicht mehr. Gemessen am Grad der aktiven inneren Beteiligung scheint letztere bereits nach wenigen Jahren als breite soziale Bewegung wieder zusammengebrochen zu sein. Währenddessen weist der UN-Weltbevölkerungsbericht für das Jahr 2001 noch, daß ca. 25 Millionen Menschen auf der Flucht vor Naturkatastrophen und den Folgen der Umweltzerstörung sind – Tendenz weiterhin steigend.

Mit dieser Darstellung ist die Geschichte der Umweltprobleme und des Umgangs mit ihnen selbstverständlich nicht vollständig wiedergegeben. Manchem mag sie auf den ersten Blick gar wie ein willkürliches Sammelsurium von Einzelereignissen erscheinen. Und angesichts des Forschungsstandes in diesem Fachbereich muß einstweilen selbst die Frage offen bleiben, ob denn wenigstens alle wichtigen Entwicklungsstränge schon registriert werden konnten. Es stellt sich jedoch auch die Frage, ob eine umfassende und möglicherweise bereits von dritter Seite in wichtige und weniger wichtige Fakten vorsortierte Darstellung eine sinnvollere Basis dafür ist, um eigene Schlußfolgerungen zu ziehen. Zumal nicht zu erwarten ist, daß man eine unumstrittene Vollständigkeit und Übersicht je wird erreichen können. Was die ökologische Geschichte lehrt, bleibt prinzipiell offen. Schließlich hängt dies in erster Linie von der Bewertung ab, die man den historischen Fakten und Umständen geben will. Wer beispielsweise bereits die Tatsache zu übergehen pflegt, daß es diese Geschichte mit ihren Auswirkungen bis heute überhaupt gibt, der dürfte aus ihr auch keinen Erkenntnisgewinn ziehen. Nichtsdestotrotz ist dieses Verhalten sowohl in der Ökoszene als auch in der aktuellen Umweltdebatte vorherrschend. Beispielsweise gilt die Idee der Nachhaltigkeit seit einem Jahrzehnt als das umweltpolitische Leitbild schlechthin. Doch findet bislang weder in Fachkreisen noch in der Öffentlichkeit eine Debatte um die Geschichte dieses im Forstwesen seit mehr als 200 Jahren propagierten und angewandten Wirtschaftsprinzips statt. Dabei ließe sich zum Beispiel am überwiegend desolaten Zustand der Wälder heute

durchaus bemessen, was die Ausrichtung auf das Leitbild bislang zu bewirken vermochte¹⁶. Wer einer solchen Analyse und der Diskussion um Alternativen ausweicht, läuft Gefahr, zwar ökologische Leitbilder zu beschwören, de facto aber unreflektiert im Lauf der Geschichte zu verharren und in unschöner Regelmäßigkeit die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Macht man sich eingedenk der Unvollständigkeit und Vorläufigkeit der historischen Darstellung auf die Suche nach sinnvollen Schlußfolgerungen, fällt unter anderem auf, daß eben diese Gefahr keine bloße Schwarzmalerei ist.

Auf den ersten Blick scheint sich die Geschichte der Umweltprobleme in einigen Teilbereichen laufend zu wiederholen bzw. im Kreis zu drehen, während sie in anderen an Quantität und Qualität ständig neue Dimensionen erreicht. Wenn in wenigen Jahren fossile Energieträger in die Atmosphäre verheizt oder Erbanlagen verändert werden, die sich einst über Jahrmillionen Jahre hin gebildet haben, so fehlt dafür jede geschichtliche Parallele. Wenn in den 90er Jahren in den USA 13.000 mal soviel Pestizide produziert werden, als es noch 30 Jahre zuvor üblich war und darunter zudem eine Menge neuartiger chemischer Substanzen ist, deren ökologische Wirkungsweise sich vielfach noch gar nicht abschätzen lässt, spottet auch das jedem historischen Vergleich¹⁷. Eine Liste solcher Fakten ließe sich beliebig verlängern: Die aktuellen Probleme sind aufgrund ihrer zeitlichen Rasananz, ihrer inhaltlichen und globalen Reichweite unbestritten einzigartig. Der Eindruck einer laufenden Wiederholung drängt sich stattdessen mit Blick auf die Qualität der Lösungsansätze auf. Wenn etwa während der nationalsozialistischen Diktatur die Begrünung von Autobahnen als Lösung der Problematik immer weiter ausufernden Landschaftsverbrauchs angepriesen wird, klingt das fast wörtlich wie die Titulierung der A 20 in unmittelbarer Gegenwart. Letztere wird von der Politik mit Hinweis auf Randbepflanzungen und Krötentunnel gerne als „ökologische Autobahn“ bezeichnet. Wie das Beispiel zeigt, bleibt das jeweilige Kernproblem – hier das der unbegrenzten Automobilisierung einschließlich des Zwangs zur Mobilität – im Rahmen der in der Öffentlichkeit üblichen Willensbekundungen völlig unberührt. Die Tendenz zu symbolischer und kosmetischer Politik, die die Entwicklung de facto wirtschaftlichen oder allgemeinen Herrschaftsinteressen gemäß laufen läßt, darf mit einigem Recht als generelles Kontinuum in der Umweltgeschichte bezeichnet werden.

Die Umweltverbände fügen sich in diesen Trend nahezu nahtlos ein. So pflegen auch sie ihre Kompromisse öffentlich unkritisch als Erfolge darzustellen. Dies ist selbst dann der Fall, wenn sich die Gesamtsituation strukturell grundlegend verschlechtert hat, zum Beispiel beim Klimaschutz im Falle des im Jahre 2001 verhandelten Kyoto-Protokolls. Nicht nur dass hier von Seiten der Umweltverbände „die Rettung“ einer kurz zuvor als völlig unzureichend attackierten Übereinkunft inszeniert wurde. Auch daß der Handel mit Emissionswerten in letzter Konsequenz erst dahin führt, den kapitalstärksten Firmen einen Großteil des Verfügungsrechts über die Atmosphäre zuzuschancen, ist nur sogenannten gesellschaftlichen Splittergruppen einer kritischen Bemerkung wert gewesen¹⁸.

Selbstverständlich wäre es im Rahmen eines historischen Rückblicks in hohem Grade unseriös, die Tatsache nicht zu würdigen, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder auch umweltpolitische Erfolge gegeben hat. Alles in allem ergibt sich durch die Jahrhunderte hin eine reiche Mischung aus destruktiven und schöpferisch-konstruktiven Prozessen. Doch ebenso deutlich zeigt sich, dass die entscheidende ökologische Wende bisher ausgeblieben ist und warum dieser Umstand letztlich nicht weiter erstaunlich ist. Die Qualität von Konzepten, an denen das Überleben auf Erden hängt, wird nicht dadurch besser, dass man regelmäßig das gerade Erreichte feiert, weil momentan auch noch schlechtere Alternativen zur

Debatte gestanden haben. Woraus sich in derartigen Situationen eigentlich der Maßstab für die Zuschreibung von Erfolg oder Mißerfolg herleiten soll, ist zumindest aus historischer Sicht selten nachvollziehbar. Dazu müßte dann schon eine längerfristige Perspektive sichtbar werden, der man unter anderem zutrauen kann, den Kreislauf fruchtloser umweltpolitischer Wiederholungen zu durchbrechen.

Als weiteres historisches Kontinuum fällt auf, daß die Sachargumentation in aller Regel nur im Detail ausgefeilter geworden ist. Im Laufe der Geschichte baut sie bei thematisch gleichen Konflikten in der Regel weder aufeinander auf noch ändert sich letztlich etwas Wesentliches an ihrer Substanz. Das gilt zumindest in den Fällen, an denen keine völlig neu entwickelte Technik beteiligt ist. Es wird beispielsweise augenfällig, wenn man die Diskussion um das Waldsterben vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 20er Jahre hinein derjenigen um 1986 gegenüberstellt. Oder wenn man den Konflikt um die Oberrheinbegradigung vor 200 Jahren mit den Plänen um den Ausbau von Oder und Elbe heutzutage vergleicht. Zudem läßt sich ein weiterer geschichtlicher Trend herausfiltern, der zu der manchmal erstaunlich geringen inhaltlichen Vertiefung in gewissem Widerspruch steht. So ist gerade in den letzten Jahrzehnten im Umgang mit den Problemen eine klare Tendenz zur Verwissenschaftlichung zu beobachten.

Umweltschutz wird mittlerweile derart intensiv als Sache von Expertenübereinkünften in entsprechenden Fachgremien behandelt, daß vollkommen aus dem Blick geraten zu sein scheint, daß diese Verwissenschaftlichung ihren Preis hat. Und daß es alles andere als sicher ist, ob der sich lohnt. Ein solcher Trend schafft unter anderem Hierarchien zuungunsten der betroffenen Menschen, selbst wenn die Initiative ursprünglich von ihnen ausgegangen sein sollte. Er trägt also nicht unerheblich zur Entfremdung von Ökologiebewegung und Bevölkerung mit all seinen politischen Folgen bei. Es ließen sich eine ganze Reihe weiterer Negativfolgen diskutieren. Etwa die Neigung von Fachleuten, disziplinübergreifenden Anforderungen auszuweichen oder Lösungen zu verkomplizieren, um den Wert der eigenen Kompetenz zu erhalten.¹⁶ Am gravierendsten scheint jedoch die Tatsache, dass Wissenschaft und neue Techniken bislang ungebrochen pauschal als Retter aus der Not angepriesen werden, obwohl sie sich regelmäßig als Hauptverursacher einer gravierenden Verschärfung der Gesamtsituation herauszustellen pflegen.

Wie der schon im antiken Athen diskutierte Bau möglichst hoher Schornsteine zeigt, geht es dabei einerseits um den Verkauf bloßer Scheinlösungen. Andererseits ist besonderes eine Beobachtung von Gewicht, die mit den Mechanismen gesellschaftlicher Durchsetzung von Partikularinteressen zu tun hat. Gemeint ist die beständig wiederkehrende Art und Weise, wie Umweltkrisen, etwa im Energie- und Ernährungsbereich, zur Propagierung eines Fortschritts genutzt werden, der die Menschheit nach offizieller Lesart stets beglückt. Und es geht um den Tatbestand, daß gerade die Kräfte, die solches tun, nicht nur für eben diesen Fortschritt unentbehrlich sind, sondern auch für die Bewältigung seiner Folgewirkungen. Beispielsweise wurde die Industrialisierung mit der Nutzung von Kohle und Dampfmaschine von ihren Protagonisten als Rettung vor dem totalen Mangel an Holz, dem bis dahin fast einzigen Energieträger, angepriesen. Oder es sollte der chemische Dünger die rettende Lösung vor einer drohenden Hungerkatastrophe infolge von Bodenerschöpfung darstellen. In beiden Fällen hat man sich nicht gescheut, den Konflikt um die zukünftige Wirtschaftsweise als Frage von Sein oder Nichtsein der europäischen Zivilisation hochzuspielen.¹⁶ Seit den 60er Jahren ist die Atomenergie dann mit dem Argument ins Gespräch gebracht worden, sie sei die Rettung vor den klimatischen Folgen des Verheizens fossiler Brennstoffe. Und aktuell verspricht die Werbung entsprechender Firmen, daß der Einstieg in die Gentechnik die

endgültige Erlösung vom Welthungerproblem und verschiedenen Zivilisationskrankheiten bieten würde¹⁹. Veranstaltungen wie die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover sind von ebenso unkritischer wie historisch haltloser Wissenschafts- und Technikgläubigkeit gekennzeichnet. Unberücksichtigt bleibt, daß das soziale und ökologische Risikopotential bislang mit jedem Entwicklungsschritt angewachsen statt vermindert worden ist.

Dabei ist dem Verlauf der Umweltgeschichte die soziale Grundprägung der Probleme deutlich zu entnehmen und damit auch die Schlußfolgerung, daß technisch-wissenschaftlicher Fortschritt als solcher nicht in der Lage ist, sie generell zu lösen. Das gilt verstärkt dann, wenn er sich als bloßes Abfallprodukt individuellen Gewinnstrebens erweist, was bislang die übliche Variante darstellt.¹⁶ Stattdessen können Forschungsergebnisse und neue Techniken Lösungsschritte begleitend unterstützen und damit Teil von ihnen sein, wenn sie eng mit den jeweils notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen verknüpft sind. Ein Hauptgrund für die durch die Jahrhunderte hindurch magere Qualität der Lösungsansätze von ökologischen Krisen ist damit benannt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen entspricht die Bearbeitung sozialer Fragen in der Ökologiebewegung in keinsten Weise dem Gewicht, das ihnen zukommt. Während hier ein Schwerpunkt der Aktivitäten liegen müßte, spielt die aktive Suche nach gesellschaftlichen Gesamtperspektiven kaum eine öffentlich spürbare Rolle. Nach lebendigen Diskussionen über neue Formen menschlichen Miteinanders, beispielsweise in der Verteilung von Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme, sucht man vergebens. Dabei müßte nach den Erfahrungen der 70er Jahre zumindest Teilen der Ökologiebewegung noch geläufig sein, daß die erforderlichen politischen Grundsatzentscheidungen nur zu fallen pflegen, wenn sich eine ausreichende Anzahl an Menschen dauerhaft aktiv für sie einsetzt. Und wenn sie dies im Zweifelsfall auch gegen Widerstände und die bis dato herrschenden Verhältnisse tun.

Um Chancen auf die Durchsetzung eigener Perspektiven zu haben, bedarf es neben entsprechenden konzeptionellen Vorstellungen eines Mindestmaßes an Unabhängigkeit und eigenständiger politischer Gestaltungskraft. In den meisten politischen Gruppen mangelt es an beidem. Die Erprobung widerständiger Ideen gegen die jeweils herrschenden Verhältnisse pflegt sich dort gerade nicht als historisches Kontinuum zu erweisen. Der Rückblick läßt stattdessen die lange Tradition einer engen weltanschaulichen bzw. organisatorischen Nähe und Kooperation zwischen Vertretern des Umweltschutzes sowie solchen der Wirtschaft und des Staates deutlich werden.¹⁶ Es gibt nur wenige Ausnahmen von der Regel, so etwa im Rahmen der Anti-Atom-Bewegung.

Nun sind angesichts der bedrohlichen Zukunftsperspektiven prinzipiell zwei gegensätzliche Strategien denkbar gewesen. Die eine lag darin, auf dezentrale und alltäglich-kleine Lösungsschritte zu setzen. Die andere bestand in möglichst umfangreichen staatlichen Reformprojekten. Während erstgenannte Strategie unspektakulären Charakter besitzt, läßt sich mit Hilfe der zweiten der Ausbau von machtorientierten Institutionen verkaufen. Die ökologische Krise wird in diesem Fall als Chance zur Legitimation von Herrschaft begriffen. Und damit in der Konsequenz zu umfassendem staatlichen und selbst militärischem Interventionismus, ganz gleich wo auch immer auf der Welt eigene ökologische Interessen mitberührt sind. Wie die Einführung der Ökosteuer oder der zunehmende Ruf nach weltweiten Regierungsinstitutionen unter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen zeigten, ist eben jener Ausbau von Machtapparaten im Namen eines globalen Umweltmanagements voll im Gange. Als Begründung läßt sich offiziell anführen, daß es ja um die langfristigen Lebensinteressen aller Menschen und nicht nur die materiellen Belange bestimmter Gruppen gehe.

Eine solche Entwicklung pflegt allerdings eben nicht nur im Hinblick auf Sachfragen zu entstehen. Stattdessen werden akute Krisensymptome von den Befürwortern dieser „Lösungsstrategie“ für organisationsinterne und machtbezogene Eigeninteressen genutzt. Dies wird beispielsweise immer dann augenfällig, wenn aktuelle Katastrophen zum Anlaß für Aktivismus herhalten, der öffentlichkeitswirksam ist, inhaltlich aber wenig überzeugen kann. Auf diese Weise müssen die daran Beteiligten im Einzelfall nicht automatisch an der Wirklichkeit vorbei agieren. Aber zumindest verschärfen sie in der Regel die damit zusammenhängenden sozialen Probleme, weil direkt betroffene Menschen prinzipiell zum Objekt der Herrschaftsausübung Dritter werden, anstatt selber aktiv die Lösungssuche gestalten zu können. Die Folgen, wenn Umweltschutz zum Machtinstrument gegenüber der betroffenen Bevölkerung verkommt, sind allerorten längst spürbar. An die Stelle einer Identifikation mit ökologischen Zielen, wie sie noch in den 80er Jahren vorgeherrscht hat, treten Gegenreaktionen. Bürgerinitiativen gründen sich vermehrt zur Abwehr statt zur Unterstützung entsprechender Pläne. Diese Entwicklung allein sollte bereits Anlaß genug sein können, selbstkritisch Konsequenzen aus der ja schließlich auch auf sachlicher Ebene mageren Bilanz zu ziehen. Hinzu kommt aber noch, daß die Umweltbewegung mit eben dieser Ausrichtung ihrer Arbeit als politischer Faktor mehr und mehr entbehrlich erscheint. Ein Profil, welches sie deutlich etwa von staatlichen Stellen wie den Umweltministerien u.ä. unterscheidet, ist kaum noch vorhanden. Von alternativ-reizvollen und Identifikation wie Begeisterung wekenden Motiven bzw. Perspektiven ganz abgesehen. Die Vorgänge der gesellschaftlichen Vereinnahmung bzw. der aktiven Anpassung an die Tradition weitgehend kosmetischer Politik wirkt mittlerweile manchmal derart gut gelungen, daß die Umweltbewegung als eigenständige Kraft wieder der Vergangenheit anzugehören scheint.

Die Unübersichtlichkeit und Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung gepaart mit jeder Menge Partikularinteressen werden immer wieder als Begründung für das Streben nach universalen, auf staatliche und globale Machtapparate gestützte Lösungsansätze angeführt. Die Erfahrung, daß das Leben nach dem bis dato unvorstellbaren GAU in Tschernobyl doch weiter gegangen ist, hat zu der verbreiteten Einstellung beigetragen, derartige Katastrophen und damit die Umweltpolitik als solche müßten eben nur richtig gemanagt werden, um mit der Gesamtsituation klarzukommen. Doch aus dem historischen Verlauf der Umweltprobleme läßt sich zumindest nicht schließen, daß die Perspektive quasi zwangsläufig in einer zielbewußt vom Menschen gesteuerten Gesamtentwicklung liegt. Vielmehr wird es stets eine Geschichte sein, in denen ungeplante und unerwartete Ereignisse ihren festen Platz haben. Die genannte aus Tschernobyl gezogene Schlußfolgerung ist deshalb historisch nicht haltbar, denn das Ende der weiteren Entwicklung bleibt völlig offen.¹⁶

Dazu paßt ferner, daß jenes Streben nach effektiver Globalsteuerung vermutlich sowieso hoffnungslos ist. Aus der Art und Weise, wie Politik und Bildung sich den Problemen bisher gewachsen gezeigt haben, läßt sich das Gegenteil zumindest nicht herleiten. Das trifft schon eher auf die Befürchtung zu, ein derartiges Bestreben könnte die bestehenden Konflikte zukünftig noch in ungeahnte Dimensionen hinein intensivieren. Beispielsweise ist das Drängen nach universalen Lösungen unmenschlich, weil es im Rahmen dieses Ansatzes zwangsläufig zu massiver Einschränkung von Traditionen und Freiheiten kommen muß, während es andererseits keine nennenswerte Fehlertoleranz geben kann. Eine Perspektive, die mobilisieren soll, braucht stattdessen positive Visionen. Sie lassen sich global jedoch gar nicht sinnvoll entwickeln, weil sie dort viel zu wenig konkrete Gestalt annehmen könnten. Das einzelne Zusammenspiel von Mensch und Natur läßt sich grundsätzlich nicht sinnvoll

von ganz oben regeln. Es wäre aus ökologischer und sozialer Sicht sinnlos, etwa weil es die Vielfalt an Lebenswegen und -formen eindämmen würde.

Die Alternative in Form von überschaubar-regionalen, im wesentlichen auf Selbstorganisation und Vernetzung basierender Einheiten ist gedanklich nichts Neues. Aus historischer Sicht lassen sich aber Beispiele finden, die bekräftigen, daß dieser Weg auch langfristig eine gangbare Alternative sein kann. So läßt sich anhand der Allmende aufzeigen, um wie viel intensiver stetes Zusammenwirken einer Vielfalt von Interessen zum Erhalt einer intakten Umwelt führen kann, als bloße Lobbyarbeit es zu bewerkstelligen vermag. Im Verbund mit der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft ergab sich im Rahmen der Allmende über die Jahrhunderte hin ein wechselseitiges Korrektiv von Interessen. In diesem Rahmen wurden die ökologischen Belange grundsätzlich gleichberechtigt neben anderen gewahrt. Demgegenüber ist die Einseitigkeit unübersehbar, die sich mit der Ideologie vom Vorrang privaten Gewinnstrebens zu Beginn des Industriezeitalters durchzusetzen. Natur und Gesellschaft verkümmerten zu bloßen Anhängseln des heute global ausgerichteten Marktes. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind deshalb so gravierend, weil eine gewisse, zuvor in entscheidenden Lebensbereichen, wie der Landwirtschaft, noch vorhandene Ausgeglichenheit an Einflußmöglichkeiten immer einseitigeren Machtverhältnissen gewichen ist. Die Forderung nach noch mehr Lobbyismus und Zentralismus ist schon vom Ansatz her nicht dazu geeignet, diese Machtverhältnisse wieder aufzubrechen. Als Alternative verbleibt die Möglichkeit, erstmals in der Geschichte auf breiter Basis ernsthaft den Weg der selbstbestimmten, dezentral-alltäglichen Schritte zu erproben. Das setzt die Entwicklung entsprechender politischer Konzepte voraus. Dazu würde ein regional eigenständiger, überregional vernetzter, experimenteller, neuen Erfahrungen stets offener, von den betroffenen Menschen der jeweiligen Region selbstorganisierter Politikstil gehören.

Um die Atomenergie durchzusetzen, reichte die Überzeugung einer überschaubar kleinen Elite. Bei der Solarenergie geht es um die Riesenzahl der EndverbraucherInnen. Und es geht um eine innere Überzeugung, die sich nicht vorrangig am Profit orientiert. Das Beispiel und die Umweltgeschichte insgesamt zeigen, daß konsequente ökologische Zielsetzungen auf Dauer nicht zu verwirklichen sind, indem man einfach die Art der Technik und der sozialen Steuerungsinstrumente austauscht, im Grundsatz aber gleichzeitig die bisherigen Gesellschaftsstrukturen vertieft. Nichtsdestotrotz wird im wesentlichen genau dieser Weg beschritten. Was bislang in den Bereichen Ökologie und Umweltschutz passiert ist, fügt sich bruchlos in bisherige Traditionen des Umgangs mit Problemen ein und stellt substantiell nichts Neues dar. Die Chance, die fruchtlosen umweltpolitischen Kreisläufe zu durchbrechen, ist nach wie vor da. Dazu wird die Ökologiebewegung aber nicht umhin kommen, die weißen Flecken auf ihrer Landkarte zu bearbeiten, insbesondere die soziale Frage. Widerständig und fantasievoll-konstruktiv ist immer wiederkehrend die Macht- und Demokratiefrage zu stellen, sind alternative Formen sozialen Zusammenspiels zu entwickeln. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Umweltgeschichte und der eigenen gesellschaftlichen Rolle darin kann dabei helfen. Zugleich ist sie eine überfällige Voraussetzung. Denn wer der Verantwortung für seine Vergangenheit ausweicht, vermag in Sachen Zukunftsperspektive schwerlich zu überzeugen.

c. Hinter der Nachhaltigkeits-Debatte steckt die Modernisierung

Die Debatte um Nachhaltigkeit verfolgt andere Ziele als meist angegeben. Sie ist eine der ältesten ideologischen Grundlagen für die Zuspitzung von Herrschaftsverhältnissen, für die

Legitimierung der Dominanz westlicher Lebensmodelle und für die Schein-Integration kritischer Stimmen in das große, gemeinsame Projekt einer Erneuerung der Welt. Die Nachhaltigkeit ist älter als die erst in den letzten Jahren entstandenen Debatten um Freiheit durch Sicherheit, Menschenrechte durch humanitäre Kriege und Wohlstand durch Ausgrenzung. Diese Debatten aber haben wichtige gemeinsame Grundlagen – sie dienen der Verklärung von Herrschaftsinteressen, der Modernisierung von Politik und neuen Zugriffsrechten auf Mensch und Natur. Sie sind Teil des ideologischen Kampfes zwischen den Regierungen vor allem der Industriestaaten um internationale Konkurrenz und Einflußsphären. Dieses ist gar kein Geheimnis und keine abstruse Verschwörungstheorie. Wer es wissen will, muß nur lesen, z.B. in Texten von Michael Müller, Vize-Fraktionschef der SPD im Bundestag und Präsidiumsmitglied im Deutschen Naturschutzring. Als Vorsitzender der Kommission „Aufbruch 21“ hatte er im Wahlkampf 1998 dem DNR eine auf Nachhaltigkeit getrimmte, den rotgrünen Machtwechsel bewerbende Programmatik verpaßt.

Im Original: Michael Müller und Ulla Burchardt, beide SPD-MdBs, in der FR vom 17.4.2002:

Die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung ist schon deshalb von großer, ja strategischer Bedeutung, weil sie die wichtigste Antwort auf die Herausforderung der neoliberalen Globalisierung ist. Sie ist zuerst ein europäisches Konzept. Denn mit ihr verbinden sich drei große Ideen der europäischen Moderne: Gerechtigkeit, Demokratie und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Nicht von ungefähr kamen die wichtigsten Impulse von den drei europäischen Regierungschefs Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland.

Das Konzept hat in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Nachhaltigkeit ist die wichtigste Alternative zu einem US-Unilateralismus, der auf militärische Stärke setzt und die Welt den Interessen der Wall Street unterordnet. Sie setzt dagegen auf mehr Partnerschaft, mehr Demokratie und mehr Mitverantwortung. Mit ihr kann Europa eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung einnehmen, statt an den Rand gedrängt zu werden. ... Der Europäische Rat hat die Nachhaltigkeit zum Leitziel der EU ausgerufen. Damit kann Europa – wie schon beim Kyoto-Prozess – eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bundesrepublik, als das wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union, sich an die Spitze der Nachhaltigkeitsdebatte stellt. Nachhaltigkeit ist kein theoretischer Ansatz mehr. Denke global und handele lokal, regional und national – das ist die politische Maxime, um Europa zu behaupten ...

Erste Stationen beim Versuch, das Thema „Nachhaltigkeit“ (oder Teile davon wie Agenda, Ökologische Steuerreform usw.) zur entscheidenden Kampagne der gesamten Umweltbewegung zu machen, waren umfangreichere Veröffentlichungen in Buchform bzw. vor allem in Zeitschriften. Das erste, in Deutschland und international bekannter gewordene Buch zu dieser neuen Strategie hieß „Wege zum Gleichgewicht“.²⁰ Es stammte von Al Gore, der später Vizepräsident der USA und Präsidentschaftskandidat wurde und in seiner Amtszeit keinen Umweltgipfel ausließ, um auf diesem gegen Umweltschutzmaßnahmen einzutreten. In Deutschland entwickelte sich die Debatte auf verschiedenen Ebenen zeitgleich – vom BUND über die CDU bis zur Großindustrie legten alle ihre Strategien für das damals emporkommende Thema fest. Bemerkenswert war, daß die entstehenden Grundsatzpapiere kaum voneinander abwichen. Das Positionspapier des DNR zur ökologischen Steuerreform von 1997 enthält ganz ähnliche Vorschläge wie die gemeinsamen Vorschläge von BUND, Unternehmerverbänden und Großkonzernen oder das Programm der Frauen-Union von 1995.²¹ Die Grundsätze der BASF zur Nachhaltigkeit gleichen den Aussagen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Und die Agenda 21, beschlossen von den Regierungschef der Welt (u.a. Helmut Kohl und George Bush), wurde nun auch Sache der Umweltschutzverbände – in unveränderter Fassung.

Im Original: Auszüge aus dem Beschluß „Wege zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft“ der Frauen-Union (4.15.11.95)

Wir wollen: die nationale und europaweite Weiterentwicklung unseres Steuersystems, verbunden mit der Entlastung von Arbeitskosten. ... Wer Energie stärker besteuert und Erwerbsarbeit dafür steuerlich entlastet, bekämpft gleichzeitig die mit der Energiegewinnung verbundene Umweltbelastung und die durch hohe Arbeitskosten verursachte Arbeitslosigkeit. ... Wir fordern eine verbesserte Ausnutzung von Energie und Ressourcen. Eine Vervielfachung der Effizienz der Wirtschaft im Umgang mit Energie und Stoffen ist heute in vielen Bereichen technologisch bereits möglich. ... „Effizienzrevolution“.²² ... Wir fordern die Automobilindustrie, 3l-Autos umgehend auf den Markt zu bringen und den Flottenverbrauch (...) bis zum Jahr 2000 auf fünf Liter zu senken.

Hubert Weinzierl in der Eröffnungsrede zur BUND-Delegiertenversammlung (6.6.97)

Im Rahmen dieser Diskussion muß 1997 mehr denn je die Verkehrsvermeidung propagiert und dort, wo das Auto unverzichtbar ist, das 3-Liter-Auto, bzw. der 5-Liter-Flottenverbrauch eingeführt werden, ...

Auszug aus Spiegel special 2/1995, „Öko-Bilanz '95“ (S. 157)

Für eine ökologische Steuerreform etwa haben sich auch nachdenkliche Automanager wie BMW-Chef Bernd Pischetsrieder und Daimler-Benz-Vorstand Edzard Reuter ausgesprochen.

Auszug aus einer Pressemitteilung des BUND vom 8.12.1995

BUNDjugend, Junge Unternehmer und Junge Abgeordnete präsentieren gemeinsames Grundsatzpapier – „Der Jugend gehört die Zukunft, so heißt es. Weil wir nicht mehr länger mit ansehen wollen, wie auf Kosten dieser Zukunft gewirtschaftet wird, fordert jetzt eine organisations- und parteiübergreifende Große Koalition der Jugend die sofortige Ökologisierung des Steuersystems“. Das erklärte der Sprecher der BUNDjugend, Marc Engelhardt, am Freitag vor der Presse in Bonn. Gemeinsam mit dem Bund Junger Unternehmer (BJU) und jungen Bundestagsabgeordneten von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Grüne stellte die Jugendorganisation des BUND ein Grundsatzpapier zum Thema Klimaschutz durch Öko-Steuern vor. Die „Jugend-Initiative für Zukunft“ ..., die auf Anregung des BUND und des CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe zustande gekommen war, ...

Statt sie als Vordenker zu titulieren, läßt sich eher feststellen: Die Umweltverbände hinkten der Entwicklung lange hinterher. So war es kein Umweltverband, sondern die damals noch rein SPD-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung, die das Wuppertal-Institut als Teil des Landes-Wissenschaftszentrums schuf und finanzierte. Als Präsident wurde SPD-Mann Weiszäcker eingesetzt, fortan wurde vor allem dort an Nachhaltigkeitsideen geforscht. Kurz nach der Gründung des Instituts erteilten der BUND und das katholische Hilfswerk Misereor diesem den Auftrag für eine Studie über eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. 1995 erschien als Ergebnis das Buch „Zukunftsfähiges Deutschland“, wurde aufwendig öffentlich präsentiert²³ und sorgte für einen Durchbruch der Nachhaltigkeitsideologie in der Umweltbewegung selbst. Binnen kürzester Zeit wurde auf überregionaler Ebene fast nur noch über dieses Thema geredet. Arbeitskreise gründeten sich, in einzelnen Verbänden wie gemeinsam mit mehreren NGOs. Doch schon der Ansatz der Studie zeigte, was hinter ihr stand: Die Verstärkung des Trends zur Verbrüderung mit der Industrie und Politik und der Abbau klarer Ziele und Forderungen. Möglicherweise war es sogar das Ziel der Auftraggeber, die Führungsrolle in dieser Debatte zurückzuerobern – schließlich war sie den deutschen Umweltverbänden durch die internationalen Konferenzen und Regierungserklärungen verloren gegangen. Inhaltliche Akzente oder politische Positionen setzte das Buch nicht. Es faßte nur längst bekannte Forderungen zusammen, verschwieg dabei aber alles, was Gesellschafts- und Wirtschaftssystem grundlegend in Frage stellte.

Im Original: Kommentare zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, zunächst Zeitschrift der BUNDjugend „aktuell“ 3/96, Bonn (S. 3)

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist nun schon seit über einem Jahr auf dem Markt. Die „grüne Bibel“ nannte sie der SPIEGEL. Der Umweltminister von Brandenburg, Platzeck, sprach bei einer Podiumsdiskussion etwas prosaischer von dem „wichtigsten Beitrag zur gegenwärtigen Umweltdiskussion“.

Edgar Endrukaitis, Leiter der Studie beim BUND, in der „aktuell“ 3/96 (S.3)

Frau Merkel bescheinigte der Studie auf der Präsentationsveranstaltung „den Atem des Machbaren“.

Stellungnahmen der Parteien zur Studie, ebenfalls in „aktuell“ 3/96 (S. 14-16)

F.D.P. ... bietet auch die Studie Anlaß zu Kritik und Verbesserungen. So ist der methodische Ansatz des Umweltraumes rein konsumentenorientiert und läßt beispielsweise den Umweltverbrauch außer Acht, der im Herstellerland eines Autos auftritt, wenn das produzierte Auto exportiert wird. ...

B'90/Grüne: ... Eindruck, daß die Studie in einigen Bereichen zu allgemein und damit schwer nachvollziehbar bleibt, ...

Aus welcher Denkrichtung Auftraggeber und das Wuppertal-Institut kamen, wird beim Blick auf andere Politikfelder sichtbar. Der damalige Hauptgeschäftsführer von Misereor, Norbert Herkenrath, gab nicht nur den Auftrag, sondern saß z.B. auch in Führungsgremien der Expo 2000 – zusammen mit den Polit- und Wirtschaftsgrößen des Landes und zusammen mit Institutspräsident Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der sich stark für die Expo engagierte und sein Buch „Faktor Vier“ schon vorher der Expo 2000 gewidmet hatte. Der BUND als zweiter Auftraggeber hatte 1992 mit dem Deutschen Umwelttag gezeigt, daß ihm Industrie-konzerne wichtiger geworden sind als Basisgruppen oder die einzelnen Menschen. Seine Kooperationen mit JungunternehmerInnen, AEG, BASF und dem Ford-Automobilkonzern belegten das ebenfalls. Zudem waren die SpitzenfunktionärInnen des BUND, die die Umarmung mit Industrie und Politik befürworten, selbst SPD-Mitglieder, zum geringeren Teil auch Grüne. Der Auftragnehmer, das Wuppertal-Institut, paßt dazu: Abhängig vom Land Nordrhein-Westfalen, verfilzt mit SPD und Grünen, tätig für die Expo.

Eine umfangreiche Darstellung der Mängel im Detail, der grundlegenden Fehler in der Herangehensweise der Studien des Wuppertal-Institutes und der Positionen der Umweltverbände zur Nachhaltigkeit ist bereits in vielen Büchern und Texten erfolgt, die Kritik wurde aber nie ernst genommen und weitgehend totgeschwiegen.²⁴ Wichtiger ist an dieser Stelle, deutlich zu machen, daß die Ergebnisse der Studie in einem Zusammenhang standen mit den Auftraggebern und dem durchführenden Institut. Es war nicht nur so, daß hochkarätige WissenschaftlerInnen und renommierte Verbände ein bedauerlich schlechtes Produkt auf den Markt gebracht haben, sondern sie haben das aus einem dazu passenden Umfeld, begleitet von dazupassenden Aktivitäten und folglich aus einer genau dahin zielenden Strategie bewußt gemacht. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ sollte keine Argumentationshilfe für klare Umweltschutzforderungen sein, sondern eine Grundlage für eine gemeinsame Position mit den Mächtigen aus Industrie und Politik. Das gelang auch, wie die Kommentare dieser Eliten zu der Studie sowie zu weiteren Papieren im Verlauf der Diskussion zeigten. Einen zusätzlichen Beleg für die Grundfehler der Studie bot das Vorgehen der Auftraggeber bei der Umsetzung: Während die Basis über Diavorträge und inhaltsleere Werbung nur informiert und um kritiklose Unterstützung gebeten wurde, entstanden die weitergehenden, entscheidungsorientierten Diskussionen und Kooperationen vor allem mit den großen Konzernen und überregionalen Regierungen.

Im Original: Auszüge aus der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (S. 14, 34/35, 191)

An Korruption, Nepotismus, Mißwirtschaft, Menschenrechtsverletzungen und fehlender Demokratie in vielen Ländern des Südens tragen sicher nicht die Industriestaaten Schuld. ...

Jenseits von nationalen Vorurteilen sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen bemerkenswert und bei näherer Betrachtung recht gut auf Umwelteinflüsse zurückzuführen. Es wäre folglich ökologisch, ökonomisch und kulturell unangemessen, weltweit gleiche Rechte für einzelne Rohstoffe zu formulieren. ...

Die wirtschaftlichen Institutionen sind auf der ganzen Welt die mächtigsten Kräfte. Deshalb können nur mit ihnen die notwendigen Veränderungen herbeigeführt werden.

Auszüge aus „Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen – Eine Betrachtung der Wuppertal-Studie aus feministischer Sicht“, in AKP 4/1996 (S. 57-60)

Der Anspruch der Studie, eine „sozial-ökologische Umorientierung der Gesellschaft“ aufzuzeigen (...), ist deshalb aus frauenpolitischer Sicht nicht erfüllt. ...

Ist die Errechnung und statistisch-graphische Darstellung von global und national hoch aggregierten Verbrauchs- und Emissionsmengen von Stoffen und Materialien, von Energie, Böden und Wasser sinnvoll? Was bewirkt die dabei stattfindende Reduktion von Naturqualitäten auf Zahlenquantitäten? Was blendet sie aus? Trägt diese Art der Naturbilanzierung nicht letztlich zu einem neuen Schub der Abwertung aller gesellschaftlichen Praxisformen bei, die nicht dem Rechenprinzip gehorchen und mit Begriffen wie lokale Verankerung, alltägliche Lebensgestaltung, Subsistenzwirtschaft, Körpererfahrung und Sinnlichkeit verknüpft sind?

Auszüge aus dem Falblatt „Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen?“ des FrauenUmwelt-Netzes²⁵ in Frankfurt

Das abstrakte Gleichheitsversprechen der Studie unterschlägt patriarchale Dominanzstrukturen und ihren Einfluß auf Lebenschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten. ... Damit bleibt die Studie nicht nur hinter der von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio verabschiedeten Agenda 21, sondern auch hinter dem Abschlußdokument der Weltfrauenkonferenz in Peking zurück. ...

In der Studie fehlen personale Kapazitäten und soziale Räume für denjenigen Teil des Wirtschaftens, der sich außerhalb von Produktion und Konsum am gemeinsamen Wohlergehen orientiert. ... Unsicherheiten und Grenzen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse werden ausgeblendet, als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Natur und dem Versuch, sie zu berechnen und zu beherrschen.

Auszüge aus „Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten“, in: BASTA 1/1997 (ASTA Uni Hannover, S. 25-31), zunächst zum Vorbild „Sustainable Netherlands“

Das Umweltraumkonzept ist ... ein Rezept für effiziente Ökonomie anstelle von Ökologie: ein nachhaltig genutzter tropischer Sekundärwald mit 3 Arten ist nach dieser Logik wertvoller als ein Primärwald mit 10000 Arten. ... Hierarchische Entscheidungsstrukturen und technokratische Lösungen werden dadurch forciert, und folgerichtig wird beispielsweise in der Frage der Nahrungsmittelsicherheit die Lösung in optimierter Vernutzung bisher ineffizient genutzter Flächen (z.B. in der ehemaligen Sowjetunion), in Biotechnologie und in bodenloser Landwirtschaft (Treibhausanbau auf künstlichem Nährboden) gesehen. ...

Zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (im gleichen Text)

1. Die Studie entbehrt einer Analyse gesellschaftlicher Herrschaftszusammenhänge: ... bietet so zwar für die auftraggebenden Organisationen BUND und Misereor Orientierungen für deren Lobbyarbeit (...), trägt aber nichts zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme bei.
2. Material- und Energieverschwendung aufgrund kapitalistischer Produktionsweise wird verschleiert: Staats- und Wirtschaftsverbrauch wird ausgeblendet und nationaler Verbrauch allein den Haushalten zugeschoben. ...
3. Ausbeutung von Frauen wird untermauert: ...
4. Weltkapitalistische Arbeitsteilung wird nicht analysiert: Der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft funktioniert eben nur bei Auslagerung schmutziger Grundstoffindustrie. ...
5. Die Lösung wird denen anvertraut, die kein Interesse daran haben: ...

Die Analyse ist wenigstens noch um einen Punkt zu erweitern, und zwar um die Offenheit der Studie gegenüber stark ordnungspolitischen bzw. patriarchal-hierarchischen Politikmodellen unter Inkaufnahme klarer Demokratiedefizite. So wird u.a. Al Gore zitiert: „Es ist zutreffend, daß Wähler bereit sind, viel weiter zu gehen, als die meisten Politiker für möglich halten – aber sie warten auf Führung.“ Unter Berufung auf Rudolf Bahro („Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf“) und Herbert Gruhl, dem rechtsextremistischen Ex-ÖDP-Vorsitzenden, wird die Einsetzung eines „Ökologischen Rates“ formuliert. Ulla Peters²⁶ bringt die Ursachenblindheit der Wuppertal Studie auf den Punkt: „Zukunftsfähigkeit ohne Kritik an den vernichtenden Konsequenzen und der Gewalt der kapitalistischen Ökonomie und eines neuzeitlichen Naturverständnisses ist unmöglich. Wir sind doch nicht deshalb in der jetzigen Situation, weil wir alle uneinsichtige Endverbraucher in einer Weltwirtschaft sind, die leider die Natur vergessen hat. ...“

Auszug aus dem Text „Pseudo-Grüne“ von Vandana Shiva (taz vom 21.3.1993, S. 11)

Im Umweltschutz von oben treten technologische Mittel und Marktintervention an die Stelle wesentlicher ökologischer Prozesse und der Macht des Volkes. Sowohl die Beteiligung der Menschen als auch die ökologische Regeneration werden im wesentlichen ausgeschaltet, aber rhetorisch beschworen. Das Ergebnis ist häufig eine Verschärfung der ökologischen Krise und eine weitere Zuspitzung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten, mit neuen Bedrohungen für die am wenigsten privilegierten Gruppen der Gesellschaft.

Die Strategien der Opfer sind eine authentischere Strategie für den Umweltschutz – aber zunehmend werden sie als Rechtsverstöße behandelt. Solange dieser Trend nicht umgekehrt wird, solange der Stimme der Menschen gegen die Zerstörung der Umwelt nicht wirklich demokratischer Raum gewährt wird, werden „Beteiligung der Menschen“ und „Umweltschutz“ rhetorische Leerformeln bleiben.

Nachhaltigkeit bedeutet ein Zurückweichen von grundlegenden Positionen hin zu Modernisierung und ein Mitmachen an den Tischen der Mächtigen. Bis Anfang der 90er Jahre waren sich alle ökologischen Gruppen einig, daß ökologische Ziele Vorrang vor wirtschaftlichen haben sollten. Auch die Parteien schrieben das in ihre Programme – wenn auch die Wirklichkeit davon stark abwich. Mit der Nachhaltigkeit hat selbst die Theorie keinen Bestand mehr. Nun sind ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele gleichrangig. Das heißt: Wie es um die Umwelt, das Wohlbefinden der Menschen und die Kasse der Unternehmer steht, ist eine gleichwertige Frage!

Im Original: Auszug aus K.M. Meyer-Abich, „Wahrheit oder Mehrheit?“ in: Politische Ökologie Mai/Juni 2002 (S. 22)

Widersprüchlich ist das Nachhaltigkeitsprinzip. Seine erstaunlich weitgehende Akzeptanz hat eine politische Voraussetzung, die ausgerechnet die Erhaltung der Natur hinter alle anderen Ziele zurückstellt. Die Rede ist vom Dreisäulentheorem der Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele. Tatsächlich aber kann der nachhaltigen Bewirtschaftung der Natur unter dem Druck wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Verantwortung nur die Luft ausgehen, da die Wirtschaft ein Teil der Gesellschaft und diese ein Teil der Natur ist. Angenommen wird somit die Gleichrangigkeit des Ganzen mit dem Teil und diejenige beider mit dem Teil des Teils. Wo aber das Ganze keinen Vorrang mehr vor dem Teil und dem Unterteil hat, liegt der Vorrang in Wahrheit bei dem Teil des Teils, das heißt in der Kapitalverwertung. Wie diese sich bereits gegenüber der sozialen Verantwortung durchsetzt, zeigen etwa Massenentlassungen. Ebenso ergeht es der Natur gegenüber den sozialen Zielen – entsprechende Massenentlassungen um ihrerwillen sind undenkbar – und erst recht gegenüber denen der Wirtschaft. Wer diese offensichtliche Nachordnung als eine Gleichrangigkeit aus gibt, macht sich etwas vor. Diese Illusion, un-wahrhaftig und nicht akzeptabel, dient aber dem gesellschaftlichen Konsens, vermeintlich gemeinsam das Gute zu wollen und somit wiederum nur Akzeptanz.

Fünf Jahre nach dem Boom der Nachhaltigkeitsdebatte ist der Begriff zum Standard-Vokabular aller politischen Debatten geworden. Er ist beliebig angepaßt worden an das, was die jeweilige Organisation aussagen will. Nachhaltigkeit ist als Argument für klassischen Umweltschutz ebenso brauchbar wie für technische Innovation, Atom- oder Gentechnik, den Führungsanspruch Europas in der Welt oder moderne Automobile. Der Begriff ist ebenso Teil von Regierungserklärungen wie der jährlichen Unternehmensbilanzen oder der Forderskataloge von sozialen, Eine-Welt- oder Ökologiegruppen.

Höhepunkte des öffentlichen Gebrauchs waren die Wahlkampfzeit 1998, wo SPD, Grüne und die für sie werbenden NGOs die Nachhaltigkeit als Richtschnur der Zukunft bewarben. Ein nationaler Umweltplan wurde gefordert, aber nach der Wahl schnell wieder vergessen. Außer einigen Gremien geschah wenig. Mehr Aufmerksamkeit entstand dann 2002 rund um den Weltgipfel in Johannesburg. Nachhaltigkeit diente nun als Anlaß für Bilanzen. Und die fielen bemerkenswert aus:

– Viele ehemalige BefürworterInnen der Agenda 21 und nachhaltiger Entwicklung zogen teils verheerende Resümées aus den vergangenen Jahren.²⁷ Damit sicherten sie sich erneut die Dominanz in der Debatte, während die KritikerInnen, die schon Mitte der 90er Jahre Nachhaltigkeit und Agenda 21 als Projekt der Modernisierung, Harmonisierung und Ablenkung von den zentralen Fragen der Unterdrückung, Verwertung und Herrschaftsverhältnisse bezeichnet hatten, nirgends zu Wort kamen.

- Ein kritischer Aufruf aus Jugend-Umweltzusammenhängen zu „Rio+10“²⁸ (verabschiedet auf dem Jugendumweltkongress 2001/02 in Dresden) wurde in Umwelt- und anderen Medien nicht veröffentlicht.
- Neuvorschläge zum weiteren politischen Handeln wurden mit der Kritik verbunden. Sie zeigen, daß es nicht um eine Veränderung, sondern darum geht, unter neuen Begriffen das alte Projekt der Modernisierung von Herrschaft umzusetzen. Ziele und AkteurInnen sind geblieben – sie wechseln das Vokabular, zeigen sich flexibel und lernfähig, wo es um den Machterhalt geht. Governance und Regulierung, Zivilgesellschaft und Kontrolle sind die neuen Begriffe – in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verschmelzen sie mit den Ideen der Herrschenden von innerer Sicherheit, internationalem Krisenmanagement und Weltführungsrolle der EU.

d. Die Gruppen, die hinter der Debatte stehen

Einige der ökologische Modernisierung und die Nachhaltigkeits-/Agenda-Debatten unterstützenden Gruppen verdienen eine besondere Betrachtung, weil sie diese prägten und Etablierungsprozesse und Verfilzung besonders gut darstellen.

NGOs

Der Umweltverband BUND und das katholische Hilfswerk Misereor waren die ersten – als Auftraggeber der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Norbert Herkenrath, bis zu seinem Tod im Mai 1997 Hauptgeschäftsführer von Misereor, saß auch in Expo-Gremien.²⁹ Im BUND federführend im Thema „Wirtschaft und Umwelt“ war seit Anfang der 90er Jahre die Gruppe um Angelika Zahrt, inzwischen Bundesvorsitzende und bis Ende der 90er Jahre SPD-Mitglied. Auch die BUNDjugend hatte in den frühen 90er Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt im Bereich Wirtschaft. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema hat zu einer dramatischen Entradikalisierung geführt. Die entsprechenden Arbeitskreise vertraten schließlich die Position, daß in der Kooperation mit Firmen die wichtigste Perspektive für den Umweltschutz liegt. Papiere um 1990 (beim BUND) und bis 1994 (bei der BUNDjugend) nannten dagegen noch deutliche Vorbehalte gegen Kooperationen mit Großkonzernen.

Auch der Dachverband der deutschen Umweltverbände, der DNR, wurde seit seinem Engagement im Wahlkampf 1998 für Rotgrün zu einem Vorantreiber der Nachhaltigkeitsdebatte. Vor allem Michael Müller, SPD-Bundestagsabgeordneter und DNR-Präsidiumsmitglied formulierte die Ziele u.a. im DNR-Grundsatzpapier „Aufbruch 21“ von 1998. Müller sieht in der Nachhaltigkeit die Chance für Europa, den USA die Weltführungsrolle streitig zu machen. Der DNR folgte sehr stark seinen Überlegungen.

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde als NGO-Dachverband und organisatorischer Rahmen für die Nachfolgearbeit der Weltkonferenz in Rio gegründet und ist, verglichen mit dem DNR, lockerer organisiert. Allerdings sind von der Umweltseite her fast die gleichen Personen wie im DNR vertreten. Einfluß hatten auch hier anfangs einige Personen aus der Jugendumweltbewegung, z.B. auf der Leitungsebene einige Jahre Kerstin Nolte.³⁰ Helmut Röscheisen, Geschäftsführer des DNR, ist einer der beiden Sprecher des Leitungskreises. Die andere war Barbara Unmüßig vom staatstreuen NGO WEED. Sie machte später in der grünen Heinrich-Böll-Stiftung Karriere. Die Postadressen von DNR und Forum sind ebenso identisch wie die eMail-Adressen. Auch das Forum Umwelt & Entwicklung wird überwie-

gend aus Mitteln der Bundesministerien für Umwelt und für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert. Der DNR ist formaler Träger des Forums und dadurch der Zuschußempfänger von Geldern für das Forum. Teil des Forums sind neben den Umweltverbänden entwicklungspolitische Organisationen, aber auch hier eher die staatsnahen, lobbyorientierten Verbände und Gruppen. Ein Teil der Forums- wie der DNR-Mitglieder befürwortete die Expo 2000 und wirkte daran mit (z.B. 24 der DNR-Mitgliedsgruppen, siehe im Band „Reich oder rechts?“ dieser Buchreihe).

Im Original: Auszüge aus einer Antwort von German Watch auf Kritik an der Agenda- und Nachhaltigkeitsdiskussion (Brief vom 8.8.1997)

Im Sinne der Prioritätensetzung ist klar, daß es die Strategie der „Beschäftigungseinlullung“ gibt und man ihr wirksam begegnen muß. Wir verstehen uns allerdings als Lobbyorganisation (für Umwelt, aber vor allem für Nord-Süd-Fragen), und stehen daher im ständigen kritischen Dialog mit Wirtschaft und Politik, um unser Ziel der Politikveränderung zu erreichen. ... Die Diskussion um den Begriff der Zukunftsfähigkeit kann nicht intensiv genug geführt werden und die Frage der Herrschaftsstrukturen ist in der Tat ein Manko in der Wuppertalstudie. Die Agenda 21 ist das, was wir daraus machen, gerade lokal. Wir bemühen uns um eine Gestaltung dieses Begriffes.

Institute, vor allem das Wuppertal-Institut³¹

Institute haben immer eine wichtige Rolle in der Umweltbewegung gespielt, gerade auch in der Diskussion um Positionen und politische Inhalte. Sie sind daher auch wichtig für die Phase der Modernisierung, der Entwicklung staats- und marktorientierter Konzepte (statt der früheren, rein staatsorientierten). Das bekannteste der alten Institute, das Freiburger Öko-Institut³², gehört heute zu den Protagonisten der Nachhaltigkeit. Aus Beratungsstellen für Bürgerinitiativen wurden Agenda-Koordinationsstellen usw. Erst viel später wurde das Wuppertal-Institut gegründet und wurde durch die Nachhaltigkeitsdiskussion sehr schnell bekannt. Es ist aber keine frei getragene Einrichtung. Ihr Träger ist das Land Nordrhein-Westfalen, zu Gründungszeiten rein SPD-regiert. Sieben Millionen DM kostete den SteuerzahlerInnen das Institut jedes Jahr.³³ Der in den ersten Jahren amtierende Präsident des Instituts, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, war schon damals seit vielen Jahren in der SPD tätig, immer wieder auch mit verschiedenen Funktionen bis hin zu Kandidaturen für Ministerämter. Seit 1998 sitzt er für die SPD im Bundestag. 90 MitarbeiterInnen sind der Grundstock für die Arbeit im Institut. Dennoch bewegt sich das Institut im abstrakt-politischen Raum und verzichtet vollständig auf eine fachliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Es ist eher mit einer Regierungskommission zu vergleichen, auf keinen Fall aber als unabhängige Einrichtung anzusehen. Die rotgrüne Orientierung weisen das Wuppertal-Institut, die eng mit ihm kooperierenden Nachhaltigkeitskreise im BUND sowie etliche andere Gruppen in diesem Themenfeld gemeinsam auf.

Ein Blick auf Posten und Aufträge, die das Wuppertal-Institut im weiteren auszeichnen, verdeutlicht noch mehr, wo diese Einrichtung steht. So hat sie für die Ausgestaltung der Expo gutachtlich gearbeitet, Ernst Ulrich von Weizsäcker saß in zwei Expo-Gremien, in einem Fall (Projektauswahlgremium Niedersachsen) sogar auf dem Posten des Vorsitzenden. Ebenso ist Weizsäcker Mitglied im staats- und weltmarktorientierten Club of Rome, sitzt bzw. saß in verschiedenen SPD-Gremien, rückte 1998 für die SPD zum Bundestag und beriet die EU-Kommission. Andere MitarbeiterInnen des Wuppertal-Instituts sitzen oder saßen in Gremien bei Thyssen, in der Umweltkommission des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft, der ÖDP-nahen Stiftung für Ökologie und Demokratie, in Arbeitskreisen der regionalen IHK oder im Deutschen Verpackungsrat. Veröffentlichungen des Instituts werden von Bundestagsabgeordneten der SPD oder der Bundesumweltministerin der Öf-

fentlichkeit vorgestellt. Ex-Institutspräsident von Weizsäcker leitete ab 1985 den von der Waschmittelindustrie eingerichteten Arbeitskreis WAGE³⁴ („Waschmittel und Gewässerschutz“) und sitzt in einigen weiteren Gremien, in denen sich Prominente aus Politik und Wirtschaft die Klinke in die Hand geben. Der Projektleiter von „Zukunftsfähiges Deutschland“, Reinhard Loske, kandidierte anschließend für die Bundestagswahl 1998 auf einem Spitzenplatz der Grünen und wurde dann deren umweltpolitischer Sprecher im Bundestag. Er organisiert federführend die jährlichen Konferenzen zu „Neuen Umweltallianzen“, bei denen NGO-FührerInnen, grüne SpitzenpolitikerInnen sowie IdeologInnen aus den Cheftagen der Großindustrie über neue Strategien des Umweltschutzes nachdenken. Kritische Positionen oder überhaupt BasisakteurInnen sind weitgehend ausgeschlossen, auch das Publikum setzt sich aus eher elitären Kreisen des Umweltschutzes zusammen.³⁵

In diese Konstellation eindeutiger Verstrickung mit Parteien und Industrie seitens Institut und auftraggebenden NGOs entstand die Studie, die Kritik an der Industrie ausließ, die Herrschaftsverhältnisse nicht problematisierte und nur Verbesserungen vorschlug, die die Weltmarktverhältnisse belassen und die VerbraucherInnen zu Verhaltensänderungen aufrufen. Das ist ein typisches Element der Nachhaltigkeit: Die Mächtigen werben für High-Tech und verlagern die Schuld an der Umweltmisere auf die „normalen“ Menschen. Deren Verhalten ist in der Tat oft wenig umweltgerecht, aber sie als Alleinschuldige hinzustellen, kann nur Leuten passieren, die sich selbst als Oberschicht oder Elite in Parteien, Konzernen und NGOs verstehen.

Das zweite wichtige Buch der beginnenden Nachhaltigkeitsdebatte im deutschsprachigen Raum war „Faktor Vier“,³⁶ der Bericht an den „Club of Rome“. Mitautor war wieder Ernst-Ulrich von Weizsäcker. Bemerkenswert ist, wer von Verlag und Autoren als sinnvoller Begutachter des Werkes eingestuft wurde. So standen auf der Rückseite des Buches Kommentare von drei Personen zum Buch. Zuerst meinte Gerhard Schröder, damals noch Ministerpräsident von Niedersachsen und Atomkraftbefürworter: „Endlich neue Substanz für die Energiekonsensgespräche ...“. Dann meldet sich Kurt Biedenkopf, Ex-CDU-Ministerpräsident von Sachsen, mit den Worten: „Mutig und wegweisend“. Schließlich zeigte noch der Bischof von Brandenburg, Wolfgang Huber, daß das Buch keine Munition für UmweltschützerInnen aufweist, sondern das Gegenteil: „Enthält großes Konsenspotential für unsere zerstrittene Gesellschaft“. So war kein Wunder, daß z.B. die Expo 2000 das Buch „Faktor Vier“ zu ihrer Grundlage wählte und damit dokumentierte, daß sich die Ziele des Buches als Rahmen für eine technik- und industrieorientierte Großveranstaltung eignen. Das Wuppertal-Institut entwickelte im Auftrag der Expo selbst die Vorschläge, wie diese Verbindung konkret aussehen sollte. Zweifel am Konzept ständiger technologischer Reaktion auf soziale Fragen kamen nicht auf.

Im Original: Text von Ernst-Ulrich von Weizsäcker aus der Selbstdarstellung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, in der Weizsäcker im Kuratorium sitzt

Was gäbe es Wichtigeres für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung zu tun als denjenigen, die ihre Kinderzahl beschränken möchten, dabei zu helfen? Die DSW schafft es dabei, so vorzugehen, daß die hochkontroversen Konflikte soweit wie irgend möglich ausgespart bleiben.

Text über Weizsäcker im Spiegel special 2/1995, „Öko-Bilanz '95“ (S. 13)

Der Wuppertaler Umweltforscher Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker bringt das Rezept auf die Formel: „Macht Kilowattstunden arbeitslos, nicht Menschen“. Eine tiefgreifende ökologische Erneuerung könne „zum Motor eines neuen Wirtschaftsaufschwungs“ werden. Gemeinsam mit Politikern wie Monika Griefahn (SPD), Lutz Wicke (CDU) und Joschka Fischer (Grüne), mit Journalisten wie Alt und Umwelt-

schützern wie Weinzierl plädiert Weizsäcker in einem Aufruf zur bevorstehenden Rio-Nachfolgekonferenz für die Verabschiedung eines „Globalen Ökologischen Marshallplans zum Schutz der Erdatmosphäre.“³⁷

Weizsäcker in „Mehr Gewinner als Verlierer“ im Spiegel special (s.o.) 2/1995

Die ökologische Steuerreform muß jetzt kommen. Sie muß wirtschafts- und sozialverträglich gestaltet werden.

Weizsäcker auf einem SPD-Wahlplakat im Hamburger Wahlkampf 1997:

Im Umweltschutz zählt Hamburg weltweit zur Spitzengruppe.

Weizsäcker in einem Gastbeitrag im Grünbuch '97 der AEG (S. 23)

..., im reichen Norden³⁸ wurde die Umweltverschmutzung besiegt.

Auszüge aus Ernst-Ulrich von Weizsäcker, 1994, „Umweltstandort Deutschland“, Birkhäuser Verlag, Basel

... sagt aber die Weltenergiekonferenz, daß sich der Energiebedarf bis 2020 um bis zu 50 oder 70 Prozent erhöhen wird. ... Die Kernenergie kann die Lücke nicht schließen. Selbst eine politisch höchst riskante und sehr teure Verdreifachung der mit Atomkraft gewonnenen Energie würde, wenn sich sonst nichts ändert, wenn sich also der Energiebedarf verdoppelt, den Kernenergieanteil nur von heute weltweit fünf Prozent auf etwa acht Prozent anheben. Doch die Folge wäre, daß dann mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als heute auch ein paar Reaktoren in Gebieten stünden, wo Bomben fallen, wo keine gesicherte Atomüllentsorgung existiert oder wo geschmuggeltes Plutonium ganz schnell Käufer fände. ... (S. 18/19)³⁹

So viel sollten wir aus dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus gelernt haben, daß wir eher dem Markt als überforderten Bürokraten zutrauen können, die Details des technischen Fortschritts zu steuern. ... (S. 27)

Wenn man sich fragt, worin die Rezession eigentlich besteht, dann kommt man rasch auf die Beobachtung, daß das deutsche Kapital sich am Standort Deutschland nicht mehr besonders wohl fühlt. ... In dieser Situation könnte die Ausrichtung der neuen technologischen Revolution in Verbindung mit der politischen Festlegung auf eine schrittweise Verteuerung von Energie und Primärrohstoffen sehr wohl zu einem Stimmungsumschlag führen und die Anzeichen des konventionellen Wirtschaftsaufschwungs verstärken. ... (S. 33)

Eine Politik der Privatisierung bisher staatlicher Leistungen, der Abschaffung von Überregulierung und des Abbaus von Subventionen ist daher prinzipiell vernünftig. ... (S. 77)

Solche Branchen müssen allerdings keineswegs wegen einer engagierten Umweltpolitik zu den Verlierern im internationalen Wettbewerb gehören. Zwar werden ihnen besondere Anpassungsleistungen abverlangt, gleichzeitig eröffnen sich ihnen aber auch neue Märkte (Energiedienstleistungen, Biotechnologie, High-Chem-Umweltchemie, Schließung von Stoffkreisläufen, Recycling und Stoffleasing). ... (S. 85)

Fragen wir nicht: „Wie kann man das Auto im Stadtverkehr ersetzen?“, sondern: „Wo gibt es Ansatzpunkte und Handlungsfelder, um Mobilität in den Städten umweltverträglicher zu gestalten?“ (S. 98)

Ganz ähnlich den Instituten haben sich auch Umweltzentren und Wissenschaftsläden als Protagonisten der Nachhaltigkeit entwickelt. Die Regierungen dankte es ihnen mit viel Geld und Kooperationen. Führender Nachhaltigkeits-Wissenschaftsladen in Deutschland ist der Wila Bonn. Er agiert fast komplett in diesem Themenbereich, die konkreten Projekte sind z.B. spritsparende Autofahrkurse. In seinem Rundbrief „WILAINform“ Juli 2002 berichtet der Wissenschaftsladen von seiner Beratungstätigkeit für die Opel AG: „Als Ergebnis des Workshops 'Nachhaltigkeit in den Schlagzeilen' wurde neben vielen anderen Vorschlägen die Forderung vom Wissenschaftsladen Bonn e.V. nach mehr Kooperation der Autokonzerne mit den Schulen aufgenommen“. Zehn Jahre früher wäre eher ein Aufschrei zu hören gewesen, wenn Autokonzerne direkt in Schulen agieren würden.

Im gleichen Rundbrief berichtete der Wissenschaftsladen davon, daß die EU-Kommission die Arbeit der Wissenschaftsläden fördern wolle, u.a. mit der Schaffung einer staatlich geführten Koordinierungsstelle. Diesen Verlust an unabhängiger Vernetzung begrüßte der Wila ebenfalls.

Parteien

Nachhaltigkeit wurde vor allem von Grünen und den Umweltkreisen in der SPD als Werbebegriff besetzt. In den Programmen und Verlautbarungen taucht er ständig auf, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von Anfang 2002 zeigte, daß jeder politischer Vorschlag, der ohnehin diskutiert wird, als nachhaltig definierbar und zum Teil der Nachhaltigkeitsdebatte genutzt werden kann. Obwohl offensichtlich wird, daß Nachhaltigkeit keine klare Definition hat, wird sie im Wahlkampf und in der politischen Debatte auch abgrenzend zu anderen Parteien genutzt – ähnlich Begrifflichkeiten wie „Neue Mitte“, „Wende“ oder NGO-Slogans wie „Eine andere Welt ist möglich“.

Am deutlichsten wird bei den Grünen⁴⁰, daß Nachhaltigkeit sowie die damit zusammenhängenden Themenfelder einer spezifischen Form von Modernisierung dienen – einer technischen Erneuerung, der Ausdehnung von elitengezogener Herrschaft und Verwertung weltweit. Nachhaltigkeit macht Politik zu einer Art Computerspiel, bei dem soziale Komponenten und Prozesse ausgeblendet werden, während Mensch und Natur zu Formeln in Effizienzgleichungen werden. In der SPD stehen konservativ wirkende SozialpolitikerInnen einer solchen Orientierung teilweise entgegen, bei rechteren Parteien bedingern Ideologien wie Nationalismus usw. die unbeschränkte Modernisierung – was nicht besser ist, sondern nur eine andere Herrschaftslogik in den Mittelpunkt stellt. Nachhaltigkeit ist somit eine optimale Begleitmusik zum Neoliberalismus – und die Grünen sind der optimale Träger dieser Ideologie: Ohne sozialpolitische Tradition, modern, managementorientiert. Nachhaltigkeit ist der Denkstoff der modernen MacherInnen.

Auch in der PDS wird der Begriff der Nachhaltigkeit als Leitlinie der Umweltpolitik genannt, wenn auch ohne prägende Wirkung. Umweltschutz kommt in der PDS-Realität kaum vor, ohne große Analyse werden die dominanten Diskurse einfach übernommen. Bemerkenswert ist, daß auch die PDS (wie alle anderen bundesweiten Parteien auch) KritikerInnen der Nachhaltigkeitsidee nie die Möglichkeit zur Auseinandersetzung bot.

Älter werdende AktivistInnen aus der Jugend-Umweltbewegung

Zum Thema „Ökologische Steuerreform“ stellte eine Gruppe von ehemals in der Jugendumweltbewegung aktiven, vormals klar antikapitalistische Positionen vertretenden Leuten die HauptakteurInnen. In den Protokollen der Debatte im DNR⁴¹ werden sie benannt als VertreterInnen der Jugendumweltbewegung insgesamt (Armin Torbecke, Lars Knöpke),⁴² der Jugendumweltverbände (Julia Seim), der BUNDjugend (Rasmus Grobe und weitere), der Jugendvertretung im Forum Umwelt und Entwicklung (Kerstin Nolte), aus den europäischen Jugendumweltprojekten SET und A SEED (Martin Rocholl), der Naturschutzjugend und YEE (Wolfgang Schwartz), aus JANUN und dem Jugendumweltbüro Göttingen (Sören Janssen, für Göttingen auch Gerd Sanders).⁴³ Sie bewegten Mitte der 90er Jahre den DNR und einige Mitgliedsverbändedes DNR dazu, erneut das Thema aufzugreifen und mit einer weitgehend der Industrie entgegenkommenden Fassung durchsetzbar zu machen. Das Steuerreformpapier des DNR, das 1997 die Forderung nach einer Entlastung der Großenergieverbraucher bei voller Besteuerung der Kleinen in die Diskussion einbrachte, war stark auf die Aktivitäten von JugendumweltfunktionärInnen zurückzuführen. Sie kamen nicht in eine bereits laufende Diskussion der etablierten Verbänden hinein, sondern brachten diese selbst erst wieder in Gang, nachdem sie 1992 mit der Ablehnung der Steuer durch die damalige Bundesregierung eingeschlafen war.

In einem Beitrag zum DNR-Kurier⁴⁴ formulierte Armin Torbecke seine Hoffnung, daß alle NGOs/Umweltorganisationen die Steuerreform zu ihrem Schwerpunktthema und damit diese zum zentralen Vernetzungsgegenstand machen. Diese Forderung entsprach der im Dokumentationsbuch zum Jugendumweltfestival „AufTakt“. Dort wurde, ohne daß dieses Thema tatsächlich das Festival geprägt hätte, die Ökosteuer bereits 1994 als wichtigstes Projekt der Zukunft benannt. Die AutorInnen schufen damit das erste Dokument, das den Wandel von einer radikalen, herrschaftskritischen⁴⁵ und antikapitalistischen Jugendbewegung hin zu ModernisierInnen von Herrschaft zeigte. Zehn Jahre später hatten viele von ihnen Karriere in staatlichen Institutionen, bei prostaatlichen und promarktwirtschaftlichen NGOs bzw. in Firmen gemacht. Ihre früheren Positionen tun sie inzwischen genauso verächtlich ab wie sie öffentlich gegen die wenigen radikal gebliebenen MitstreiterInnen von damals polemisieren.⁴⁶

Die Jugendvertretung im DNR war nicht der einzige Teil der (ehemaligen) Jugendumweltbewegung, der auf die kraftvolle Werbung und Integrationskraft von Nachhaltigkeit und Agenda 21 einging und dabei bisherige politische Positionen aufgab. Ab 1997 führte das Jugendumweltbüro Hannover die Jugend-Agenda im Auftrag der Stadt Hannover durch. Der niedersächsische Jugendumwelt-Dachverband JANUN erklärte sich selbst zur Anlaufstelle von Kinder- und Jugendagendaaktivitäten im Land und organisierte öffentliche Veranstaltungen, wo malende Kinder die Kulisse für Auftritte von MinisterInnen und dem damaligen Ministerpräsidenten Schröder⁴⁷ bildeten. Agendaarbeit war zumindest zeitweise in den Umweltwerkstätten und Jugendumweltbüros in Verden, Göttingen, Ostfriesland und anderen angesagt. Der Jugendumweltkongreß 1997/98 sollte sich auf die Agenda beziehen,⁴⁸ zudem wurde das Verdener Ökozentrum Modellprojekt für ein zukunftsfähiges Niedersachsen in der Hoffnung, darüber ethische Geldanlagen für einen fremdfinanzierten Ausbau der Gebäude zu finden.⁴⁹

Im Original: Bericht der BUNDjugend-Versammlung 1997 in „aktuell“ 3/97 (S. 6/7)

Letztendlich setzten sich die Delegierten mit dem wichtigen Thema Agenda 21 auseinander. Die Idee einer Agenda ... ist als Meilenstein in der „Nachhaltigkeits-Debatte“ zu verstehen ... Auf der DV wurde diskutiert und beratschlagt, inwiefern das Thema für unsere Arbeit nützlich ist ... Niedersachsen und Bayern beispielsweise sind bereits dabei.

Medien

Tageszeitungen, Fernsehserien und vor allem Fach-Medien im Umweltschutz sowie ab Ende der 90er Jahre zunehmend auch aus der Wirtschaftsbranche gehörten zu den wirkungsvollsten Vorantreibern der Nachhaltigkeitsdebatte und ökologischen Modernisierung. Eine Recherche der erschienenen Texte zeigt, daß sie meist um einige Monate oder gar Jahre den Debatten voraus waren und diese damit an wichtiger Stelle mit vorantrieben. Agenda 21 und Nachhaltigkeit füllten die Medien, als sie in den Basisgruppen noch unbekannt waren. Ethische Geldanlagen und ökologische Modernisierung von Konzernen waren die folgenden Themen, seit Ende der 90er Jahre bereiteten viele die Akzeptanz von Gentechnik vor – mit spürbarer, wenn auch nicht sofort durchschlagender Wirkung. Ehemalige Umweltschutz-Publizisten, zu harten Gegnern des Umweltschutzes und Protagonisten des entfesselten Kapitalismus gewandelt, finden vor allem in den Medien immer wieder Auftrittsmöglichkeiten, z.B. Dirk Maxeiner und Michael Miersch.⁵⁰

Ökologische Betriebe und ethische Geldanlage

In den 90er entstanden sehr viele Betriebe, die ökologische Argumente als Verkaufshit nutzen. Sie unterschieden sich von den selbstverwalteten Betrieben der 70er und 80er Jahre durch das Fehlen jeglicher Kritik an kapitalistischer Wirtschaft. Die älteren Betriebe begriffen ökologische Kriterien und Selbstverwaltung noch als Versuch, Kritik in das System von Ausbeutung und Umweltzerstörung einzubringen und selbst eine andere Form zu praktizieren. Die Hoffnung, dadurch die gesellschaftlichen Verhältnisse untergraben oder auch nur sich selbst den Zwängen des Marktes entziehen zu können, ging zwar nicht auf, doch immerhin war es das Ziel.⁵¹ Die neueren Firmen bezogen sich dagegen von Beginn an positiv auf den Markt, sie warben sogar damit, daß die Kräfte des Marktes deshalb, weil sie so stark seien, das geeignete Mittel für den Umweltschutz seien. „Ihr Geld – stark für die Umwelt und ihr Konto“ – so oder ähnlich hießen die Slogans. Damit wurden ökologische Betriebe zu den Antriebern der Modernisierung. Der Begriff der Nachhaltigkeit paßte in dieses Konzept und wurde offensiv genutzt. Ende der 90er Jahre waren die Betriebe stark genug, daß sie über neu gegründete Zusammenschlüsse sowie oft in Kooperation mit NGOs oder der rotgrünen Regierung im öffentlichen Raum agierten (z.B. als Protagonisten eines Vertragsabschlusses beim Klimagipfel im Juli 2001 in Bonn).

Die rot-grüne Nachhaltigkeits-Seilschaft

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es einen engen Filz zwischen Teilen der SPD, der Grünen, der PDS, ökologischer Betriebe und Medien sowie aus NGOs gibt, die sich gegenseitig fördern (Geld, Wahlkampfhilfe, Gesetze usw.) und den Begriff der Nachhaltigkeit als verbindendes ideologisches Merkmal aufweisen. Michael Müller, Umweltsprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sein Fraktionskollege Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Reinhard Loske, Umweltsprecher der grünen Bundestagsfraktion, waren 1998 die wichtigsten Parteileute⁵² in einer Runde von Personen aus Umweltverbänden, Medien und Wissenschaft,⁵³ deren gemeinsames Ziel es war, im Rahmen der erhofften rot-grünen Bundesregierung die Themen Agenda und Nachhaltigkeit zur Regierungspolitik zu machen und damit auch sich selbst in den Mittelpunkt zu bringen. Nach außen wurde dieser Plan vertuscht. Die Gruppe agierte öffentlich unter dem Namen „Aufbruch 21“. Offizieller Träger: Der Deutsche Naturschutzring. Dort bildeten die Macher der rot-grünen Nachhaltigkeitsgruppe auch die einflußreichste Gruppe im Präsidium.⁵⁴ „Aufbruch 21“ war der Titel einer Arbeitsgruppe, die ein neues Grundsatzprogramm für den DNR erarbeiten soll. Dabei war äußerste Hektik angesagt, eine Beteiligung der Basis nicht angestrebt. Die Arbeitsgruppe bestand aus handverlesenen Leuten, überwiegend aus dem rot-grünen Dunstkreis in Wissenschaft und Medien. KritikerInnen wurden forsch abgebügelt, die Debatten waren nicht-öffentlich.⁵⁵ Das Programm wurde Anfang September vorgelegt. Ende September fand die Bundestagswahl statt. Schon die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zeigte, daß sich die Initiatoren um SPD-Mann und DNR-Vorstandsmitglied Müller wenig Gedanken über politische Inhalte machten: Von 18 Personen in der Gruppe waren 17 Männer, keinE BasisgruppenvertreterIn war dabei, das Durchschnittsgehalt lag sehr hoch.⁵⁴ Der Anspruch von Müller, soziale Themen mit dem Umweltschutz verknüpfen zu wollen, scheiterte so im Ansatz. Aber diese Ziele verschleierte ohnehin nur, was eigentlicher Anlaß war: Eine verdeckt agierende, rot-grüne Seilschaft träumte von der Macht. Das Thema Nachhaltigkeit kam ihr gerade recht, der Titel „Aufbruch 21“ vermittelte ebenfalls inhaltliche Leere und Worthülsen. Das fand sich auch in

den Ergebnissen. Der DNR wurde zu einem rot-grünen Wahlkampfbüro. Zusätzlich zum „Aufbruch 21“ wurde die ökologische Steuerreform zum Wahlkampfthema gemacht. Finanziert wurde die Kampagne von den Grünen. Vielen im DNR war das unbekannt, andere hingen im rot-grünen „Sumpf“ mit drin und schwiegen.⁵⁶

Die Träume der Nachhaltigkeits-Seilschaften gingen hinsichtlich der Regierungspolitik nicht auf. Der Umweltschutz kam unter Schröder teilweise böse unter die Räder. Nur in wenigen Bereichen, z.B. der Energiepolitik, konnten Rahmenbedingungen so verändert werden, daß wenigstens die ökologischen Betriebe bedient wurden.⁵⁷ In der internationalen Politik wurde Nachhaltigkeit dagegen stärker betont, weil es u.a. der Durchsetzung europäischer Interessen gegen die bislang hegemonialen USA diene.

Im Original: Auszüge aus „Aufbruch 21“, in Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22+23)

Europa muß sich überlegen, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die EU muß ein eigenes Profil zeigen. Die Erneuerung der sozialen Demokratie durch die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik ist der richtige Weg. ... Die Leitidee der „Zukunftsfähigkeit“ ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (... Olof Palme ... Willy Brandt ... Gro Harlem Brundtland) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.

Auszüge aus dem vorbereitenden Papier „Thesen zur Situation der Umweltbewegung und zur Rolle des Deutschen Naturschutzbündnisses“ (DNR-Präsidium am 1.9.1997)

Die Umweltbewegung muß sich als gesellschaftliche Reformbewegung verstehen. Sie kämpft um die Mehrheitsfähigkeit des ökologischen Zukunftsmodells. ... Die Umweltbewegung hat angesichts des großen Problemstaus in unserer Gesellschaft eine Verantwortung, die weit über die Umweltpolitik hinausgeht. ... Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative. Deshalb werden wir uns nicht nur in umweltpolitischen, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen verstärkt einmischen.

e. Agenda 21⁵⁸: Neoliberale Ideologie und nachhaltige Harmonisierung

Die Agenda 21 entstand aus den politischen Debatten Anfang der 90er Jahre, als dem globalen Kapitalismus passende, modernisierte soziale und ökologische Konzepte als Ergänzung beigegeben wurden. Das Werk wurde zu grünen Kosmetik und zu einem der wichtigsten Akzeptanzbeschaffer der neoliberalen Phase, d.h. der gewaltförmigen und umfassenden Ausdehnung von Marktwirtschaft und Verwertung. Strategisch setzte die Agenda 21 auf die Politik der Integration, die in den 80er Jahren schon erfolgreich Proteste eingebunden und oft neutralisiert hatte. Zentral war die auf der Rio-Konferenz entstandene Forderung, auf allen Ebenen Diskussionskreise zu bilden, die lokale, regionale oder nationale Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung entwerfen sollten. Die Denklöge, die den Agenda-Gruppen zugrundelag, entsprach der schon dargestellten integrierenden Unverbindlichkeit. Es ging darum, möglichst alle Interessensgruppen an einen Tisch zu bringen und den Dialog sowie am Ende den Konsens zu suchen. Umweltgruppen formulierten selbst als Ziel, mit den regierenden Parteien, die Konzernen, dem ADAC, der IHK usw. einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog zu finden und umzusetzen. Das ging und geht an der Realität der unterschiedlichen Interessen weit vorbei, so daß die Agenda-21-Kreise überall zu langatmigen Debattierclubs wurden, die konkret wenig bewegten. Zudem lief der Agenda-Prozeß an der Mehrheit der Menschen vorbei. Meist saßen nur LobbyistInnen, d.h. FunktionärInnen aus NGOs, Parteien und Firmen am Tisch und pflegten den Dialog. Soziale Gruppen und Umweltverbände glauben durch die Agenda nun in scheinbar wichtigen Zirkeln dabei zu sein

und feiern es als Erfolg, endlich auch zu den Privilegierten zu gehören, während die „normalen“ Menschen außen vor bleiben. Kaum ein Umweltverband tritt offen für die Selbstbestimmung der Menschen bzw. eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit mit echten Mitspracherechten ein, alle sind nur bemüht, selbst dabei zu sein.

Der Text der Agenda 21 ist den meisten AkteurInnen nicht bekannt. Es erregte auch keinen Verdacht, daß dieser Text von den Staats- und RegierungschefInnen der Welt verabschiedet wurde. Was da rauskam, dürfte eigentlich nicht überraschen, z.B. eine klare Befürwortung der Gentechnologie und eine positive Haltung zur Atomkraft. Selbst das Versenken des Atom Mülls im Meer wird in der Agenda als noch zu klärende Frage offengelassen, während in allen (!) Länder dieser Welt neue Atomanlagen entstehen sollen. Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen werden nicht gefordert, dafür aber eine Gleichstellung der Privatwirtschaft mit der Politik.

Im Original: Auszug aus einer Rede von Ralf Strobach, BiU Hannover, bei der Auftaktveranstaltung der Lokalen Agenda 21 am 23.4.96 in Hannover

Also, eins muß einem klar sein: Einfach ein Hannoverprogramm 2001 schreiben, 150 Millionen Mark als Kredit aufnehmen, reinputen, was für die Expo nötig ist und noch was, was man sowieso macht, dann bunt bebildern und Nachhaltige Entwicklung draufetikettieren, so kann's ja wohl nicht gehen. Wer die Lokale Agenda 21 als Politik-Recycling versteht, wenn alte Politik nur unter neuem Namen verpackt wird, um sie besser verkaufen zu können, dann können wir den Abend gleich beenden.

Der folgende Texte erschien bereits 1997 und war die erste grundlegende Kritik innerhalb der Umweltschutzverbände – eine umfangreiche Auseinandersetzung oder auch nur Diskussion fand jedoch nicht statt. Ganz im Gegenteil – nach anfänglichem Interesse einiger Öko-Medien schwenkten auch diese wieder auf vollständigen Pro-Agenda-Kurs ein.

Auszüge aus einem Text von Jörg Bergstedt, Olaf Nitsch und Jutta Sundermann (veröffentlicht u.a. bereits 1997 im Alligator der Grünen Liga, in Contraste Jan. 98, S. 4 und alaska Dez. 97, S. 29-31)

... Agenda-Kritik Nr. 1: 90 Prozent Worthülsen und „Blabla“
Umweltorganisationen wissen natürlich, daß es sich bei der Agenda 21 um das Hunderte von Seiten starke Schlußdokument des Welt-Umweltgipfels 1992 in Rio handelt. Darin beschlossen VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO, lieber aber NGO in der englischen Variante) sowie WirtschaftsvertreterInnen ihr Verhandlungsergebnis. Erst 1994 übersetzte das deutsche Umweltministerium das Papier vollständig und brachte den Wälzer in Umlauf. Zu verschiedenen Umweltthemen sind Entwicklungsperspektiven aufgeführt. Nur das kürzeste Kapitel der Agenda 21, das 28. von insgesamt 40, widmet sich der Umsetzung vor Ort und wurde zur Aktionsgrundlage für immer mehr Umweltgruppen überall im Land. Doch als „lokale Agenda“ agieren sie zwangsweise ohne konkrete Ziele, weil alles, was uns die Agenda 21 sagen will, nicht etwa kurz und deutlich ausgedrückt ist. Ihre VerfasserInnen haben das meiste von vorne bis hinten übelst verlausuliert und garantieren auch so (neben dem Umfang des Werkes und dem Namen), daß kaum ein normaler Mensch sich diese Wortverknotereien zu Gemüte führen wird. Ein Beispiel gefällig?: „(...) Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a) ... b) im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommen (...) darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. (...)“⁴⁹

Agenda-Kritik Nr. 2: 10 Prozent falsche Ziele

Fast scheint es, als ob die Umweltbewegten, die in Sachen Agenda 21 Bündnisse schmieden, diskutieren und Presseinformationen verfassen, selbst das Buch nicht gelesen hätten. Oder würden sie sonst so viel Kraft in ein Werk stecken, das Gentechnik und Atomenergie befürwortet? In je einem eigenen Kapitel wird hier herausgearbeitet, daß in der Gentechnik die Zukunft von Medizin und Welternährung liegt, während

ebenfalls ausführlich von der Notwendigkeit sicherer Atommülltransporte und -lagerung gesprochen wird (ohne daß auch nur ein Halbsatz zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie zu finden ist). Atomkraftwerke sollen weltweit auf den modernsten technischen Standard gebracht werden. Und noch ein Kapitel in der Agenda müßte UmweltschützerInnen die Haare zu Berge stehen lassen: Zur Förderung der Privatwirtschaft sollen Beteiligungsrechte in Umweltdingen eingeschränkt werden. Die Industrie soll bei der politischen Beteiligung bevorzugt werden, nirgends sind die Formulierungen so weitgehend wie in diesem Kapitel. Frauen, Kinder, ArbeitnehmerInnen – ihnen allen ist ein Kapitel mit netten Sprüchen gewidmet, nur bei der Beteiligung der Industrie finden sich konkretere Positionen. Danach sollen Unternehmen zukünftig gleichberechtigt mit PolitikerInnen die Zukunft des Landes bestimmen.

Agenda-Kritik Nr. 3: Lokale Bürgerbeteiligung ist gar nicht gewünscht

Daß in der Agenda ein Aufruf zu einer „Lokalen Agenda“ enthalten sei, bei deren Bearbeitung die BürgerInnen gleichberechtigt mitreden sollen, ist schlicht erfunden. Tatsächlich sind die Kommunen nur aufgerufen, mit den BürgerInnen (und der Wirtschaft, das wird gleich mitbenannt!) zu reden, um deren Wissen für die eigene Arbeit verfügbar zu machen. Zitat aus Kapitel 28: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine 'kommunale Agenda 21' beschließen“.

Agenda-Kritik Nr. 4: Wir verlieren unser klares Profil

Bundesatom- und -umweltministerin Angela Merkel weiß, was sie an der Agenda hat. Wenn sie (wie im Dezember 1996) einlädt, bundesweite Agenda-Arbeitskreise zu gründen, kommen illustre Gäste aus Wirtschaft (Chemie-/Auto-), Wissenschaft, Ministerien und Verbänden (BUND, Grüne Liga, Beamtenbund...). Dort, wo die Lokale Agenda vor Ort zum Thema wird, kommen am „Runden Tisch“ ebenfalls Vertreter aus Parteien, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden usw. zusammen. Muß das nicht stutzig machen? Die Vertreter der härtesten, umweltzerstörenden Industrie brauchen vom Agenda 21-Prozeß nichts zu fürchten. Überall geht dort der Dialog vor. Es gibt tatsächlich keine Passage im Rio-Dokument, die die Großindustrie grundsätzlich in Frage stellt oder auch nur kritisiert. Der Schutz der Menschenrechte angesichts eines liberalisierten Welthandels gerät z.B. vollständig unter die Räder, kommt in der Agenda nicht vor.

Dafür läuft die Expo 2000 in Hannover als Agenda-Projekt – das ist doch was zum Aufschauen für die kleinen UmweltschützerInnen, die ein solch großes Umweltprojekt, für das so viel gebaut und umgекrem-pelt wird, niemals hinkriegen würden. Ein weltweites Happening mit dem Agenda Banner – „Das, was zu tun ist.“ (Übersetzung von „agenda“).

Agenda-Kritik Nr. 5: UmweltschützerInnen werden beschäftigt

Die Agenda 21 enthält viele Seiten mit vielen Kapiteln mit vielen, vielen Worten. Die Agenda-Bündnisse zeichnen sich ebenfalls vor allem durch viele Worte aus. Das merken immer mehr Menschen und Medien, ohne daß die Agenda-Begeisterung bisher merklich abgenommen hätte: „Einen Aufstand muß man machen, und nicht nur von ihm reden. Bisher wurde viel geredet, unglaublich wenig gemacht, obwohl es unzählige Menschen gibt, die sich für nachhaltige Politiken und Projekte einsetzen“ (Politische Ökologie 5/96). Frankfurter Rundschau vom 24.10.95: „Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu Bürohengsten zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte...“

Agenda-Kritik Nr. 6: Alle werden verarscht!

Agenda ist ein Mythos geworden. Dafür wurde gelogen, daß sich die Balken biegen. Die Kritik von 1992 wurde ausgeblendet. Selbst die Nachfolgekonferenzen von 1995-97 haben keinen Verdacht geschürt, daß die Sache vielleicht grundsätzlich faul ist. Der Mythos ist Ergebnis einer Darstellung der Agenda zunächst von Seiten der Mächtigen, dann der typischen MitläuferInnen (LobbyistInnen, auch die Umweltverbände) und schließlich einer immer breiteren Szene von Menschen und Institutionen, die mit dem Begriff Agenda inzwischen gutes Geld machen: Verlage, ModeratorInnen, Bildungseinrichtungen. Der Blick in die Hefte, die die Agenda vorstellen, ist offenbar überall vernebelt. Sonst müßte auffallen, daß fast ausnahmslos bei der Vorstellung der Inhalte nicht nur Dinge gesagt werden, die so nicht in der Agenda stehen (z.B. die Beteiligungsrechte von BürgerInnen), sondern vor allem auch die kritischen Texte einfach weggelassen werden. In der Agenda wird der Ausbau der Atom- und der Gentechnologie in zwei umfangreichen Kapiteln gefordert. In den Broschüren und Ausstellungen, die vorgeben, die Inhalte der Agenda zu beschreiben, fehlen diese Kapitel immer.

Agenda-Kritik Nr. 7: Die Falschen werden unterstützt

Industrie und Bundesumweltministerin haben gut lachen: Die meisten Umweltgruppen, vor allem aber die etablierten Verbände unterstützen die Agendaarbeit und die Nachhaltigkeitsdebatte. Neue Modewörter wie „Nationaler Umweltplan“ geistern herum und werden über Jahre alle Kapazitäten binden, ohne daß etwas herauskommt. Wer heute Agendaarbeit macht, kann auf gute Presse, Zuschüsse oder vielleicht sogar ein Pöstchen im neugeschaffenen Agendabüro hoffen. Auf Landes-, Bundes- und überregionaler Ebene aber haben ganz andere Kreise die Agendathematik besetzt: Umweltministerin Merkel, die Expo und andere. Die RWE-Zeitung heißt „Agenda“. Sie können sich auf die vielen hundert (oder gar schon tausend?) Gruppen vor Ort berufen, die mit ihnen einer Meinung sind: Agenda ist die Zukunft. Wer vor Ort die Agenda und ihre Ziele unterstützt, fällt denen in den Rücken, die auf überregionaler Ebene gegen Gen- und Atomtechnik sowie gegen die Deregulierung und zunehmende Macht der Großkonzerne kämpfen. Ist es ein Wunder, daß dieselben Umweltorganisationen, die bundesweit Agenda und Nachhaltigkeitsdiskurs fördern, jetzt bei der Expo mitmachen wollen oder Ökosteuereffektivitätsvorschläge machen, bei denen die Großenergieverbraucher Ausnahmen erhalten sollen?

Da hilft es auch nichts, wenn sich Agenda-Leute vor Ort rausreden, daß die Agenda zwar problematisch sei, aber sie vor Ort ja was Besseres daraus machen. Dadurch, daß sie ein Dokument stützen, in dem Gen- und Atomtechnik befürwortet werden und die Stärkung der Privatwirtschaft zum Ziel aufsteigt, machen sie wirksame Umweltschutzarbeit landes- und bundesweit schwieriger. Sie stehen (mindestens symbolisch) einfach auf der Seite von Merkel, RWE usw.

Agenda-Kritik Nr. 8: Geld als Schmiermittel

Ohne Geld und Pöstchen wäre aus der gescheiterten Rio-Konferenz '92 niemals der Mythos entstanden, den die Agenda jetzt darstellt. Dazu war Geld nötig, sehr viel sogar. Es floß auf unterschiedlichen Ebenen. Zuerst wurden Bundes- und Landesregierungen aktiv (egal, wer dort gerade regierte). Arbeitskreise zum Thema Nachhaltigkeit bzw. Agenda banden die Hauptamtlichen der Umweltverbände. Aber dort wurde auch über Projekte diskutiert, Finanzierungen ausgelotet – das Mitmachen lohnte sich also. Auf kommunaler Ebene dauerte alles zunächst recht lange. Geld half auch hier. Die Landesregierung stellte 6 Mio. DM zur Verfügung für alle, die Agenda machen wollten. Das half. Ob CDU- oder SPD-regiert, viele Kommunen fingen an. In den Metropolen laufen die Agenda-Prozesse schon länger. Sie sind in der Regel mit einigen hauptamtlichen Stellen verbunden, Projekt- und Öffentlichkeitsmitteln. Und wer kann dazu schon Nein sagen ...

Fazit: Selber Maßstäbe setzen!

Im Zuge der Agenda-Aktivitäten vor Ort werden BürgerInnen eingeladen und häufig kommen etliche Menschen zusammen. Das ist neu, UmweltschützerInnen haben sich lange gar nicht um BürgerInnen-Beteiligung geschert. Sie haben in diesem Bereich sicher „Hausaufgaben“ zu machen. Das Ziel einer breit getragenen Gesellschaftsveränderung und echten Umweltschutzes ist sicher nur mit BürgerInnen-Rechten zu erreichen. Das ist aber kein Argument für die Agenda, denn mehr Rechte für die Menschen will sie gar nicht. Anhörungen und runde Diskussions-Tische sind im Rio-Papier aufgeführt. Dann machen die PolitikerInnen den Rest – oder auch nicht.⁶⁰ BürgerInnenentscheide z.B. sind Elemente einer echten Mitbestimmung. Es gibt da gute Vorschläge und aktive Gruppen – die Agenda braucht es auch hier nicht.

Bündnisarbeit ist eine gute Sache und wichtig, um Zielen näher zu kommen. Aber immer muß dann die Frage geklärt sein, ob ein Bündnis mit jedem diesem Ziel noch dienlich sein kann. Jede Umweltgruppe, die sich von Merkel für einen Arbeitskreis gewinnen läßt, der nichts erreichen soll, muß sich fragen, ob das wirklich der Weg sein kann. Jede Umweltgruppe, die die Agenda 21 hochhält, muß daran denken, daß sie damit klare Positionen gegen Gentechnik und Atomenergie verrät. Es stehen auch vernünftige Sachen in dem Rio-Papier. Aber das sind Forderungen, auf die die Umweltbewegung vorher schon gekommen ist, die sie auch vertrat, ohne dabei ein Gesamtwerk salonfähig zu machen, das ganz vielen Forderungen der Umweltbewegung total zuwider läuft. Es ist eben der faule Kompromiß, den die Mehrheit der Regierun-, Wirtschafts- und NGO-VertreterInnen nach langen Diskussionen mittragen konnte. Übrigens: Die in der Agenda angepeilten Prozesse sollten zum Nachfolgegipfel in New York bereits abgeschlossen oder in vollem Gange sein. Der New Yorker Gipfel ist rum, nichts ist passiert. Soweit hat sich die Agenda schon selbst ins Abschiefspiel. Jeder Teil der Ökologiebewegung könnte jetzt anfangen und endlich die heilige Kuh schlachten: Wo bleiben neue Maßstäbe und wer fordert lautstark Umweltschutz ohne doppelte Moral? Es ist möglich, für eigene Ideen und Konzepte BündnispartnerInnen zu finden und gemeinsam was zu erreichen, ohne daß der Rest der Menschheit abschaltet und samt seiner Umwelt dem Dialog mit der Wirtschaft geopfert wird!

In den offiziellen und NGO-Texten zur Agenda 21 liest sich wenig von den tatsächlichen Inhalten und strategischen Zielen. Nur selten finden sich kritische Töne und offenes Zugeben dessen, was mit der Agenda 21 verbunden ist. Veröffentlicht wird aber auch bei den seltenen Kritiken nur das, was aus Eliten kommt. Agenda ist ein Herrschaftsprojekt – um mit modernen Mitteln Dominanz ausüben zu können, muß das Projekt wandelbar sowie am Ende sogar austauschbar sein, ohne daß Herrschaftsstrukturen und Verwertungsverhältnisse in Frage gestellt werden. Die Eliten⁶¹ nutzen ein Projekt für ihre Ziele und Dominanz, dann werfen sie es selbst, um neue Projekte und die Modernisierung vorschlagen zu können.

Im Original: Auszug aus Wolfgang Sachs, „Keine Gerechtigkeit ohne Ökologie“ in: Politische Ökologie April/Mai 2002 (S. 15)⁶²

Auch die Entmythologisierung von Rio hat ihre Berechtigung. Dann das Ereignis kann ebenso gut als Abschluss, Kompromiss und Stein des Anstoßes gelesen werden. Mit dem Erdgipfel fand nämlich auch die weltweite ökologische Protestbewegung einen gewissen Abschluß; sie wurde von den vorherrschenden Institutionen und Denkweisen absorbiert und in Reformoptionen übersetzt. Damit war logischerweise ein Kompromiss verbunden, der das Notwendige auf das Mögliche zurückführt, mit der Folge, dass sämtliche Vereinbarungen von Rio doppelgesichtig daherkommen: Sie rufen einerseits die ökologische Wende aus und unterstreichen andererseits den Wert von Wirtschaftswachstum und Freihandel. Ein solches Ergebnis wiederum wird leicht zur Fußangel für jene, die eine natur- und menschenfreundlichere Zivilisation im Auge hatten und nicht nur ein weitsichtigeres Management der gewohnten Geschäfte.

Wer initiiert die Agenda-Arbeit?

Agenda-Arbeit wurde in der Regel „von oben“, d.h. von den jeweiligen Regierungen initiiert und kontrolliert. In einigen Orten waren Initiativen oder Verbände die Anstifter, doch meist begriffen die Stadtregierungen schnell, daß sie die Kontrolle wiedererlangen würden, wenn sie sich einfach selbst an die Spitze des Prozesses stellten. Nur in wenigen Fällen kam es darüber zum Streit, nie zum Bruch. Grundlegende Änderungen bei Strukturen und Mitspracherechten konnten bislang nie durchgesetzt werden. Die kritisierenden Gruppen zogen keine Konsequenzen, sondern blieben weiter am runden Tisch dabei. Vor Beginn von Agendaprozessen lief in den Verwaltungen meist eine intensive Vorbereitung ab. Die späteren Koordinierungspersonen sowie ausgewählte VertreterInnen beteiligter Organisationen wurden darin geschult, Konflikte zu glätten, die Agenda positiv darzustellen und vorher feststehende Abläufe oder Ergebnisse einzuhalten. Wenn zur Agendaarbeit öffentlich eingeladen wurde, war alles schon geklärt.⁶³ Ein Großteil der für die Agendaarbeit bereitstehenden Mittel floss in diese Vorbereitungsphase, z.B. als Honorare für die AusbilderInnen.

Erste Bilanzen zeigten bereits den Mißerfolg – doch nichts geschah!

Die Bilanz der Agenda 21 ist fast überall sehr mager angesichts etlicher Jahre mit Arbeitsgruppensitzungen, Umwidmung fast aller Geldmittel aus dem Ökologie- und zum großen Teil aus dem außerschulischen Bildungsbereich sowie der Bereitstellung vieler Stellen bei gleichzeitiger weitgehender Aufgabe von Umweltbildung und -beratung. Viele Menschen haben sich inzwischen frustriert zurückgezogen, andere verharren noch in den Agendarunden – weiter in der Hoffnung auf einen Durchbruch. Ihre Hoffnung richtet sich immer auf die Politik, Agendaaufgaben sollen über die Herrschenden verwirklicht werden. Veränderungen in der Gesellschaft sind ausgeblieben, NutznießerInnen sind die Politik, die Protestpotential neutralisieren konnte, und die NGOs sowie einige Umweltbildungszentren, die die Agendagelder abschöpften und vor allem ihre Hauptamtlichen-Apparate ausbauen konnten.

Bunte Broschüren zu Agenda-21-Arbeit in vielen Städten und Regionen können nicht verdecken, daß nur wenige Einzelprojekte verwirklicht wurden, während grundlegendere Veränderungen ganz ausblieben. Die wenigen Projekte stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand und wären über vorherige Umsetzungsstrukturen im Umweltschutz (BürgerInnen-Initiativen, Umwelt-Basisgruppen) wahrscheinlich schneller umgesetzt worden. Sichtbar wurde das bereits Ende der 90er Jahre in den Berichten aus der Agenda-Arbeit und den Diskussionen über das weitere Vorgehen. Doch Konsequenzen blieben aus – außer dem Ruf nach mehr Institutionalisierung, Hauptamtliche und Übernahme der Agenda-Arbeit durch die Verwaltung.

Im Original: Texte zur Agenda in Berlin, aus der BUND-Broschüre „Agenda 21“ (S. 41)

Es ist bedauerlich, daß diese Maßnahmen nicht in Absprache mit VertreterInnen der zahlreichen Agenda-Initiativen entwickelt wurden. Anstatt Maßnahmen in Konsultation mit den BürgerInnen der Stadt zu entwickeln, wie es schließlich in der Agenda 21 gefordert wird, werden von oben Themen vorgegeben.

Auszug aus einem Interview zur Agenda in Köpenick, dort „Vorzeigebispiel“ genannt (aus „Berliner Briefe“ Dez./Jan. 97/98, S. 2)

(Zum ersten Entwurf) Der 230 Seiten dicke Entwurf ist nicht bürgerfreundlich. (Zum zweiten Entwurf) ... Bei einem Umfang von 80 Seiten auch nicht sehr bürgerfreundlich. Und wieder ist die Verantwortlichkeit völlig offen. Oft ist es so, daß die Ideen von LKZ- oder ABM-Mitarbeitern in Fleißarbeit ausführlich formuliert wurden, daß aber keinerlei Kompetenz und Verbindlichkeit dahintersteht ... Leider werden die vielen Ideen nicht gewertet, es müßten doch Prioritäten gesetzt werden. Außerdem kommen die Vorschläge zu 90% aus der Verwaltung und nur zu 10% aus den Arbeitsgruppen und aus der Kirche.

Auszüge zur Agenda im Bezirk Tempelhof (aus „Berliner Briefe“, s.o., S. 2)

Damit nun aber in der Öffentlichkeit der Schein gewahrt bleibt, versucht die CDU sich quasi an die Spitze zu setzen und hat die Bildung eines Ausschusses Lokale Agenda mit allen Rechten vorgeschlagen, dessen Mitglieder aus 6 CDU, 2 SPD-, 1 Bündnis 90/Grünen-Bezirksverordneten und 3 Bürgerdeputierten bestehen soll. Damit wäre die direkte Bürgerbeteiligung am Agenda-Prozß praktisch ausgeschlossen. Der größte Fauxpaß ist aber sicher der generelle Maulkorb, der den Bezirksamtsmitarbeitern verpaßt wurde. Ohne Einverständnis des Stadtrates für Bauen und Umwelt darf Bürgern zur Lokalen Agenda keinerlei Auskunft gegeben werden.

Auszug aus den Berliner Briefen (Ausgabe davor, ohne Benennung, S. 5)

Am 16. Mai 1997 wurden 25 erwerbslose Akademiker von der Senatsverwaltung für Arbeit etc. für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung etc. eingestellt. In einer „Maßnahme zur produktiven Arbeit“ (Mpa, vergleichbar ABM) werden sie als Koordinatoren für die lokale Agenda 21 in den 23 Bezirken eingesetzt, zwei Koordinatoren bleiben bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Dieser Vorgang wird sich höchstwahrscheinlich zum 1. Oktober wiederholen. ... Gemeinsam ist, daß die Maßnahme über keine Sachmittel verfügt ... nur wenige Bezirke haben dafür einen AGENDA-Etat. Einen Überblick über die Aktivitäten der Koordinatoren gibt die folgende Liste: Koordinierung von Aktivitäten wie Bündelung von Inis ... Initiierung von fehlenden Aktivitäten ... Integration von Aktivitäten, die bisher keinen Bezug zur lokalen Agenda 21 hatten ... Formulierung gemeinsamer Leitlinien ... Zusammentragen der Einzelergebnisse ...

Auszug aus dem Presstext der Grünen Liga Berlin zur Agenda-Arbeit (10.12.1997)⁶⁴

Auf ihrer Jahresmitgliederversammlung am ... hat die GRÜNE LIGA Berlin e.V. ihre Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr festlegt: So wird die Lokale Agenda 21, die Erarbeitung kommunaler Entwicklungskonzepte für das 21. Jahrhundert, weiterhin im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen.

Auszüge aus einer Rede von Tilman Heller (Landesvorstand B'90/Grüne) am 1.11.1997⁶⁵

Ich sehe schon rotgrüne Koalitionsverhandlungen vor mir, wo die Grünen ihren Umweltrat und die Agenda bekommen, die SPD dagegen setzt sich bei Transrapid, Autobahnring und ein paar neuen Großflughäfen durch. Der erste Einwand, der gleich in der Gegenrede kommen wird, heißt: Wir beziehen uns in den Reformprojekten und in unserer Arbeit in den bezirklichen Agenda-Gruppen doch nur auf das Kapitel 28, also die Kommunale Agenda. Doch wir müssen uns darüber klar sein, daß damit das Gesamtwerk salonfähig gemacht wird. Wenn ich das Kapitel 28 des Grundsatzprogrammes der CDU zu meiner Arbeitsgrundlage mache oder mich positiv darauf beziehe, unterstütze ich eben auch die CDU. ... „Der Weg ist das Ziel“. Das ist der Spruch derjenigen, die meine Argumente entkräften wollen. Es sei schon toll, wenn sich überhaupt mal zehn Bürger zusammensetzten, um ihre Umgebung zu gestalten, was inhaltlich ge-

schehe, sei egal. ... Ich möchte klare Ziele, die sich grundlegend von denen der Agenda 21 unterscheiden. Wir müssen selbst wissen, wo wir hinwollen ...

Auszüge aus dem Text „Agenda 21: Die Basis rührt sich“ von Phil Hill (B'90/Grüne) in Stachelige Argumente 4/97 (Zeitung der Berliner Grünen, S. 44/45)

... Agenda ... sie lebt von der Euphorie darüber, daß die große Politik endlich das Klimathema ernst nimmt. ... die Parteiunabhängigkeit der alternativen Bewegungen hat sich nie eindrucksvoller bewährt als gerade im Zustandekommen dieser Initiative mehr oder weniger an der Umweltpartei vorbei. ... Das Reformprogramm, das bei einer grünen Regierungsübernahme in Land und Bund ansteht, muß in weiten Teilen die Agenda 21 zum Leiffaden nehmen. Das ist unsere Antwort auf Schröder.⁶⁶

Auszug aus der Gießener Allgemeinen vom 13.2.1998 zur Agenda in Gießen⁶⁷

Allzweckwaffe Agenda 21 produziert bislang nur heiße Luft. Erstes „Agenda Forum“ ein Feuerwerk aus Worthülsen und Sprechblasen ... Der neueste Renner scheint alle bis jetzt dagewesenen Plauder-Hits in den Schatten zu stellen. Die Rede ist von der Lokalen Agenda 21, in der Spötter nichts anderes als einen Robison-Club zur Animation von Umweltmuffeln sehen. ... Beim ersten Gießener „Agenda-Forum“ ... im vollbesetzten Kerkradezimmer der Kongreßhalle ist die Übermacht der grünen Parteigänger fast erdrückend, und auch die stadtbekanntesten Animatoren sind alle da: Wissenschaftsladen, Greenpeace, Stadt-Auto, NABU, BUND, Dritte-Welt- und Fraueninitiativen, das ZAUG, Ausländerbeirat und die SPD. Aber auch die CDU hat Vertreter entsandt, ... Vertreter der Wohnbau, der Kirchen, der AWO, aus städtischen Ämtern ... Und immer wieder diese Worte: Vernetzungsprojekt, Projektmanagement, Delegationsprinzip, Frauenplenum, Leitbildgruppe, Agenda-Rat, Kriterienkatalog, Frauenlandschaft, aktivierende Untersuchung und so weiter ... Bei der Diskussion um die praktische Umsetzung der Agenda werden „Ängste“ formuliert, die die Moderatoren „extrem gut verstehen“ können ...

Auszug aus der Zusammenfassung der Studie „Bedingungen institutioneller Stabilisierung Lokaler Agenda 21-Prozesse“ von Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V., B.A.U.M. Consult GmbH und Universität Bremen, ZWE „Arbeit und Region“ (Untersuchungszeitraum 1.4.1999 – 31.3.2001)

Wenn das Engagement der Agenda-Aktivisten nach einigen Jahren hoher Belastung nachläßt und der Druck ‚von unten‘ schwindet oder gar nicht erst vorliegt, müssen stärker institutionalisierte Verfahren die Lokale Agenda weiter tragen. Damit kommt der kommunalen Verwaltung eine entscheidende Rolle zu. Die Verwaltung kann allerdings nicht in jeder Form, insbesondere nicht in der traditionellen Form der „Ordnungskommune“, zum Motor des Agenda-Prozesses werden. Das setzt die Verknüpfung der Verwaltungsmodernisierung mit der Lokalen Agenda voraus. Die Leitbilder der „Dienstleistungs“- und der „Bürgerkommune“ können dabei gute Ansatzpunkte bieten und lokale Nachhaltigkeitsprozesse entscheiden fördern. Dass sich diese Stränge aber mehr als bisher miteinander verknüpfen, erfordert eine bewusste politische Entscheidung, der Lokalen Agenda bzw. dem lokalen Nachhaltigkeitsprozess einen hohen kommunalen Stellenwert einzuräumen.

Wie entstand der Mythos der Agenda 21?

Angesichts dieser klaren Mißerfolge und der umweltgefährdenden bis antiemanzipatorischen Inhalte der Agenda 21 stellt sich die Frage, wie der Höhenflug dieses Dokumentes überhaupt geschehen konnte. Zudem war anfangs noch recht klar, daß die Weltkonferenz in Rio ein Fehlschlag war.

Im Original: Auszug aus dem Konzept zum Jugendkongreß bei der Nachfolgekonferenz in Kyoto (5.-7.12.98 in Köln)

1992 trafen sich in Rio de Janeiro über 170 Staaten zur größten bisher dagewesenen weltweiten Konferenz ... Doch schon im Verlauf der Konferenz zeigte sich, daß die übergeordneten Probleme den meisten Staaten egal zu sein schienen und sie nur ihre altbekannten Interessen unter einem neuen Deckmantel verfolgen wollten.

Michail Gorbatschow, Ex-Präsident der Sowjetunion, in einem Interview in Publik-Forum, 8.8.97 (S. 20)

Der letzte UNO-Umweltgipfel war eine Pleite.

Auszug aus dem Presstext in der Frankfurter Rundschau vom 8.9.92

Die Bundesregierung spricht von einem Erfolg. Internationale Umweltverbände wie Greenpeace oder die „Freunde der Erde“⁶⁸ aber beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, daß die Politik sich auf globaler Ebene dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen gebeugt habe. ... Alle beteiligten NGOs sind sich einig, daß es nach den enttäuschenden Ergebnissen von Rio ...

Auszug aus RAUS! (Magazin der Naturschutzjugend im LBV, S. 8-11)

Die Jugend hielt ihren eigenen Umweltgipfel schon im März 1992 in San Jose, Costa Rica ab. ... Auf dem eigentlichen Gipfel in Rio sollte der Jugend eine Stunde Redezeit gegeben werden. Beim Eintreffen der Gruppe verkündete man ihnen dann, daß ihnen lediglich 10 Minuten zur Verfügung ständen. Bereits nach zwei Minuten wurden sämtliche Fernsehkameras abgeschaltet. Die Reporter, welche die Konferenz in Presserräumen beobachteten, konnten aufgrund dessen nichts hören. Nach der Redezeit wurden die Jugendlichen von der interessierten Presse nach dem Gesagten befragt, diese hatten jedoch kaum Zeit zum Antworten, da sie von der Polizei wegen „Abhaltung einer illegalen Pressekonferenz“ verhaftet wurden.

Die Agenda-Lüge entsteht ...

Doch dann (ab ca. Mitte der 90er Jahre) begann die zunächst von rotgrünen Landesregierungen ausgehende Propagandamaschine für die Agenda 21. Millionengelder wurden eingesetzt, viele Hauptamtliche organisierten die Werbung für das Dokument und die damit verbundene Arbeit. In den Mittelpunkt wurden u.a. folgende Aspekte gestellt:

- Die Agenda-Arbeit verbinde die drei Bereiche Ökologie, Soziales und Ökonomie. Das sei neu – doch tatsächlich schaffte die Agenda nur, daß auch Umwelt- und soziale Gruppen dafür gewonnen wurden, sich um die Belange der Wirtschaft bzw. im späteren Vokabular „des Standortes“ zu kümmern.
- In den Agenda-Runden begegneten sich verschiedene Gruppen, die vorher aneinander vorbeigierten. Das ist zwar richtig, aber wenn Kooperation in einen solchen Zwangsrahmen geschieht, unterscheidet sie sich qualitativ deutlich von freier Zusammenarbeit und dem Entwickeln gemeinsamer Projekte. Das aber wäre nötig.⁶⁹
- Agenda-Kreise böten die Möglichkeit zum Kontakt mit den Mächtigen. Das war für viele AkteureInnen nach Jahren des Abgeblocktwerdens bei den politisch Verantwortlichen eine neue Erfahrung. Unkritisch, gepaart mit resignativer Stimmung, wurde der Strohalm ergriffen – und gänzlich vergessen, nach den Rahmenbedingungen zu fragen. So liefen viele in das offene Messer modernisierter Herrschaft, der Integration und Schein-Mitbestimmung.
- Verstärkend kam hinzu, daß die Lokale Agenda immer als ein neuartiges Beteiligungsverfahren bezeichnet wurde.
- Die Agenda 21 umgab sich mit dem Flair des Visionären. Die tatsächlichen Inhalte der Agenda wurden verschwiegen, viele Broschüren aus den Ministerien bzw. von ihnen finanziert logen eine komplett falsche Welt der Agenda-Ziele vor.
- Nicht zuletzt zählte auch der Faktor Geld und Ressourcen. Wer an Fördermittel herankommen oder in Broschüren von Regierungsseite erwähnt werden wollte, mußte dabei sein an den Runden Tischen der Agenda 21.

Das Ergebnis dieser Propaganda war durchschlagend. Teilweise dieselben Kreise, die die Konferenz von Rio als Fehlschlag und Beweis für die Dominanz von Wirtschaft sahen, feierten die Agenda 21 nun als Hoffnungsträger.

Im Original: Auszug aus der Hamburger Zeitschrift „Ökomarkt“, im Text „Ist der Agenda-Prozeß eingeleitet?“ von Jochen Schneck (S. 4)

... der Inhalt dieses Programms – sollten wir die Kraft haben, es umzusetzen – könnte das Zusammenleben auf diesem Erdball revolutionär verändern ... und die ökologische Katastrophe ... noch einmal abwenden.

Auszug aus dem Thesenpapier des Deutschen Naturschutzrings vom 1.9.1997 (S. 6)

„Zukunftsfähiges Deutschland“, „AGENDA 21“, „Nationaler Umweltplan“ – das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten: Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde.

Auszug aus dem Text „Uns gehört die Zukunft“, Robin-Wood-Magazin 3/97 (S. 35)

„Deutschland kommt in Bewegung“: So optimistisch äußern sich Jugendumweltverbände zum Thema Agenda 21. „... die Agenda 21 bietet Chancen, weil sie Gemeindeverwaltungen zwingt, mit BürgerInnen/Umweltgruppen zusammenzuarbeiten“, sagt Daniel Mittler von der BUNDjugend.

Auszug aus der BUND-Broschüre „Agenda 21“ (S. 8)

Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum zugetraut, aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt, ...

Auszug aus einer Veranstaltungseinladung von future e.V. (Umweltinitiative von Unternehmern) vom 28.8.97

Der Weg zur Nachhaltigkeit ist in der Agenda 21 vorbildlich beschrieben. ... Unterstützt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat die Umweltinitiative von Unternehmen future e.V. deshalb das Projekt „Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern“ initiiert.

Auszug aus „Was ist eine Lokale Agenda 21 Berlin“ in „Berliner Briefe“, Febr./98 (S. 2)

Herzstück der UN-Konferenz ... politische Sprengkraft ... detaillierte Handlungsaufträge⁶⁰

Die Legende von Rio 1992 ist komplett, die Erinnerung an den Fehlschlag ist aus den Köpfen und Geschichtsbüchern getilgt – gerichtete Kommunikation als Herrschaftsmittel schließt die Definition der Geschichte ein. In der Vorbereitung auf die Weltkonferenz zehn Jahre nach Rio war nur noch ein positives Bild übrig. Die politische Auseinandersetzung tobte darum, warum vieles nicht umgesetzt wurde.

Im Original: Auszug aus „Das Jo‘burg Memo“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 2002, Berlin, S. 5, 10 und 11)

„historischen Durchbruchs“ ...

Rio war ein Wendepunkt. Vorher wurden Umweltfragen belächelt, danach wurden sie ernstgenommen. Allein die Tatsache eines Erdgipfels, zu dem sich zahllose Staatschefs einfanden, um Vereinbarungen zum Schutz der Natur zu unterzeichnen, hat der Umweltpolitik überall Aufwind gegeben. In der Folgezeit legten Länder in allen Teilen der Welt nationale Umweltaktionspläne auf, rückten Haushaltsstellen ein und arbeiteten Umweltgesetze aus. Überdies wurden Umweltmessungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Routine, und in fast jedem Land kam ein Umweltminister ins Kabinett. Auch auf internationaler Ebene veränderten sich die Dinge und etwa die Entwicklungsdienste der meisten Geberländer begannen, ihre Vorhaben auf die Rio Agenda 21 auszurichten. Umweltthemen sind somit in den Kreis offizieller Politikfelder aufgenommen, wie auch entsprechende Agenturen nunmehr zum institutionellen Inventar fast jeder Gesellschaft gehören. Rio hat bewirkt, dass Umweltpolitik weltweit zur Regierungsaufgabe avanciert ist. Leitern für die Bürgergesellschaft ...

Die Propaganda für die Agenda wurde zum einen ohne konkrete Argumente und mit vagen, aber euphorischen Hoffnungsbildern betrieben, zum anderen wurden die Kritikpunkte bei den BefürworterInnen der Agendaarbeit immer verschwiegen. In den Broschüren unter Titeln wie „Was ist die Agenda?“ erwähnte niemand, daß in dieser der Ausbau der Atom- und Gentechnik gefordert wird. Stattdessen wurde behauptet, die Beteiligungsrechte der BürgerInnen sollen gestärkt werden (was in der Agenda tatsächlich nirgends zu finden ist). Viele Allgemeinplätze fanden sich und sollten belegen, wie neuartig die Agenda war. Am wirkungsvollsten aber dürften die umfangreichen Gelder gewesen sein, die für die Agendaarbeit bereitgestellt wurden. Fast überall gab es Zuschüsse, wenn lokale Agendaprozesse starteten. An anderen Orten wurden auch andere Zuschüsse nur noch an Gruppen vergeben, die sich an der Agendaarbeit beteiligten.⁷¹ Und auch hier zeigte sich deutlich: Viele politische Gruppen arbeiten nicht dort, wo sie es wichtig finden, sondern daran, wofür es Geld gibt. Agendawerbung wurde auch von vielen ModeratorInnen und TrainerInnen vorangebracht, die freiberuflich von der Agenda leben. Immerhin: Für 1250 DM waren dreiteilige Einführungsseminare (insgesamt 9 Tage) zu buchen.⁷²

Ein kritischer Blick offenbart die Platttheit der Agenda-21-Propaganda schnell, doch Geld und die verkürzte Vision von politischer Wichtigkeit wirkten wie eine Duffalle für UmweltschützerInnen, Eine-Welt- und sozialpolitische Gruppen.

Im Original: Auszug aus der Broschüre zur Ausstellung „Agenda 21“ des Team 21⁷³

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist eine wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Gleichberechtigung ist damit kein reines Frauenproblem. (S. 12)

265.000 Menschen werden täglich geboren. Das bedeutet, die Weltbevölkerung wächst jährlich um 95 Mio oder 2%. Die Getreideernte steigt dagegen nur um 1% an. Die Folge ist, daß jährlich 1,3 Mio. Menschen verhungern. (S. 19)⁷⁴

Auszug aus der Politischen Ökologie Juli/Aug. '97 (Schwerpunkt Agenda, S. 70/71)

Der Niedersächsische Landtag stellt in diesem Jahr Gelder für solche niedersächsischen Projekte (über 5.000 Mark) zur Verfügung, die Agenda-Aktivitäten auf lokaler Ebene unterstützen, die Bezug zur Nord-Süd-Problematik und/oder Expo 2000 haben. ... Bis Ende 1998 will die bayerische Staatsregierung eine Bayern-Agenda vorlegen. ... Um die begrenzten Ressourcen der Kommunen ... möglichst gewinnbringend einzusetzen, hat das Land Schleswig-Holstein im März 1997 eine Agenda-Leitstelle ... eingerichtet. Nordrhein-Westfalen: ... Die Landesregierung unterstützt den lokalen Agenda-Prozess in den Kommunen über ihr Gemeindefinanzierungsgesetz. Gemeinden erhalten bis zu 50 Pfennig pro EinwohnerIn für Nord-Süd bzw. lokale Agenda-21-Aktivitäten. 1997 werden insgesamt neun Millionen Mark bereitgestellt.

Auszug aus einer Pressemitteilung der Umweltministeriums Hessen vom 7.1.1998

Bisher hatte in Hessen erst eine Minderheit von Kommunen einen Beschluß zur Erstellung einer lokalen Agenda gefaßt. ... Einen finanziellen Anreiz hierfür soll das neue Förderprogramm bieten, an dem bereits jetzt großes Interesse besteht. ... Die Beratung und Abwicklung wird über das RKW (Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V.) in Eschborn erfolgen. ... Die Fördersumme ist abhängig von der Einwohnerzahl und kann bei Kommunen mit weniger als 25.000 Einwohnern bis zu 50.000 DM, bei ... und bei mehr als 80.000 Einwohnern bis zu 100.000 DM betragen.

Zwischenstand: Ein Blick in das Jahr 1999

Die Agendarbeit hatte sich weiter ausgedehnt. Allerdings hinterließ die Kritik an der Agenda erste Spuren. Es herrschte in etlichen Verbänden oder Zusammenhängen deutlich spürbare Frustration über die Schwerfälligkeit von Agenda und Nachhaltigkeitsdebatte. In den Führungsebenen der Umweltverbände kam diese Kritik jedoch nicht an. Unterstützt von Staatlichen Stellen, Stiftungen sowie den auf den Moduszug aufgesprungenen Organisationen, die sich früher mit Bürgerbeteiligungen auseinandersetzen (z.B. die Stiftung Mitarbeit, das Unabhängige Institut für Umweltfragen oder das Öko-Institut), gab es inzwischen eine Vielzahl von Büchern, Broschüren, Zeitungen sowie eine große Zahl Hauptamtlicher vor Ort und in der überregionalen Beratung, Koordination und Kontrolle der Agenda-Aktivitäten sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Spezielle Agenda-ModeratorInnen-Schulungen schafften genormte Abläufe und damit eine kontrollierbare Agendagruppen-Menge.

Fast alle Agendagruppen der Welt waren in Europa aktiv.⁷⁵ Die Veränderungen in den Umweltverbänden erhöhten deren Staatsnähe weiter. Im BUND setzte sich damalige SPD-Frau Angelika Zahrrnt durch. Im BBU besetzen erstmals drei Befürworter von Agendarbeit und Staatsnähe den Geschäftsführenden Vorstand, ein Mitarbeiter der Umweltbehörde Hamburg, ebenfalls Agendamitwirkender, wurde in den Vorstand gewählt.

Viele der kritischen Diskussionsbeiträge rund um die Agenda waren sehr widersprüchlich: Sie analysierten die Agenda ausführlich, forderten dann aber doch zur Teilnahme auf. Bekanntes Beispiel war der BBU-Funktionär Ralf Strobach, der kritische Positionen zur Agenda verbreitet, aber dennoch zum Mitmachen aufforderte, sich im BBU einer agendakritischen Linie entgegengestellt hat und selbst im Agenda in Hannover mitwirkte.⁷⁶

Das Agenda-Fieber konnte sich auch in politische Gruppen ausbreiten, die zunächst keinen Bezug zu solchen Themen hatten, z.B. in marxistische Gruppen und Parteien. Die PDS übernahm mangels eigenen umweltpolitischen Profils den Begriff der Nachhaltigkeit in ihre Politik. Die Riege der KritikerInnen von Nachhaltigkeit und Agenda 21 bröckelte dahin – einige wechselten ihre Schwerpunkte (z.B. der BUKO), andere sprangen mit Verspätung auf den Agenda-Zug auf und wieder andere beendeten ihre Kritik angesichts der Übermacht an Hauptamtlichen und Geldern.

Im Original: Auszug aus Juri Demjanko, „Menschheitsaufgabe: Nachhaltige Entwicklung“ in: Marxistische Blätter 5/99 (S. 23)⁷⁷

Das Gesagte bedeutet, daß der künftige Sozialismus, indem er viele positive Züge von seinem Vorgänger übernimmt, sich gleichzeitig wesentlich von diesem unterscheiden muß. Die Wiederherstellung der staatlichen Planung vieler (nicht aller!) wirtschaftlicher Prozesse und die Beachtung der Prinzipien sozialer Gerechtigkeit (nicht der Gleichmacherei!) müssen begleitet werden von der Anwendung vieler neuer koordinierender und regulierender Mechanismen, die das künftige Modell von früheren in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Übergangs zu einer nachhaltigen Entwicklung unterscheiden.

Die Lage im Wahl- und Rio+10-Jahr 2002

Die Mißerfolge, das Auslaufen von ABM- und Arbeitsverträgen sowie das nachlassende Engagement vieler AkteurInnen ließen die Agenda 21 um die Jahrtausendwende in Vergessenheit geraten. Die rotgrüne Machtübernahme war für viele Hoffnung, Ziel und Erfüllung ihrer Träume gleichzeitig gewesen. Die Realität nach der Wahl raubte aus Enttäuschung oder wegen fehlender Handlungsmöglichkeiten vielen die Motivation. Die Agenda-Runden mußten Ende der 90er Jahre Durchhaltestrategien entwickeln. Hauptamtliche hingen an ihren Posten, Pfründe wollten gesichert werden. Das führte zu einer Institutionalisierung der Agenda-Arbeit – Beratung, professionelles Ökomanagement, Moderationen usw. standen im Mittelpunkt. Beteiligungsprozesse von BürgerInnen wurden auch verbal immer seltener als Ziel genannt. Die Institutionalisierung führte zu modernen Imageprojekten wie dem Schering-Sponsoring der Agenda in Berlin oder der KölnAgenda mit einem breiten Spektrum an unterstützenden Organisationen und Firmen wie Kaufhof, Ford AG, Telekom, Jugendamt, Straßenbauamt, Katalyse-Umweltinstitut, Transfair usw.⁷⁸ In Berlin hielten sich NGOs einige Monate mit einem teuren Expo-2000-Projekt, der Agendawerkstatt, über Wasser. Intransparent und hinter den Kulissen wurden knapp 1 Mio. DM ausgegeben für ein Projekt, das Ende 2000 wieder schließen mußte.⁷⁹ In vielen Städten entstanden neue Büros, Institute und Verwaltungseinheiten für die Weiterführung der Agenda 21. Auch überregional formierten sich Beratungsstellen und Koordinierungsbüros, die mit Landes- und Bundesmitteln Stellen für die agenda-freundlichen UmweltfunktionärInnen schufen. Einen drastischen Einblick in die technokratisch-herrschaftsförmige Welt des Agenda-Managements verschaffte die regelmäßige Kolumne „Toolbox“ in der Zeitschrift punkt.um. Dort gab Tu-Was-Chef Richard Häusler monatlich Tipps zu Führungsmethoden und PR-Arbeit in der Agenda. Ständige neue Kongresse wiederholten die immer gleichen Losungen – und dienten doch nur der Sicherung von Zuschüssen und Stellen.⁸⁰

Neuen Anschub erhielt die Debatte im Vorlauf der Weltkonferenz „Rio+10“ in Johannesburg (siehe Absatz f.). Geprägt war sie eher von einer nüchternen Bilanz. Auffällig war, daß erneut versucht wurde, in das Großereignis und damit in die teilnehmenden Regierungen die Hoffnung auf eine Besserung zu projizieren. Damit wurde ein Beitrag geleistet, daß Ent-

täuschung nicht in Wut und Widerstand umschlug. Es gelang der Propaganda von Regierungen, Parteien und NGOs, die sich selbst als Beteiligte an den Konferenzen und Hoffnungsträger im neuen „Global Governance“ bewarben, neue Akzeptanz in das Geschehen und die Lösungen „von oben“ zu bringen.

Zwei weitere Aspekte sind dabei wichtig:

- Die kritischen Bilanzen kamen von den Personen, die Mitte der 90er Jahre die Agenda-Arbeit und Nachhaltigkeitsdebatte selbst einganggesetzt hatten. Damit retteten sie sich rechtzeitig auf die Seite derer, die nun erneut bestimmten konnten, wie es weitergeht. Auch das macht moderne Herrschaft aus und ist ein Beitrag zur Geschichtsverfälschung: Die Eliten bestimmen den Diskurs – und sie verändern ihn durch gerichtete Kommunikation so, daß sie dann, wenn ihre Ideen als Fehler entlarvt würden, selbst diese denunzieren und sich als ProtagonistInnen des Neuen aufspielen. Die, die von Beginn an eine klare Kritik äußerten und Alternativen vorbrachten, werden so dauerhaft ausgegrenzt. Die Themen wechseln – die Strukturen und viele der sie Ausfüllenden bleiben.
- Bewußt oder unbewußt, auf jeden Fall aber angetrieben von der nachlassenden Zugkraft der Agenda 21, wurden neue Hoffnungsträger gesucht und propagiert. Die Proteststürme seit Ende 1999 rund um die Globalisierung beschleunigten die Suche, da die Gefahr bestand, daß das Vorbild widerständiger Basisgruppen und Netzwerke z.B. in ärmeren Ländern des Südens, in Italien oder England auch in Deutschland bzw. Mitteleuropa Fuß fassen könnte. Die Agenda-Runden boten nicht mehr die Attraktivität, diese Proteste aufzufangen. Dieses gelang ab Ende Frühjahr 2001 mit der Propaganda für die „Organisation neuen Typs“⁸¹ Attac. Bei genauer Betrachtung weist Attac hohe Ähnlichkeit mit der Agenda 21 auf – jedoch zudem auch einige Neuerungen und Modernisierungen. Attac hat kaum politische Ziele – und die vorhandenen sind überwiegend pro-marktwirtschaftlich oder pro-staatlich. Das aber ist den meisten, die Attac wie früher die Agenda 21 als Strohalm der Hoffnung auf politischen Wandel ergriffen, nicht bekannt. Attac vermittelt ein diffuses Bild von Mitbestimmungsmöglichkeiten (vor allem über den Begriff „Netzwerk“), die AkteurInnen haben aber tatsächlich geringen oder keinen Einfluß auf die Positionen nach außen. Modernisiert gegenüber der Agenda 21 ist die klare Führungsgruppe, die das neue Projekt politisch nutzt. Viele SpitzenfunktionärInnen der Gründungsphase von Attac waren früher auch in der Agenda 21 aktiv.

Im Original: Auszug aus Angela Oels, „Warten aufs Christkind“ in: Politische Ökologie Mai/Juni 2002 (S. 48)⁸²

Was bleibt den Agenda-Aktiven vor Ort? Ein Agenda-Aktivist empfahl mit Blick auf den langen Wunschzettel seiner LA 21-Gruppe: „Und nun warten wir aufs Christkind.“ Oder etwas härter formuliert: „Warum sollte uns jetzt das geschenkt werden, was wir seit Jahrzehnten fordern – doch wohl kaum wegen eines LA 21-Prozesses?“

Auszüge aus BUND/Misereor, 2002: „Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland“, Riemann/C. Bertelsmann Gütersloh

... eine entscheidende Bedingung für den Erfolg kam zu kurz: die Festlegung konkreter Ziele, von Zeitplänen, von Finanzbedarf – schlicht eine überprüfbare Umsetzung dieser großen Ziele. Dies hatte und hat fatale Konsequenzen ... die Beispiele des Scheitern sind leider deutlich in der Überzahl ... (S. 16)⁸³

f. Noch mehr Nachhaltigkeit: Worldsummit 2002 in Johannesburg

Das aktuellste Werk zur Nachhaltigkeit ist die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Schon die Entstehung zeigt das Besondere: Beteiligt sind alle Ministerien, die Umweltverbände, viele Institute und Prominente. Modernes Regieren schafft Integrationsplätze. Die Idee des „Governance“, des scheinbaren Verschwimmens der Grenzen zwischen Regierenden und Regierten, schimmert deutlich durch – besseres Leben, innere Sicherheit, Zivilgesellschaft und Verteidigung der Zivilisation, Regulierung und Standortpolitik scheinen Projekte aus einem gemeinsamen Ideen-Pool für eine bessere Welt zu sein. Viel deutlicher als die Umweltverbände enttarnt u.a. Achim Brunnengräber, Mitarbeiter von MdB Ernst-Ulrich von Weizsäcker,⁸⁴ den Sinn des Papieres: „Allem Anschein nach hat die Nachhaltigkeitsstrategie ein ganz anderes Ziel. Sie wird zu einer Öffentlichkeitskampagne, durch die die rot-grünen „Reformen“ sozial-ökologisch geschickt vermarktet werden sollen. Sie dürfte vor allem auf der partizipativen Ebene Erfolg haben (Stichwort „symbolische Politik“), neue inhaltliche Maßstäbe werden dadurch nicht gesetzt. Das wird auch gar nicht gewünscht. Rio+10 ist nur ein kleiner Aspekt der viel umfangreicheren Wahlkampfstrategie der Bundesregierung. Denn wohlgemerkt: Erst geht's auf den Gipfel, dann in die Wahllokale.“⁸⁵

Im Original: Auszug aus Bernd Hamm, „Hausaufgaben gemacht?“ in: Politische Ökologie Mai/Juni 2002, S. 37)

Die „Perspektiven“ sind mit 266 Seiten überaus voluminös ausgefallen. Der Text wirkt in weiten Teilen redundant und additiv, aus den Beiträgen der beteiligten Ministerien zusammengesetzt. Der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung wird entsprechend weit gedehnt. ... Über weite Strecken (vor allem Teil B „Leitbild“) feiert sich die Bundesregierung wortreich selbst mit all dem, was sie bisher für Nachhaltige Entwicklung getan habe. Die wenigen Absätze, in denen es tatsächlich um Ziele, Prioritäten und zukünftig geplante Aktivitäten geht (vor allem in Teil E „Schwerpunkte einer Nachhaltigen Entwicklung“), bleiben mehrheitlich wage, voller Phrasen und Gemeinplätze, abwehrend und mit Vorbehalten versehen. Konflikte, gar solche der Interessen, Machtstrukturen und Entscheidungsprozesse gibt es nicht. Entscheidend sei unsere Innovationskraft. Damit werden Wachstum und Ressourcenschonung, Shareholdervalue und soziale Verantwortung, globale Verantwortung und nationale Entscheidungsprozesse, Ressourcenschonung und Beschäftigung problemlos versöhnt. ... Zusammenfassend: Das, was hier als „Strategie“ gewertet werden könnte, hätte leicht auf 25 Seiten Platz gehabt. ... von bilateralen Beziehungen ist nur nebenbei die Rede – dafür viel von Wettbewerbsfähigkeit. Das ist nach innen gerichtete Wahlpropaganda, aber keine Strategie für Nachhaltige Entwicklung.

Die Umweltverbände reagierten anders, erst zustimmend zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie und werbend für die rotgrüne Regierung – später, als z.B. in den Medien Kritik angemerkt wurde und die regierungstreue Linie der NGOs peinlich geworden wäre, wechselten sie zu einer moderaten Kritik – immer Fähnlein im Mainstream-Wind also.

Im Original: Auszug aus der Presse-Stellungnahme des NABU zum Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Der NABU hält den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt für einen gelungenen Start der gesellschaftlichen Debatte über die Frage, wie wir künftig leben wollen, welche gesellschaftlichen Ziele mittel- und langfristig verfolgt werden sollen und welche Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft gesetzt werden müssen.

... Fazit

Die Bundesregierung hat nach Ansicht des NABU ein umfassendes und auf alle Lebens- und Politikbereiche übertragbares Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung formuliert, das sich als Diskussionsgrundlage über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, für unsere Gesellschaft gut geeignet. Es ist jedoch bislang nicht gelungen, das Thema Nachhaltigkeit in die breite Öffentlichkeit zu transportieren.

Die Forderungen aus NGO-Kreisen standen oft noch hinter denen rotgrüner Regierungen zurück. Immerhin hätte der Gipfel aber die Chance bieten können, klare Positionen vorzubringen. Doch davon war weit und breit nichts zu sehen. Stattdessen bereiteten sich die NGOs auf ihr Randdasein in Johannesburg vor. An den Tischen der Mächtigen zu sitzen, war für sie gut geübter Selbstzweck. Kaum ein Verband hatte ein klares Positionspapier entwickelt, artiges Beifallklatschen für Entwürfe der Bundesregierung sowie Detailkritik standen im Mittelpunkt der Vorbereitung. Wo sich die NGOs zu eigenen Aktivitäten hinreißen ließen, wurde es noch düsterer – fast immer blieben sie hinter den Positionen der Regierungen zurück. So hat der BUND zusammen mit NGOs und Gruppen aus anderen Ländern einen Vorschlag für ein Beschlusspapier vorgelegt, die Erd-Charta. Nach einigen Einführungskapiteln finden sich im Kern der Texte etliche herrschaftsstützende Positionen sowie die Forderung nach einer neuen Spiritualität.

Im Original: Auszüge aus der Erd-Charta zur Spiritualität

Die Lebensfähigkeit, Vielfalt und Schönheit der Erde zu schützen, ist eine heilige Pflicht. ...

Unsere ökologischen, sozialen und spirituellen Herausforderungen sind miteinander verknüpft, und nur zusammen können wir umfassende Lösungen entwickeln. ...

Der Geist menschlicher Solidarität und die Einsicht in die Verwandtschaft alles Lebendigen werden gestärkt, wenn wir in Ehrfurcht vor dem Geheimnis des Seins, in Dankbarkeit für das Geschenk des Lebens und in Bescheidenheit hinsichtlich des Platzes der Menschen in der Natur leben. (Präambel)

Die Bedeutung der moralischen und spirituellen Bildung für einen nachhaltigen Lebensstil anerkennen. (Punkt 14.d)

Anerkennen, dass Frieden die Gesamtheit dessen ist, das geschaffen wird durch rechte Beziehungen zu sich selbst, zu anderen Personen, anderen Kulturen, anderen Lebewesen, der Erde und dem größeren Ganzen, zu dem alles gehört. (Punkt 16.f)

Die Erdcharta blendet Herrschaftsverhältnisse komplett aus und bezieht sich positiv auf den Nationalstaat und ihr Handeln. Völker statt Menschen stehen im Mittelpunkt:

Die Erd-Charta ... soll ein verbindlicher Vertrag der Völker auf der ganzen Welt werden. (Einführung in der deutschen Broschüre)

Das Entstehen einer weltweiten Zivilgesellschaft schafft neue Möglichkeiten, eine demokratische und humane Weltordnung aufzubauen. (Präambel)

Alle militärischen Aktivitäten, die die Umwelt schädigen, vermeiden. (Punkt 6.e)

Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und Zusammenarbeit unter allen Völkern und innerhalb und zwischen den Nationen ermutigen und unterstützen. (Punkt 16.a)

Nationale Sicherheitssysteme auf ein nicht bedrohliches Verteidigungsniveau abrüsten ... (Punkt 16.c)

Der nachhaltige Lebensstil wird zur neuen weltweiten Leitkultur:

Für das ethische Fundament der entstehenden Weltgemeinschaft brauchen wir dringend eine gemeinsame Vision von Grundwerten. Darum formulieren wir in gemeinsamer Hoffnung die folgenden eng zusammenhängenden Grundsätze für einen nachhaltigen Lebensstil. Es sind Leitlinien für das Verhalten jedes Einzelnen, von Organisationen, Unternehmen, Regierungen und übernationalen Einrichtungen. (Präambel)

Wie üblich in der Umweltdebatte wird den nachfolgenden Generationen die Aufgabe übergeben, die Welt zu retten. Bildung wird zum Nachhaltigkeits-Zwang, Erwartungshaltungen gegenüber Jüngeren entstehen:

Künftigen Generationen Werte, Traditionen und Institutionen weitergeben, die ein langfristiges Gedeihen der Erde und der Menschheit fördern. (Punkt 4.b)

Die jungen Menschen in unseren Gemeinschaften achten und unterstützen, damit sie ihre unverzichtbare Rolle beim Aufbau nachhaltiger Gesellschaften erfüllen können. (Punkt 12.c)

Für alle, insbesondere für Kinder und Jugendliche, Bildungsmöglichkeiten bereitstellen, die sie zur Mitarbeit an nachhaltiger Entwicklung befähigen. (Punkt 14.a)

Auch die klassische und alte, längst tausendfach widerlegte, antiemanzipatorische Position vom umweltgefährdenden Bevölkerungswachstum findet sich neu aufgewärmt in der Erdcharta:

Ein beispielloses Bevölkerungswachstum hat die ökologischen und sozialen Systeme überlastet. (Präambel)⁸⁶

Moderne Umwelt-NGOs sahen sich als UnterstützerInnen ihrer Regierung. Wie weit das ging, zeigte sich vollendet bei den Beratungen um das neoliberale Kyoto-Protokoll. Statt eigener Vorschläge, klarer Kritik an den viel zu geringen Zielen und der Ablehnung des marktförmigen Mechanismus der handelbaren Verschmutzungsrechte unterstützten die NGOs die europäischen Regierungen gegen die vermeintlich böse US-Regierung. Eine klare Umweltposition wurde gar nicht mehr sichtbar, z.T. kritische Gruppen offensiv ausgegrenzt. Auch die sonst eher regierungskritischen Tageszeitungen (Junge Welt, Neues Deutschland) sowie die PDS standen auf Seiten der Bundesregierung und griffen die KritikerInnen an. Die regierungstreuen Blätter taz, FR usw. zeigten ohnehin nur ihre bedingungslose Orientierung an den reformerischen Teilen rotgrüner Regierungspolitik. Die Diskussion um Kyoto schuf eine Einheitspolitik von PDS bis NPD, vom BUND bis zur Großindustrie (siehe Kap. 4.6).

Zum Weltgipfel in Johannesburg planten viele Verbände und Gruppen, allen voran die lokalen Agenda-21-Runden und ihre überregionalen Beratungsstrukturen Feste, Jubiläumsfeiern und ökosoziale Folklore. Politische Positionen und klare Forderungen waren dagegen kaum zu erwarten. Einen Höhepunkt an Anbiederung bot die BUNDjugend zusammen mit anderen Jugendverbänden. Sie planten Sternradtouren mit Zielpunkt Göttingen. Ihre Bitte an die Regierenden: „Gebt uns Hoffnung!“

Im Original: Zitate von Henrike Wegener aus dem Bike+10-Office im Text „Gimme Hope, Jo’anna“, punkt.um 3/2002 (S. 14)

Auf einer zehntägigen Sternradtour werden sie zahlreiche Nachhaltigkeitsprojekte besichtigen, sich mit Eine-Welt- und Umweltgruppen treffen sowie den Stand der lokalen Agenda-21-Aktivitäten in verschiedenen Kommunen begutachten. ... „Gimme Hope, Jo’anna“ ist ein Appell an die Mächtigen, aus eigener Einsicht zu steuern und sichtbare Veränderungen einzuleiten. ... Während wir unseren Regierungen ‘Gimme Hope’ zrufen, sehen wir ein, dass unser eigener Lebensstil noch weit davon entfernt ist, nachhaltig zu sein.

Auszug aus Uwe Hoering, „Der freundliche Overkill“ in der FR vom 9.7.2002 (S. 2, www.frankfurter-rundschau.de/fr/211/211030.htm)

Die Zivilgesellschaft ist gefragt im Rio-Prozess – und hat wenig zu melden ...

„Wo sind die NGOs?“ Verzweifelt suchten Journalisten bei der Internationalen Wasserkonferenz im Dezember in Bonn nach Ansprechpartnern, doch statt den Medien kritische Stellungnahmen, Orientierungshilfe im Verhandlungsgestrüpp oder wenigstens TV-gerechte Proteste zu liefern, „partizipierten“ sie: Im Multi-Stakeholder-Dialog wurden in tagelangen Debatten Empfehlungen und Forderungen an den UN-Weltgipfel in Johannesburg formuliert. ...

Gleichzeitig bindet die Beteiligung „Kapazitäten und lässt zu wenig den visionären Blick über die Tagesaktualität hinaus zu“, räumt DNR-Mann Röscheisen ein. Insbesondere für kleinere Organisationen hat sie sich zum „Partizipations-Overkill“ mit nachfolgender Partizipations-Müdigkeit entwickelt, so dass meist nur die großen Organisationen Auftrittschancen nutzen. Nach Ansicht von Pat Mooney hat die Aufwertung zum Nebendarsteller auf der globalen Weltbühne zudem „den Protest gedämpft“. Bei vielen NGOs diagnostiziert der Chef der kanadischen Forschungsorganisation ETC das „Stockholm-Syndrom“, die Identifikation einer Geisel mit ihren Geiselnehmern.

„Wie andere Geiseln auch haben manche Organisationen sich durch das Weltgipfel-Schauspiel vereinnahmen lassen, in der Hoffnung, eines Tages wenn schon nicht wahre Liebe, so doch ein wenig Sicherheit zu finden.“ Umgekehrt können Regierungen ihre Entscheidungen mit Hinweis auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft legitimieren. ...

Insbesondere Süd-NGOs kritisieren den „Mythos“, alle Beteiligten hätten die gleichen Möglichkeiten, sich einzubringen, lokale Bürgergruppen ebenso wie Konzerne. Grundsätzliche Interessengegensätze würden durch die Konsenssuche leicht unter den Runden Tisch fallen. ...

Trotz Ermüchterung werden in Johannesburg bis zu 60 000 NGO-Vertreter erwartet. Die meisten von ihnen werden weit ab vom Sandton-Konferenzzentrum beim „Forum der Zivilgesellschaft“ ein buntes Programm aus Diskussionen und der Suche nach gemeinsamen Perspektiven anbieten. Zwar sind die Erwartungen gering, dass der Gipfel konkrete Beschlüsse fassen wird. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt: Der Eingangsdruck, so einige NGO-Vertreter, wird schon etwas bewegen.

Mailwechsel zwischen Jörg Bergstedt (Institut für Ökologie) und der ifak (Herausgeberin der eigentlich „linken“ Öko-Zeitung „Kritische Ökologie“) im Sommer 2002

ifak/Kritische Ökologie: Außerdem möchte ich auf eine Veranstaltung hinweisen, die der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen gemeinsam mit anderen NGOs auf Landesebene plant, um eine Bilanz von Rio + 10 vorzunehmen. Termin ist Donnerstag, der 26. September 2002, ab 19 Uhr in Hannover im Pavillon. Gibt es die Chance, auf diese Veranstaltung hinzuweisen in der *Contraste*? Oder ist das zu inhaltstreu? Unsere Kritik am Prozess und den Themen fällt vermutlich nicht so scharf aus wie Eure.

Jörg: Wer ist denn bei der Veranstaltung so eingeladen ... das spannende sind ja gerade die verschiedenen Positionen ...

ifak/Kritische Ökologie: ehrlich gesagt weiß ich nicht alle Namen, aber kommen sollen Loske, Unmüßig, Mittler, jemand von attac, eine Umweltjugendliche – ich glaube, das waren sie schon. Moderieren soll Lothar Pollähne. Intention ist eine Berichterstattung aus Johannesburg und Reflektion über das Gewesene, insbesondere die viel gerühmte Partizipation.

Jörg: Was natürlich schon eine völlig einseitige Auswahl ist ... die sind sich ja alle weitgehend einig, betreiben zusammen rotgrünen Wahlkampf (vielleicht haben alle die gleichen Parteibücher/-jobs?). Wie wäre es mit einer klaren kritischen Position zu Nachhaltigkeit & Co.?

ifak/Kritische Ökologie: Ich dachte, attac würde diese Position beziehen können.

Jörg: Aber das ist nicht Dein Ernst, oder? Ist Euch die Debatte um die „außerparlamentarische Sozialdemokratie“ attac, deren krasse Dominanzversuche (leider erfolgreich) usw. gegenüber radikaleren Bewegungen, das überwiegende Schlucken breiter marxistischer Kreise bis zum BUKO durch das millionengefütterte Unternehmen attac denn gänzlich entgangen?

Nachhaltigkeit ist aber nicht nur ein Argumentationsmuster für technische Modernisierung und dominante Lebensstilentwürfe, sondern auch eine Integration kritischer Stimmen in den Dialog und das gemeinsame Regieren. Die Heinrich-Böll-Stiftung, Denkschmiede der grünen Partei, sammelte im Vorfeld des Weltgipfels von Johannesburg kritische Stimmen ein und verarbeitete sie zu einem Memorandum. Das Ergebnis beginnt mit weitreichenden Ankündigungen, u.a. mit dem heroischen Rückblick auf Rio 1992 sowie der Ankündigung, ein Werk jenseits von Kompromißzwang vorzulegen. Doch dann wird es selbst vorsichtiger – die kritischen Stimmen werden eingefangen und auf Minimalforderungen zurückgeschraubt.

Im Original: Auszüge aus dem Vorwort von „Das Jo'burg Memo“ (Heinrich-Böll-Stiftung, 2002, Berlin, S. 5)

Werden wir uns seiner erinnern als eines „historischen Durchbruchs“, ähnlich dem Erdgipfel in Rio 1992? ... Die Mitglieder der Memorandum-Gruppe nutzten das Privileg, neue Ideen in die Diskussion zu bringen, ohne die Kompromisszwänge eines Verhandlungsprozesses zu antizipieren ...

Was nützt, ist nicht freier Handel, sondern fairer Handel. Jedenfalls sind die Regeln des Freihandels höheren Verpflichtungsebenen wie Menschenrechten und Nachhaltigkeit nachzuordnen. (S. 7)

Quellen zu 4.1

- 1 Beispiele sind die Buchreihe „Agenda, Expo, Sponsoring“ im IKO-Verlag, die Reader des Instituts für Ökologie, Texte und Ausstellungen zur Agenda 21 aus der Projektwerkstatt in Bad Oldesloe sowie zur Umweltbildung aus der Projektwerkstatt Lübeck, die Positionspapiere im Umweltschutz-von-unten-Netzwerk oder die Zeitschriften Ö-Punkte und *Contraste*.
- 2 Beispiele sind Elmar Altvater, Ulrich Brand, Achim Brunnengräber und Heike Walk.
- 3 So attackierten Junge Welt und Neues Deutschland (Autor jeweils Wolfgang Pomrehn) KritikerInnen des Kyoto-Protokolls vor den Klimaverhandlungen im Juli 2001 in Bonn (siehe in den Zitatesammlungen von www.projektwerkstatt.de).
- 4 Zum Beispiel die *iz3w-Blätter*, die *alaska* oder verschiedene Internetseiten.
- 5 Dieser Text stammt von Thomas Schmidt aus Lübeck, aktiv im Institut für Ökologie (Bereiche Umweltbildung und historische Ökologie, siehe www.projektwerkstatt.de/institut).
- 6 Ein zusammenfassender Überblick über die Umweltgeschichte findet sich in: Klaus Bosselmann (1992), „Im Namen der Natur. Der Weg zum ökologischen Rechtsstaat“, Scherz-Verlag, Bern. Dort läßt sich auch die Vorgeschichte vor dem Auftreten des Menschen nachlesen. Zum Gesamtüberblick über die Umweltgeschichte siehe ferner die folgende Anmerkung.

- 7 Joachim Radkau (2000), „**Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt**“, C.H. Beck, München (S. 43 f., 229 f., 267, 274, 279 und 326).
- 8 Charles R. Bowlus, „**Die Umweltkrise im Europa des 14. Jahrhunderts**“ (S. 13-29) in: Peter Sieferle (Hrsg., 1988), „**Fort-schritte der Naturzerstörung**“, Suhrkamp, Frankfurt.
- 9 Wilhelm Bode, Martin von Hohnhorst (1994), „**Waldwende**“, C.H. Beck, München (S. 9-38 und 89-92) sowie Marie-Luise Hillebrecht, „**Eine mittelalterliche Energiekrise**“ (S. 275-283) in: Bernd Herrmann (Hrsg., 1986), „**Mensch und Umwelt im Mittelalter**“, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
- 10 Akten des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover.
- 11 Ulrich Linse (1986), „**Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland**“, dtv, München.
- 12 Akten des Niedersächsischen Staatsarchivs Osnabrück.
- 13 **Gießener Allgemeine** vom 1.8.2001.
- 14 **Gen-ethischer Informationsdienst (GiD)** Nr. 147 August/September 2001.
- 15 Karl-Werner Brand u.a. (1998): „**Umweltmentalitäten. Wie wir die Umweltthematik in unser Alltagsleben integrieren**“ (S. 50) in: Gerhard de Haan, Udo Kuckartz (Hrsg.): „**Umweltbildung und Umweltbewußtsein**“, Leske und Budrich, Opladen.
- 16 Wiebke Peters (1984): „**Die Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft**“, Dissertation, Universität Hamburg und Thomas Schmidt (1998): „**Mittelalterliche Idee als Zukunftsperspektive? Zur Geschichte des Nachhaltigkeitskonzepts**“ (S. 12-15) in: **Ö-Punkte** 1/1998.
- 17 Siehe Anmerkung 6 (S. 226-245, 283 f., 309, 311 f., 339 f.).
- 18 **Ö-Punkte** 1, 2, und 3/2001.
- 19 Sigmar Groeneveld (2002): „**Vom Aussterben der Nahrung: Gentechnologie und Lebensmittel**“ (S. 134-136) in: *umwelt – medizin – gesellschaft* 15. Jahrgang, 2/2002.
- 20 Al Gore, 1994, „**Wege zum Gleichgewicht**“, Frankfurt.
- 21 Siehe: DNR, 1997, „**Ökologische Steuerreform – Positionspapier**“, Bonn. Pressemitteilung des BUND vom 8.12.1995. Frauen-Union, „**anders leben**“, Materialband zum Bundesdelegiertentag am 4./5.11.1995.
- 22 Der Begriff war gleichermaßen Leitbild der Schriften von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der Expo und der Studie „**Zukunftsfähiges Deutschland**“.
- 23 Mit dabei waren Festgäste wie die damalige Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel, aber auch Gegenaktionen von feministischen und internationalistischen Gruppen, die die Studie kritisierten.
- 24 Christoph Spehr, 1996, „**Die Öko-Falle**“, ProMedia, Wien. Schwertfisch, 1997, „**Zeitgeist mit Gräten**“, YetiPress, Bremen. Helga Eblinghaus/Armin Stickler, 1996, „**Nachhaltigkeit und Macht**“, IKO, Frankfurt. Reinhard Hermle, 1997, „**Ein Buch macht von sich reden**“, Misereor, Aachen. ASTA Uni Hannover, 1998, „**Nachhaltige Weltbilder – Hinter den Kulissen Nachhaltiger Entwicklung**“, Hannover. Institut für Ökologie, 1999, „**Agenda 21 – Chance oder Mythos?**“, Reader der Projektwerkstatt Saasen. Jörg Bergstedt, 1998, „**Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz**“, IKO, Frankfurt. Zitatesammlungen, Texte und Materialien unter www.projektwerkstatt.de.
- 25 Die Gruppe wurde einige Zeit später in die Nachhaltigkeitsdebatten integriert und vertrat dann gegenteilige Positionen zu dem hier zu findenden Text.
- 26 Ebenfalls inzwischen in die herrschaftsmodernisierenden Diskurse integriert und als Lobbyistin bei NGOs tätig.
- 27 Siehe z.B. in den Heften der **Politischen Ökologie** des Jahres 2002.
- 28 Siehe www.no-rio.de, die aus diesen Zusammenhängen entstand, aber von den elitären NGOs in ihren Kritiken nie erwähnt wurde.
- 29 Siehe das Expo-Kapitel im **Buch „Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“** bzw. im Download des dortigen Kap. 5.2 unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.
- 30 Sie wohnte ebenfalls in Verden, zusammen in einer WG mit Armin Torbecke, der zeitgleich die Jugendvertretung im DNR innehatte.
- 31 Wuppertal-Institut, „**Jahrbuch 1995**“ und weitere Einzelquellen.
- 32 Filialen in Darmstadt und Berlin.
- 33 Zahlenangaben für Ende der 90er Jahre.
- 34 Ernst U. von Weizsäcker, 1997, „**Der gläserne Hersteller**“, Birkhäuser Verlag, Basel.
- 35 Bericht u.a. von Protesten unter www.projektwerkstatt.de/aktuell/ukonfer.htm.
- 36 Ernst U. von Weizsäcker u.a., 1995, „**Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch**“, München.
- 37 Zur Ideologie des Ökologischen Marshallplans siehe im Kap. 5.1 des Buches „**Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz**“ (IKO-Verlag), downloadbar unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.
- 38 „Norden“ bezieht sich auf den globalen Norden, also die Industrienationen.
- 39 Hier findet sich die gefährliche Einteilung in sichere und unsichere Reaktoren bzw. Reaktorstandorte.
- 40 Sehr ähnlich bei der ODP.
- 41 **Protokoll des „Perspektivforums ÖSR“** am 14./15.5.1996, Absender ist Armin Torbecke (15.6.1996).
- 42 Rückkoppelungen mit anderen Teilen der Jugendumweltbewegung gab es aber nicht.
- 43 Von den benannten Personen lebten vier im etablierten Ex-Jugendumweltprojekt in Verden, drei waren FunktionärInnen beim DNR (eine Person, Armin Torbecke, beides).
- 44 Anlage zum Protokoll des „von der Jugendvertretung im DNR-Vorstand“ organisierten Treffens (siehe 41).

- 45 Viele derer, die nun die Ökosteuern als Mittel der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie vorschlugen, hatten 1992 noch solche Modelle offensiv kritisiert und traten für die Idee der Anarchie ein – z.B. die späteren NGO-KarrieristInnen Sven Giegold, Jutta Sundermann und Felix Kolb (später GründerInnen von Attac, Vorsitzende auch weiterer Spitzen-NGOs).
- 46 Mehr Informationen zum Modernisierungseinfluß ehemaliger radikaler Polit-AktivistInnen im **Band 1 „Reich oder Rechts“** dieser Buchreihe.
- 47 Aufgrund einer Flugverspätung konnte der aber damals nicht erscheinen.
- 48 Das stieß aber auf Widerstand radikaler Gruppen auf dem Kongreß und scheiterte daher.
- 49 Die Ex-JugendumweltfunktionärInnen Angela Oels (in „**Politische Ökologie**“ Juli/Aug. 1997, S. 51-54) und Rasmus Grobe (in „**Ö-Punkte**“ 1/1998, S. 16-17) schrieben Pro-Agenda-Texte in überregionalen Zeitschriften.
- 50 Nähere Informationen im Kap. 5.4 Medien des Buches „**Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz**“ und im Download des Kapitels unter www.projektwerkstatt.de/oeokofilz. Zu den Protagonisten des Ökoliberalismus siehe auch im Band 1 dieser Reihe „**Reich oder rechts?**“.
- 51 Die Annahme, daß das überhaupt gelingen konnte, war ein Fehler in der Analyse von Marktwirtschaft. Wer sich als Betrieb insgesamt marktförmig verhält (Produktion für einen anonymen Markt), kann die Zwänge nicht durch gleichberechtigte Arbeitsstrukturen aufheben, sondern nur gleichmäßiger verteilen. Erst recht nicht möglich ist, die Zwänge durch besondere Rechtsformen aufzufangen. Dieses behaupten die Genossenschafts-FetischistInnen ständig und wider jeder Erfahrung. Fortschritte im Sinne der Befreiung aus den Zwängen von Markt und Verwertungslogik kann allein der Aufbau einer nicht-marktförmigen, verwertungsfreien Form von Produktion und Güter- und Wissenstransfers sein.
- 52 Michael Müller ist Präsidiumsmitglied im DNR und Bundesvorsitzender der Naturfreunde. Reinhard Loske war Projektleiter der Studie „**Zukunftsfähiges Deutschland**“.
- 53 Neben Müller und Loske saßen im Arbeitskreis „Aufbruch 21“ des DNR, 1998 ein wichtiger Zirkel der Nachhaltigkeits-Seilschaft, u.a. der damalige BUND-Chef Weinzierl als stellvertretender Vorsitzender, NABU-Präsident Jochen Flasbarth, der Ex-Bundessprecher der Grünen Liga, Klaus Schlüter, die Ex-SPD-Minister Klaus Michael Meyer-Abich und Bernd Heydemann sowie die rot-grünen Schrittmacher in den Medien, Hermann Josef Tenhagen von der taz und Hans-Joachim Wille von der FR. Solche Gremien wurden auch später geschaffen – z.B. im Jahr 2002 die verschiedene Beiräte des NGO Attac als Treffpunkt der sozial-ökologischen Eliten.
- 54 Michael Müller und Hubert Weinzierl bildeten im Präsidium regelmäßig eine gemeinsame Position und hatten dadurch hohen Einfluß, weil die Mehrzahl der Präsidiumsmitglieder kaum politisch-strategisch agierte.
- 55 Auf der DNR-Mitgliederversammlung rief Michael Müller noch dazu auf, Anregungen und Kritik zu schicken. Die Kritik an der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen (männer-, funktionärs- und obergesellschaftlich) quittierte er mit **Fax vom 5.2.1998**, ohne auf die Kritik überhaupt einzugehen mit: „Vieles ist jedoch Unterstellung, schade. ... investigative Unterstellungen“.
- 56 Über Hubert Weinzierl war der BUND in die Arbeit eingebunden. Mit seinem von SPD- und (weniger) Grünen-Mitgliedern geprägten Führungsgremium und dem Hauptthema „Nachhaltigkeit“ war der Verband eine sichere Hausmacht für Müller und Weinzierl. Der sonst bis dahin DNR-kritische BBU schwieg, weil auch in dessen Bundesvorstand rot-grüne Mehrheiten bestanden und in Wahlkampfzeiten Kritik unterlassen wurde.
- 57 Das war aber eher ein Verdienst von Regenerativ-Energie-Verbänden und den Kreisen um den SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, während die Nachhaltigkeits-Seilschaften hier wenig Druck ausübten.
- 58 Bundesumweltministerium (ohne Datum), „**Umweltpolitik – Agenda 21**“, Bonn (Deutsche Fassung der Agenda). **Ö-Punkte** 1/1998, Schwerpunkt Agenda 21 (S. 11-25). Reader des Instituts für Ökologie: „**Agenda 21 – Mythos oder Chance?**“. Jörg Bergstedt, 1998: „**Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz**“, IKO-Verlag Frankfurt. Alle Materialien unter www.projektwerkstatt.de/materialien.
- 59 Schlimmer aber sind die Formulierung zum Ausbau der Kerntechnik: „22.4 Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, a)... c) eine sichere Zwischenlagerung, Beförderung und Endlagerung radioaktiver Abfälle sowie zur Endlagerung vorgesehener abgeklungener Strahlungsquellen und abgebrannter Kernelemente aus Kernreaktoren in allen Ländern, insbesondere aber in den Entwicklungsländern, durch Erleichterung der Transfer einschlägiger Technologien an diese Länder und/oder durch Rückgabe der Strahlungsquellen an den Lieferanten nach beendetem Gebrauch ... fördern; ...“ Das Ganze begründet die Agenda so: „mit zunehmender Zahl neu in Betrieb genommener Kernkraftwerke ... nehmen diese Abfallmengen zu“.
- 60 In vielen Städten nahmen die Umweltverbände (und ebenso frauen-, Eine-Welt-Gruppen usw.) hin, daß ihre Ergebnisprotokolle anschließend kaum beachtet wurden und die Verwaltungen selbst die endgültige Fassung der lokalen Agenda festlegten.
- 61 Eliten im hier gemeinten Sinne sind keine starre Gruppe. Sie sind durchlässig und dynamisch. Posten, Kontakte, gegenseitige Verpflichtung und Verhaltensetiketten, Zugang zu Wissen, Ressourcen und Veröffentlichungsmöglichkeiten sind einige Kennzeichen der untereinander oft eng, aber meist nicht formal verbundenen Kreise (Seilschaften).
- 62 Als einer der wichtigsten Köpfe der regierungsnahen Sachverständigenkommission im Umweltschutz (z.B. Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung zur Rio+10-Konferenz) hat Wolfgang Sachs jahrelang die Dominanz der Nachhaltigkeitsdebatte mit erzeugt. 2002 gehörte er zu den Personen, die neue programmatische Hüllen für die immer gleiche Modernisierung und damit den Erhalt der Herrschaft forderten – unter anderen die Reregulierung der Finanzmärkte. Sachs wurde 2002 Funktionär des prostaatlichen NGO Attac – dessen Gremien der neue Treffpunkt der Eliten war, passend zum neuen Dominanzdiskurs der Eliten (Reregulierung, Globalisierung usw.).

- 63 Das zeigt das Beispiel Niedersachsen, wo eine Kabinettsvorlage schon vor dem Beginn beschrieb, daß die Agenda am Ende feststellen soll, „daß das Land bereits viele Vorhaben realisiert hat bzw. an vielen Projekten gearbeitet hat, die weitgehend den Anforderungen der Agenda 21 entsprechen“. Quelle: **Ö-Punkte 1/1998** (S. 23).
- 64 Bemerkenswert: In der gleichen Pressemitteilung distanzierte sich die Grüne Liga Berlin von den Gen- und Atomtechnikkapiteln der Agenda 21. Arbeitsschwerpunkt wurde sie trotzdem – und prägte mehrere Jahre die Arbeit vor allem der Grüne-Liga-Kader in Berlin.
- 65 Gehalten auf der Landesdelegiertenkonferenz von B'90/Grüne in Berlin als Begründung zu seinem Antrag, die Agenda nicht in den Leitartikel aufzunehmen. Dem stimmten nur 20% der Delegierten zu, 30% enthielten sich. Heller ist kurz danach aus den Grünen ausgetreten, als der Krieg gegen Jugoslawien begann.
- 66 Die Grünen setzten sich überall sehr stark für die Agenda ein und bezeichneten sie einige Male als Leitbild für ihre Regierungspolitik, z.B. in den Wahlkämpfen in Niedersachsen und bundesweit 1998.
- 67 Die Gießener Grünen waren InitiatorInnen der Agenda, der grünen Bürgermeisterin Karin Hagemann unterstand das Agenda-Büro. Agendakritische Gruppen in Gießen wie die Projektwerkstatt oder das Institut für Ökologie wurden zu den Treffen nicht eingeladen. Später war die Agendaarbeit u.a. durch den Regierungswechsel in Gießen hin zu CDU und FWG auch als Imagewerbung nicht mehr gefragt.
- 68 Internationale Organisation, deren Deutschland-Sektion der BUND ist. Daß heute BUND-FunktionärInnen den Rio-Gipfel positiv einschätzen, stellt einen deutlichen Meinungswandel dar.
- 69 Die Kooperation zwischen verschiedenen politischen Strömungen ist in der Tat schlecht bis nicht vorhanden. Offensichtlich ist, daß ein gemeinsames politisches Ziel fehlt – der Herrschaftsabbau wäre die Schnittmenge, aber fast alle Gruppen glauben, ihr jeweiliges Thema separat und am besten mit Mitteln der Herrschaft lösen zu können. Konkurrenzen prägen das Geschehen. Daß diese Gräben überwunden werden, wenn die Mächtigen rufen, zeigt zwar, wie ausgerichtet auf Herrschaft fast alle agieren, macht aber die Lage eher noch erschreckender.
- 70 Herausgeberin war die Grüne Liga Berlin, V.i.S.d.P. deren damaliger Bundessprecher und DNR-Vorständler Leif Miller.
- 71 **Mündliche Mitteilungen** z.B. aus Basisgruppen in Schleswig-Holstein.
- 72 Angebot der beiden führenden Organisationen im Agenda-Bereich, dem Bundesverband für Umweltberatung und der Europäischen Agendaagentur ICLEI.
- 73 In der Ausstellung fehlten die Kapitel zu Gen- und Atomtechnik völlig.
- 74 Das erste Argument ist platt, das zweite schlicht falsch. Hunger ist eine Folge falscher Verteilung, Ausbeutung, Diskriminierung, Zerstörung ehemals fruchtbarer Böden sowie von Krieg und Vertreibung. Das Argument der geringen Produktivitätssteigerung wird immer wieder von Personen benutzt, die damit gentechnische Experimente begründen wollen – genau wie in der Agenda.
- 75 Zahlenangaben für 1998: 1600 in Europa bei 1800 weltweit. Die wenigen außereuropäischen Agenda-Orte sind vor allem in solchen Städten, die stark europäisch geprägt sind, z.B. durch AuswandererInnen von früher, Dominanz von Konzernen und EuropäerInnen in den Regierungsstellen.
- 76 Die ersten Absätze dieses Kapitels stammen von der **CD „Agenda, Expo, Sponsoring“**, die 1999 erschien und kurze Texte als Aktualisierung des Bandes 1 der gleichnamigen Buchreihe mit gleichem Titel enthielt.
- 77 Das gesamte Heft warb für die Ideen der Agenda 21 und Nachhaltigkeit. SchreiberInnen und HerausgeberInnen stammten nicht nur aus marxistischen Parteien und Gruppen, sondern waren/sind oft auch FunktionärInnen in NGOs und Netzwerken, z.B. Peter Schott (PDS und Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) oder Peter Strutynski vom Friedensratschlag. Eine Kritik an der Agenda wurde zwar als Reaktion in der Folgeausgabe abgedruckt, die Redaktion schien über den Text aber offenbar sehr unglücklich, wie in Telefonaten deutlich wurde.
- 78 Quelle: **Köln Agenda Journal**, November 2001 und www.koelnagenda.de.
- 79 Quelle: **taz**, 4.7.2000, **Neues Deutschland**, 9.8.2000.
- 80 Dazu gehörte auch der Kindergipfel, der von der Naturfreundejugend organisiert wurde – im Jahr 2000 als Event auf der Expo in Hannover und als Bühne weniger für Kinder als für Bundeskanzler Schröder und andere. Näheres: Naturfreundejugend, **„Der grüne Leitfaden zum Kindergipfel“**.
- 81 Selbstbezeichnung durch die Attac-Führung.
- 82 Vergleiche den Pro-Agenda-Text derselben Autorin in der **Politischen Ökologie** Juli/August 1997 (S. 51-54).
- 83 Zitat aus dem einführenden Text, der von Klaus Töpfer stammt. Töpfer war Umwelt- und Atomminister unter dem CDU-Kanzler Helmut Kohl. Ende der 90er Jahre avancierte er zum vielzitierten Vordenker deutscher Umwelt-NGOs.
- 84 Auch das ist moderne Herrschaft: Einer der Macher von Ernst-Ulrich von Weizsäcker Politik für Nachhaltigkeit ist gleichzeitig prominenter Kritiker. Unabhängige Kritik bleibt außen vor.
- 85 Achim Brunnengraber, **„Rio+10 – nur Schaufenster nationaler Nachhaltigkeit?“**, in: *Ökologisches Wirtschaften* 1/2002 (S. 8).
- 86 Quelle für alles: www.earthcharter.org/earthcharter/charter__ger.htm.

4.2 Reform oder Revolution: Die falsche Frage!

Zwischen sich radikal und sich staatstragend gebenden Gruppen, vor allem NGOs, Instituten und viele Zentren, gibt es immer wieder den Streit um Reform oder Revolution. Diese Begriffe beschreiben zwei Politikansätze, die auf den ersten Blick unvereinbar scheinen. Reform bedeutet den Versuch, politische bzw. gesellschaftliche Bedingungen innerhalb des geltenden Systems zu verändern. Revolution will das System überwinden und sich mit dem Hier und Jetzt nicht abgeben.

Revolutionäre Gruppen werfen den ReformernInnen vor, letztlich immer das System zu stärken, indem sie es krisenfester machen, modernisieren usw. ReformernInnen werfen den revolutionären Gruppen vor, zwar starke Sprüche zu kloppen, aber letztlich nichts an der Realität zu verändern.

Beide Sichtweisen sind sinnlos und lenken von den wichtigen Fragen ab. Emanzipatorische Politik ist nicht daran zu messen, ob ein Prozeß schnell oder langsam läuft, sondern ob sie Selbstbestimmung und Selbstorganisation fördert oder Herrschaft verschärft. Diese Frage ist sowohl an Reformen als auch an revolutionäre Konzepte zu richten.

- Welche Veränderungen innerhalb des Systems können die bestehenden Zwänge verringern, Handlungsmöglichkeiten ausbauen, kooperative Tendenzen stärken, Konkurrenz und Herrschaft wenigstens teilweise aufheben?
- Welche visionären Entwürfe als Ziel revolutionärer Umbrüche schaffen mehr Herrschaftsfreiheit, mehr Selbstbestimmung und die Basis freier Vereinbarungen zwischen freien Menschen?
- Drittens ist für beide die Frage wichtig, welche konkreten Handlungen, Projekte und Forderungen den Zielen gerecht werden.

Weder Reformen noch Revolutionen, d.h. weder die kleinen Schritte der Realpolitik noch die visionären Entwürfe sind von sich aus gut oder schlecht im emanzipatorischen Sinne. Sondern sie müssen genau darauf abgeklopft werden, ob sie mehr Handlungsfreiheit für die Menschen und gleichberechtigten Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen bringen. Sonst sind sie nicht emanzipatorisch, nicht gegen Herrschaft gerichtet.

Emanzipatorische Reformen und Revolutionen schließen aneinander nicht aus – sie brauchen einander sogar. Ohne eine Vision herrschaftsfreier oder wenigstens herrschaftsärmerer gesellschaftlicher Verhältnisse fehlt der Reform das Ziel. Eine emanzipatorische Reform ist immer ein Schritt, denn sie schafft nur kleine Freiräume – sonst wäre es ja eine Revolution. Weitere Schritte müssen dem ersten folgen, doch kann dieser für den Moment legitim und wichtig sein. Aber nicht jede Veränderung ist deshalb auch emanzipatorisch. Ganz im Gegenteil: Fast alles, was zur Zeit aus politischen Gruppen vorgeschlagen wird, stärkt Staat und/oder Markt. Es schafft also neue Herrschaft. Solche Reformen sind aus der Perspektive von Herrschaftsabbau falsch. Die Reform braucht daher eine Vision. Oder mehrere. Die Vision ist der Magnet, der die Reform in die Richtung der Herrschaftsfreiheit zieht, so daß wenigstens ein kleiner Schritt herauskommt. Zudem wird er die politischen AkteurInnen motivieren, weiterzugehen als nur den einen Schritt.

Ebenso braucht eine Revolution die Schritte zur Vision. Ein emanzipatorisches Konzept von Revolution kann nur der immerwährende Prozeß sein. Es gibt keine einzelne Handlung, die alle Probleme löst, weil die Selbstentfaltung der Menschen als kontinuierlicher, immer weiterführender Prozeß das Ziel ist. Intensive Umbrüche der Gesellschaft als Start oder irgendwann innerhalb des Prozesses ist nützlich, aber darauf reduziert sich Emanzipation nicht. Darum bedarf auch die Revolution der Schritte. Wie klein oder groß sie sind, liegt am Inter-

esse der handelnden Menschen und an den Möglichkeiten. Ein großer Versuch kann einen kleinen Schritt auslösen. Das ist emanzipatorisch, wenn es Herrschaft abbaut.

Auf diesen Aspekt sind Revolutionen und Reformen zu untersuchen. In der politischen Strategiedebatte sind diese Begriffe zu überwinden, denn sie sagen nichts aus über die Qualität der dahinterstehenden Politik. Was nötig ist, sind Visionen herrschaftsfreier Gesellschaft – und die Schritte dorthin. Die vielen kleinen Vorschläge, Projekte usw., die Handlungsmöglichkeiten erweitern, Freiräume schaffen, Widersprüche erzeugen oder Herrschaft demaskieren, sind die Schritte in Richtung der Vision. Fehlt die Vision, ersetzt der Weg das Ziel und kann überall hinführen. Kriege für mehr Menschlichkeit, Steuern für mehr Gerechtigkeit, Kontrollen für mehr Sicherheit – all das zeigt, wohin Reformvorschläge ohne klares Ziel führen. Sie benutzen immer wieder die gängigen Mittel, und das sind die Autorität des Staates oder die Marktsteuerung. Solche Reformen¹ sind antiemanzipatorisch, weil sie dem Staat oder dem Markt mehr Gestaltungsmacht übergeben – und den Menschen immer mehr entziehen.

Im Original: Auszug aus dem Entwurf des BUKO-Positionspapiers zu Globalisierung und Globalisierungskritik, in BUKO-Rundbrief 3/2001 (S. 11)

... halten wir nichts von Abgrenzungsritualen „Radikalität“ oder „Reform“. Wichtig ist uns vielmehr die inhaltliche Stoßrichtung einer politischen Forderung oder Handlung: Beispielsweise weist die „reformistische“ Forderung nach der Legalisierung des Aufenthaltsstatus von illegalisierten Flüchtlingen ebenso in die richtige Richtung wie die „radikale“ Forderung nach „Weg mit allen Grenzen“. Und umgekehrt können wir weder in der „reformistischen“ Forderung nach der Tobinsteuer noch in der „radikalen“ Praxis von ritualisierten Straßenschlächten mit der Polizei einen sinnvollen Ansatz erkennen – beide Optionen sind nämlich fixiert auf die Macht des Staates und weisen kaum darüber hinaus.

Ein Beispiel mag alles noch genauer beleuchten: Viele politisch engagierte Menschen träumen von einer Welt ohne Rassismus, Abschiebung und Vertreibung. Die Spanne der Vorschläge reicht von Appellen an den Staat über die Forderung nach dem Ende der Nationen. Manche verbinden sogar beides und fordern einen Weltstaat sowie ein einheitliches WeltbürgerInnenntum.

Emanzipatorisch ist das alles nicht automatisch. Ein Weltstaat kann die Handlungsmöglichkeiten der Menschen stärker einschränken als die miteinander konkurrierenden Nationalstaaten – er kann totalitärer verfaßt sein, weil es keine Alternative mehr zu ihm gibt. Nationalstaaten als Retter anzurufen, überzeugt ebenso wenig – schließlich sind sie es, die überall auf der Welt rassistische Grenzregime und gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, die Haß schüren und abschieben.

Die politische Praxis wird beides brauchen: Die Vision und die konkreten Schritte. „No border, no nation“ lautet der erste Teil eines bekannten Slogans. Er zeigt die visionäre Richtung auf. Nur an die Regierungen zu appellieren, illegalisierte Menschen vor der Abschiebung und alle Nichtdeutschen vor den Nazis zu schützen, wäre zu wenig. Mehrere Jahrzehnte solcher Arbeit haben vielen einzelnen Menschen geholfen – doch die Verhältnisse sind ständig schlimmer geworden. Das Konzept der „Hilfe im Handgemenge“ allein ist gescheitert. Gleichzeitig wäre es aber auch geradezu unmenschlich, es bei der radikalen Forderung zu belassen und die aktuell gefährdeten Menschen sich selbst zu überlassen. Darum heißt selbst der Slogan im zweiten Teil „no deportation“. Das reimt sich nicht nur gut, sondern fügt auch die verschiedenen Handlungsebenen zusammen. Wenn Abschiebungen unterbleiben, vermindert das Herrschaftsausübung. Wenn das nicht mit Kontrollen an anderer

Stelle verbunden wird (was möglich, aber nicht zwingend ist), wäre das eine emanzipatorische Reform. In der politischen Praxis können die verschiedenen Aktionen auch gut ineinander greifen:

- Mit passenden Aktionen das Ende von Grenzen fordern, z.B. gewaltfreier oder militanter Abbau von Grenzanlagen, Störung des Grenzschutzes oder der Paßkontrolle. Störung von Gerichtsverfahren, z.B. bei drohender Abschiebung. Besetzung von AusländerInnen-Behörden usw. Solche Aktionen bieten die Chance, visionäre Entwürfe zu vermitteln – wobei dazu eine gute Vermittlung auch nötig ist.
- Viele kleine Aktionen können die Handlungsmöglichkeiten von Menschen konkret verbessern und dennoch mit visionären Forderungen verbunden werden, z.B. der Umtausch von Gutscheinen, die Unterstützung bis zum Verstecken illegalisierter Menschen, direkte Proteste in Flugzeugen im Abschiebefall oder Öffentlichkeitsaktionen wie die Online-Demo gegen die Lufthansa – immer mit entsprechender inhaltlicher Vermittlung von Kritik, Forderungen und darüberhinausgehender Visionen.

Offensichtlich schließen sich solche Aktionen nicht aus. Es gibt keinen Grund, warum die einen nur das eine und die anderen nur das andere machen. Denn das trennt die Gruppen und untergräbt die wichtige öffentliche Vermittlung. Das Zusammenkommen von Vision und konkreten Forderungen, von Widerstand und konkretem Schaffen von Alternativen bietet die besten Möglichkeiten, Menschen für Ideen und konkretes Handeln zu gewinnen. Zu alledem würde die Spaltung eine Abkoppelung von den betroffenen Menschen bedeuten, denn für die besteht die Wahlfreiheit der Aktionsform nicht.

Die Frage nach Reform und Revolution trennt an der falschen Stelle. Wichtiger wäre, kleine Schritte und Projekte sowie die visionären Entwürfe auf ihren Beitrag zum Abbau von Herrschaft und Verwertung zu überprüfen – festzustellen, wieweit sie Teil einer emanzipatorischen Politik sind. Die Trennung zwischen kleinen Schritten und großen Entwürfen muß aufgehoben werden, emanzipatorische Politik sollte immer beides enthalten. Die Spaltung verläuft zwischen herrschaftsabbauenden und herrschafts-/marktfördernden Formen von Politik. Sie muß künftig deutlich stärker betont werden. Ziel ist dabei auch, staatstragende NGOs daran zu hindern, mit der Debatte um Reform und Revolution davon abzulenken, was sie da eigentlich tun: Herrschaft zu modernisieren und die Herrschenden bei der Ausübung der Herrschaft zu beraten. Und andererseits die radikalen Gruppen vom Sockel des revolutionären Geredes ohne irgendetwas Praxis zu stossen, damit viele zusammen beginnen können, Visionen zu entwickeln und derweil an Widerstand und Alternativen zu basteln.

Quellen zu 4.2

- ¹ Beispiele sind Kontrollen und neue Steuern, die jeweils mehr Institutionen erfordern. Im Umweltschutz werden härtere Gesetze und bewaffnete Schutzgebietsbewachungen vorbereitet.

4.3 Governance

Die Diskussion um „Global Governance“ ist die bisher weitestgehende, sie vereint die Elemente der verschiedenen Debattenstränge zur Modernisierung von Herrschaft.

- Technische Effizienz: Governance stellt eine Form des Regierens dar, in der (nach Aussage derer, die es vertreten) das vorhandene Know-How gesellschaftlicher Problemlösungskompetenz am besten zusammengebracht wird. Dieses Bild geht davon aus, daß es eine objektiv und allgemeingültig beste Lösung überhaupt gibt – das Gegenbild wäre eine Gesellschaft „von unten“, in der aus der jeweiligen Lage, den Bedürfnissen der Menschen und der uneingeschränkten Zugänglichkeit von Wissen (freies Wissen statt Patent-, Lizenzrecht usw.) die passenden und gewünschten Lösungen entwickelt werden. Governance bedeutet den zentralen Zugriff auf Ressourcen. Deren Einsatz wird durch „Governance“, also dem Regieren der Eliten, bestimmt und verteilt. Besondere Hoffnung setzen die BefürworterInnen in Technologieentwicklung, u.a. die Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz. Gerade hier gibt es einen bedeutenden Technikvorsprung der Industrienationen – insbesondere der europäischen, deren Regierungen, Konzerne und NGOs auch die Hauptstreiter für die Idee des Governance sind. Exportchancen winken.
- Alle Macht den Eliten: Governance will den Kreis der Regierenden erweitern in der Erwartung, mehr Problemlösungskompetenz, aber auch mehr politische Handlungsfähigkeit zu erreichen. Drei große Gruppen werden dabei genannt: Zum einen die Regierungen und alle staatlichen Institutionen. Die nationalen Regierungsstrukturen sollen dabei ergänzt werden um den Ausbau internationaler Macht (Weltregierung, internationaler Staatsgerichtshof mit Weltpolizei, Welthandelsorganisation mit zusätzlicher Steuerungsmacht über Steuern, Finanzflußkontrolle usw.). Sie sind zur Zeit über parteiorientierte Parlamentswahlen nicht einmal demokratisch umfassend legitimiert, sondern nur indirekt bestimmt. Zum zweiten sind Konzerne und ihre Verbände, Institute usw. Teil des Governance-Konzeptes. Sie verfolgen privatwirtschaftliche Ziele und sind gar nicht demokratisch legitimiert. Den dritten Teil stellen die NGOs, immer verschleiern als VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ beschrieben. Bei näherem Hinsehen ist ihre demokratische Legitimation wie bei den Konzernen gar nicht oder kaum vorhanden. Ältere NGOs haben breite Mitgliedschaften, deren Einfluß auf die Führung durch mehrfach gestaffelte Delegiertenwahlen aber sehr gering ist. Moderne NGOs sind nur noch staats- oder spendenfinanzierte Bürogemeinschaften ohne Basis (WEED, Germanwatch usw.) oder ohne direktes Mitsprecherecht der Mitglieder (Attac). Menschen, die nicht in den Organisationen Mitglied sind, haben ohnehin keinen Einfluß. Insofern sind die Parlamente und Regierungen in diesem Dreiklang der Governance noch relativ am ehesten demokratisch legitimiert. Governance wird also die demokratische Legitimation verringern. Das ist umso schlimmer, als schon Demokratie nur eine sehr eingeschränkte Form der Mitbestimmung ist – sie ist die indirekte und stark eingeschränkte Wahl derer, die Herrschaft und damit Fremdbestimmung ausführen. Mit Selbstbestimmung hat Demokratie nichts zu tun. Governance verschiebt dieses noch weiter zu Ungunsten der Menschen, sie ist die totale Herrschaft der Eliten – nur jetzt eben aller.
- Totalität von Macht, Markt und Integration: Mit der Debatte um Governance verbunden ist der Anspruch an das neue System modernisierter Herrschaft, einen deutlich erweiterten Zugriff auf alle Lebensbereiche zu haben. Neoliberalismus und Governance sind damit keine gegenläufigen Prozesse, sondern optimal vereinbar, weil in einer Welt des to-

talten Marktes die Herrschaft der Eliten über die modernen Mittel dieser Herrschaftsausübung (gerichtete Kommunikation, marktförmiges Eingreifen und Steuern usw.) genau paßt. Durch die breite Einbindung aller Eliten wird die Steuerung der gesellschaftlichen Diskurse noch einfacher fallen, z.B. der Debatte um die weltweite Leitkultur der Nachhaltigkeit, der notwendigen Effizienzsteigerung von Technik mit dem Anspruch auf weltweite Durchsetzung dieser Technik, der weltweiten Kontrolle im Namen von Ökologie und Humanität.

Governance bedeutet, daß zukünftig nicht mehr die Parteien, sondern auch Wirtschaft und NGOs regieren. Sie bläht Demokratie auf, erweitert die Beteiligten und schafft damit zum einen erhöhte Akzeptanz, zum anderen werden Herrschaftssysteme leistungsfähiger, weil mehr Potential an der Ausführung mitwirkt. Die „VertreterInnen der Zivilgesellschaft“ suggerieren eine demokratische Breite und bringen kritisches Know-How ein. Tatsächlich aber haben die Menschen keine neuen Mitbestimmungsebenen – ganz im Gegenteil: Während sich die Debatte um Governance, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft ausbreitete, wurden Beteiligungsrechte immer mehr der Standortpolitik geopfert. Das wird so weitergehen – die FunktionärInnen der NGOs werden zu den Gewinnern der modernisierten Herrschaft gehören. Die Menschen verlieren immer mehr Freiräume, aber es gibt immer mehr, die ihnen das Gegenteil erzählen. Die Propaganda für diese Ideen besorgen nicht mehr die Regierungen, sondern diejenigen, die sich selbst zu den VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ ernannt haben. Verkündend beschreibt z.B. Attac im Buch „Eine andere Welt ist möglich!“ (2002, VSA Hamburg, S. 146): „Alle Gesellschaften, egal wie arm, haben Organisationen, die Bauern, ArbeiterInnen, Frauen, die Geschäftswelt und so weiter vertreten, und die je nach Regierung mehr oder weniger frei agieren können.“ Alles wird gut ...

Im Original: Auszüge aus dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“², zunächst zur Definition

Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen³ sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln ... Auf globaler Ebene hat man unter Ordnungspolitik bisher vorwiegend das System der zwischenstaatlichen Beziehungen verstanden, doch heute müssen auch Nichtregierungsorganisationen, Bürgerbewegungen, Multinationale Konzerne und der globale Finanzmarkt mit einbezogen werden. ...

Die Globalisierung kann andererseits aber auch Positives mit Blick auf diese Probleme und ihre Lösung leisten, z.B. durch besseren Zugang zu Wissen und Technologie, Herausbildung gut informierter und emancipierter gesellschaftlicher Gruppen oder Ressourceneinsparung durch Effizienzgewinne. ...

Zitat im Zwischenbericht aus einer Definition der Stiftung Entwicklung und Frieden, 1995 in „Nachbarn in einer Welt“

Im Spannungsfeld zwischen Staaten und multinationalen Institutionen, globalisierter Wirtschaft und Finanzwelt, Medien und Zivilgesellschaft befürwortet Global Governance eine neue, kooperative Form der Problembearbeitung: ...

Zitate zur Akzeptanzbeschaffung durch Governance

Vielmehr ist Global Governance als globale Struktur- und Ordnungspolitik ein Mittel zum Zweck, dient folglich der Umsetzung politisch zu bestimmender Inhalte und Ziele. ...

Aber auch bei der Implementierung beschlossener Politiken sind nicht staatliche Akteure schon heute hilfreich. Die Vorteile aus staatlicher Sicht bestehen darin, dass zum Beispiel die sog. „technical“ NGOs im Entwicklungsbereich oder auch privatwirtschaftliche Unternehmen in Einzelbereichen über spezielle Expertise verfügen, besseren Zugang zu bestimmten Zielgruppen haben, die Anerkennung von staatlichen Projekten gegenüber Zielgruppen und der Öffentlichkeit erhöhen könnten und zudem meist kosteneffizienter arbeiten. ...

Zitate zu mehr Staat und Markt

Jetzt geht es um die Beseitigung der Defizite, die durch das Fehlen der Staatlichkeit auf globaler Ebene entstehen, also um Global Governance im umfassenden Sinne, um die wirtschafts-, sozial- und umweltpo-

litische Einbettung der internationalen Märkte. Hier lassen sich Ähnlichkeiten zu den Prozessen feststellen, die in Deutschland zur Tradition der sozialen Marktwirtschaft geführt haben. ...

Global Governance meint auch nicht das Ende des Nationalstaates. Im Gegenteil: Ziel aller zwischenstaatlichen Kooperation ist es, dass Staaten für die effektive Bearbeitung globaler Probleme Handlungsfähigkeit zurückgewinnen sollen. Das heißt, Global Governance läutet gerade nicht das Sterbeglöckchen für den Nationalstaat, sondern will dem Staat dort Handlungskompetenz zurückgeben, wo er als Einzelner in Gefahr steht, diese durch Globalisierungsprozesse zu verlieren. ...

Zitate zu NGOs als Teil der institutionalisierten Macht

Bei den Vereinten Nationen können sich internationale NGOs über den Wirtschafts- und Sozialrat (ECO-SOC) für Verhandlungen akkreditieren, bei dem auch seit 1948 der Council for Non Governmental Organisations (CONGO) angesiedelt ist. Bei der Weltbank gibt es seit 1981 ein NGO-Komitee. Die reelle Bedeutung dieser Foren ist jedoch sehr unterschiedlich. Der Politikdialog mit NGOs kann für (zwischen-)staatliche Institutionen vielfältige Vorteile haben: die Abschöpfung von Expertise und Problemlösungskompetenz, die Legitimierung der eigenen Politik und die Stärkung der eigenen Position gegenüber anderen Regierungen oder zwischenstaatlichen Organisationen, sowie auch die Früherkennung von gesellschaftlichen Problemen und sozialem Protest. Eine aktuell diskutierte Idee, wie diese Konsultationsverfahren im Rahmen einer Global Governance ausgebaut werden könnten, bezieht sich auf Politiknetzwerke und Formen der Netzwerksteuerung (vgl. ...). Globale Politiknetzwerke, von denen zur Zeit etwa 60 bis 70 existieren, sind eine noch junge institutionelle Innovation und zeichnen sich durch ihre offene und dynamische Form aus.

Ihr Zweck ist es, verschiedene Akteure zusammenzubringen und Brücken zwischen dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft zu bauen, oft unter Mithilfe von internationalen Organisationen. Gemeinsam erarbeiten diese Akteure dann an „Runden Tischen“ Problemlösungen. Dabei handelt es sich um Vorschläge (im internationalen Recht spricht man von „soft law“ oder „non-binding legal standards“), die dann ggf. formal angenommen, parlamentarisch legitimiert und umgesetzt werden können. ...

Die NGOs selbst weisen allerdings darauf hin, dies könne und solle nur eine zeitlich befristete Rolle sein, bis das Nachwachsen der Legislative und demokratischer Kontrolle vollzogen sei ...

Zitate um bestehenden Filz von NGOs und Staat

Aber auch bei der Implementierung beschlossener Politiken sind nichtstaatliche Akteure schon heute hilfreich. Die Vorteile aus staatlicher Sicht bestehen darin, dass zum Beispiel die sog. „technical“ NGOs im Entwicklungsbereich oder auch privatwirtschaftliche Unternehmen in Einzelbereichen über spezielle Expertise verfügen, besseren Zugang zu bestimmten Zielgruppen haben, die Anerkennung von staatlichen Projekten gegenüber Zielgruppen und der Öffentlichkeit erhöhen könnten und zudem meist kosteneffizienter arbeiten. Dafür erhalten diese im Gegenzug Zugang zu zusätzlichen Finanzressourcen und erfahren auch ggf. eine Aufwertung in der Öffentlichkeit bzw. auf dem Spenden- und Zuschussmarkt. In diesem Sinne kann eine solche technisch ausgerichtete Kooperation, können solche „Public Private Partnerships“ meist produktiv und zu beiderseitigem Nutzen verlaufen. Ebenso kann dann bei der Evaluation von Projekten das kritische Potential von NGOs genutzt werden. ...

Auszug aus dem Beitrag der Frauen-Fisch-AG in: „Zeitgeist mit Gräten“ (1997, YetiPress, Bremen (S. 48))

Eine wichtige Rolle wird auch Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, alternativen Forschungseinrichtungen (sic!) und NGOs aller Formen und Größe zugeschrieben. Unterbelichtet bleibt, wer wen wozu legitimiert, wie Partizipation im nationalen und internationalen Rahmen „gesichert“ werden sollte, wie Entscheidungsfindungen im kommunalen, regionalen, nationalen und internationalen Rahmen organisiert werden können.

Die ProtagonistInnen der Konzepte von „Governance“ sitzen nicht nur in den Regierungen, sondern auch in den modernen NGOs. Dort treibt eine Mischung aus Geld-, Karriere- und Einflusshoffnungen immer mehr FunktionärInnen zu Vorschlägen für eine Modernisierung von Regierungsstrukturen, wobei sie sich immer selbst an den Tischen des erweiterten Kreises der Mächtigen sehen. Im Schlusskapitel der Erdcharta, einem NGO-Papier zur Weltkonferenz in Johannesburg, heißt es: „Eine Partnerschaft von Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist unabdingbar für eine wirkungsvolle Lenkung und Gestaltung unserer Geschichte.“ Das spricht eindeutig von „Lenkung“ und „Gestaltung“ von oben, also nicht ei-

nen Prozeß der Selbstbestimmung, sondern einer Machtergreifung der gesamten Breite der Eliten.⁴

Die Idee der Governance ist dabei verbunden mit dem Ruf nach Reregulierung, einem Mehr an Herrschaft. Der zur Zeit modernste NGO, Attac, wähnt sich gar selbst als Vorstufe des zivilen Teils der Governance.

Im Original: Auszug aus dem Text „Was ist Global Governance?“ der Erlaßjahrkampagne in: „erlassjahr.de“, Kampagnen-Kurier Oktober 2001 (S.9)

Da, wo Rot und Grün sich auf eine ernsthafte Debatte über die Nord-Süd-Dimension der Globalisierung einlassen, treffen sie sich zumeist mit kritischen Bewegungen bei der Forderung nach Globalen Regelungsmechanismen (neudeutsch: „Global Governance“) für eine weltweite und grundsätzlich kapitalistisch verfaßte Wirtschaft. Diese grundsätzliche Forderung nach Regulierung statt Liberalisierung haben soziale Bewegungen in den letzten Jahren erfolgreich auf sehr konkrete einzelne Forderungen zugespitzt, an denen sich nun die Ernsthaftigkeit einer proklamierten Reformbereitschaft auf Seiten der Regierungsparteien überprüfen läßt. Die Forderung nach einer Devisentransaktionssteuer („Tobin Tax“) gehört ebenso dazu, wie die nach einer Reform der schuldenproduzierenden staatlichen Exportbürgschaften (Hermes-Reform).

Auszug aus C. Grefe, M. Greffrath und H. Schumann, 2002: „attac“, Rowohlt Berlin (S. 165)

Hunderttausende können in den elektronischen Quartalszeitschriften, in den Websites aller Attac-Filialen Abhandlungen, Polemiken, Informationen und Hinweise auf tausend weitere Links finden. So wird eine gemeinsame Gesprächsgrundlage für die globale Bürgergesellschaft gelegt.

Governance bezieht die sog. „Zivilgesellschaft“ mit ein. Damit sind aber keine größeren Spielräume der Selbstbestimmung oder mehr Beteiligungsrechte für die Menschen gemeint – schon gar nicht eine Gesellschaft der Freien Menschen in Freien Vereinbarungen ohne Regierungen, Staat und Markt. Als „Zivilgesellschaft“ werden die Organisationen betrachtet, in denen sich Interessen bündeln. Derer FührerInnen, oft weit weg von der Basis und gleichzeitig Spitzenkräfte in Parteien, staatlichen Institutionen oder Konzernen, definieren sich selbst als VertreterInnen der Menschen – die sie aber tatsächlich nicht fragen.

Den VertreterInnen der anderen zwei Gruppen der angestrebten „Governance“ ist das Werben der NGOs recht. Sie fürchten sich vor ihnen nicht, sondern erahnen die gewaltigen Vorteile dieser Einbindung von Know-How, Akzeptanz und auch Handlungsfähigkeit – denn moderne Politik läuft nicht nur über direkte Machtausübung, sondern stark über die Steuerung gesellschaftlicher Diskurse. Der totale Markt wird nicht nur erzwungen, sondern auch in den Köpfen verbreitet. Daß Geld Umwelt schützen kann, daß Kriege Menschenrechte verteidigen können, daß Demokratie mehr Mitbestimmung bedeutet und daß europäische Leitkultur gut ist für die „armen Hungernden“ auf dieser Welt, sind Lügen, die auf Akzeptanz und Reproduktion in den Köpfen und Gesprächen setzen. Und diese Diskurse sind besser zu steuern, wenn die NGOs als Ikonen der Überparteilichkeit sie mitvertreten und -verbreiten.

Im Original: Zitat von Mike Moorer, WTO-Chef, im Interview mit der FR, Magazin 9.2.2002 (S. 5)

Wir brauchen eine Abteilung, die die Zivilgesellschaft stärker einbezieht, die sich um die NGOs, die regierungsunabhängigen Organisationen, kümmert. Die haben da draußen eine ganze Reihe brillanter junger Leute mit Dokortiteln, die helfen können.

Keinesfalls bedeutet „Governance“ eingeschränktes Regieren, sondern ausgedehntes. Das ist auch einer der Antriebe der Debatte. Viele Institutionen und NGOs sehen in der augenblicklichen Weltpolitik einen Verlust an Kontrollfähigkeit. Die möchten sie mit der Modernisierung von Herrschaft wieder zurückgewinnen.

Im Original: Stellungnahme des Club of Rome⁵ zum Weltgipfel 2002 in Johannesburg, in: FR vom 5.8.2002 (S. 6)

Regierungsfähigkeit ist die wesentliche Herausforderung, der wir uns gegenübersehen. Wo auch immer wir hinsehen, finden wir politische Strukturen mit unzureichender Leistung. Das betrifft vor allem solche Regionen der Welt, die gekennzeichnet sind durch Gewalt und Krieg, in denen kostbare menschliche, kulturelle, soziale und natürliche Ressourcen zerstört werden. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, globale Regime der Konfliktbeherrschung zu stärken. Das Phänomen terroristischer Gewalt offenbar die Notwendigkeit einer umfassenden gemeinsamen Sicherheit und Stabilität auf unserem Planeten. ...

Die globalen Institutionen müssen gestärkt werden, um die Stabilität des Weltwirtschaftssystems zu gewährleisten und die „globalen öffentlichen Güter“ (darunter Atmosphäre, Ozeane und die Antarktis) zu verwalten. Dafür brauchen wir ein stärkeres und besser informiertes globales Netzwerk für Öffentlichkeit in der Politik und neue Rahmenbedingungen für die Co-Finanzierung von Entwicklung. ...

Die Vereinten Nationen sollen einen starken hochrangigen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ aufbauen. ... in Partnerschaft zwischen Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

Auszug aus Udo E. Simonis, „Gemischte Resonanz auf Agenda 21“ in: BUND/Misereor, 2002, „Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland“, Riemann/C. Bertelsmann in Güterloh (S. 45 + 56)

Zusätzlich sind institutionelle Innovationen, insbesondere die Einrichtung einer Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung ... angesagt, mit denen die gravierenden und sich weiter verschärfenden globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme die nötige Priorität erhalten können – bei den nationalen Regierungen, den internationalen Organisationen der Wirtschaft, den Nicht-Regierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft im weiteren Sinne. Daraus ergibt sich eine zentrale Konsequenz für den Neubeginn nach Johannesburg: Eine ideenreiche und geschickte Mehrebenen-Politik ist gefordert, wenn sustainable development durch global governance zum Erfolg werden soll!

Wie „Governance“ konkret aussieht, wird eher selten diskutiert. Den Beteiligten ist der intransparente Weg der Entstehung von immer mehr Gremien aus Regierungen, Wirtschaft und NGOs offenbar lieber als eine Generaldebatte, die die verfolgten Ziele offensichtlicher machen könnte. Genauere Vorschläge sind daher die Ausnahme – aber es gibt sie, wie den Vorschlag für ein neues Parlament, eine Kammer für NGOs.

Im Original: Auszug aus Dieter S. Lutz, „Ist die Demokratie am Ende?“ in: Willy-Brandt-Kreis (Hrsg.), 2001, „Zur Lage der Nation“, Rowohlt-Verlag, zitiert nach FR, 14.1.2001 (S. 6)

Warum eigentlich gibt es kein „Expertenparlament“, das heißt einen „Zukunftsrat“ zusätzlich zu dem Generalistenparlament, das wir haben und das wir vermutlich auch weiterhin benötigen? Einen „Zukunftsrat“ ausschließlich für existenzielle Fragen ...

Warum also sollte die Zuständigkeit für „existenzielle“ Fragen der Menschen und der Menschheit (Krieg und Frieden, Entwicklung, Armut, Umwelt, Klima, Menschenwürde) nicht einer neuen dritten „Kammer“, einem Zukunftsrat übertragen werden können? ...

Bei dem geforderten Zukunftsrat handelt es sich also immer auch um eine Versammlung der wissenschaftlichen Elite des Landes. Öffnet der Zukunftsrat damit – gewollt oder ungewollt – Tür und Tor hin zu einer Elitendemokratie ohne Bezug zum Souverän, dem Volk? Diese Frage wäre als Vorwurf berechtigt, wenn es sich bei den Experten und Expertinnen des Zukunftsrates ausschließlich um Vertreter und Vertreterinnen der hauptberuflichen Wissenschafts- und Forschungsgemeinde handeln würde. Das Gegenteil ist der Fall: Strategische Kompetenz kann auch über ehrenamtliches Engagement gewonnen und themenspezifisches Fachwissen über die Mitarbeit in Sozialen Bewegungen und vor allem in NGO erworben werden. Nicht zufällig sind mittlerweile selbst bei hochrangigen wissenschaftlichen Konferenzen Vertreter und Vertreterinnen der „Praxis“ gesuchte Referenten und Diskussionsteilnehmer.

Darüber hinaus kann die Rückbindung an die Zivilgesellschaft, insbesondere an die Kommunikationsstrukturen der Bewegungen und NGO, dadurch gefördert werden, dass nicht ein zentraler Bundes-Zukunftsrat, sondern 16 Länder-Zukunftsräte gebildet werden. ...

Die Wahlen zur Dritten Kammer könnten an die Wahlen zu den Länderparlamenten gebunden werden. Die Kandidatenaufstellung würde allerdings nicht durch die Parteien, sondern durch (durchaus miteinander konkurrierende) Institute, NGO und Bewegungen erfolgen.

Quellen zu 4.3

- 1 Die Einschränkungen sind unter anderem: 1. Es kann nur eine Parteiliste gewählt werden, innerhalb derer ist Differenzierung nicht mehr möglich (Ausnahme sind die Kommunalwahlen in einigen Ländern). 2. Die Parteien sind an ihre Versprechungen nicht gebunden. 3. Verschiedene Prozenzhürden verfälschen das Ergebnis. 4. Nur ein Teil der Menschen darf wählen. 5. Parteien oder Gruppen, die das System verändern wollen, sind zu Wahlen grundsätzlich nicht zugelassen, also auch nie wählbar – für Menschen, die z.B. Herrschaft im allgemeinen oder in dieser Form ablehnen, gibt es nur die Auswahl zwischen Parteien, die das Falsche wollen.
- 2 **Drucksache 14/6910**, siehe www.bundestag.de/globalisierung. Inzwischen ist auch die Endfassung erschienen.
- 3 Ein bemerkenswerter Text: Zunächst scheint es um Individuen zu gehen, dann aber ist nur noch von Organisationen die Rede.
- 4 Etwas anderes muß auch deutlich gesagt werden: Daß in Zukunft Eliten regieren sollen, kommt vor allem vielen „linken“ Gruppen entgegen, denn sie sind zu einem großen Teil in Eliten organisiert – nicht nur an den Spitzen von NGOs, sondern auch in Wissenschaft und Bildung, Behörden und Medien. Daher sind Modernisierungen von Herrschaft, verschleiert als „Demokratisierung“ oder „Global Governance“ benannt, vor allem bei „linken“ sehr beliebt. Die starke Ablehnung vieler „Linker“ gegenüber Ideen von Herrschaftsabbau oder gar -freiheit sollte daher nicht vortäuschen, daß niemand für solche Visionen zu gewinnen ist. Die meisten „Linken“ sind Teil der Elite und sie haben daher etwas zu verlieren. Sie fühlen sich wohl in ihrer Elitenposition, sie gehören zu den GewinnerInnen des Neoliberalismus und der Modernisierung! Ihre Lobbyverbände, von kleinen Instituten bis zum Marktführer Attac, sind daher auch als reaktionäre Verteidigungs-Organisationen der Privilegien der intellektuellen Eliten zu sehen! Es ist durchaus möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, daß andere Menschen außerhalb der Eliten positiver auf visionäre Gesellschaftsentwürfe und grundsätzliche Kritik reagieren.
- 5 Als deutscher Vertreter ist u.a. Ernst-Ulrich von Weizsäcker Mitglied im Club of Rome – siehe dessen Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte (Kap. 4.1).

4.4 Veraltete und neue Herrschaftsanalysen¹

Für viele Menschen ist es heute noch recht einfach und früher war das Stand fast aller „Linken“: Die PolitikerInnen und die Firmenchefs, also „die da oben“, sind alle böse, von Kapitalinteressen durchdrungen oder den Reizen der Macht erlegen. Darum läuft alles so scheiße, werden Kriege geführt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, geht die Umwelt vor die Hunde. Und darum ist die Lösung auch, die Mächtigen auszutauschen, damit die „Richtigen“ das Richtige machen. So wurden neue Parteien gegründet oder Menschen versuchten es selbst, per Gang durch die Institutionen. Wer solche Strategien nicht als erfolgversprechend ansah, setzte trotzdem meist auf Staat und Kontrolle, baute öffentlichen Druck auf und forderte mehr Regeln für die Mächtigen oder einfach alle. So wurden und werden neue Gesetze und Steuern gefordert, Appelle geschrieben, Petitionen eingereicht, Zeitungen gedruckt, Transparente geschwungen oder Parolen gerufen.

Doch all das hat einen entscheidenden Haken – es greift Herrschaft nicht an, sondern versucht sie für eigene Ziele einzusetzen. Dahinter steht das Fehlen einer Analyse von Herrschaft. Macht wird neutral gesehen, Menschen in ausführenden Positionen sind nicht mehr nur Rädchen in einem System, sondern die Bösen, scheinbar frei Handelnde.² Immer wieder gehen politische Vorschläge sogar über den bisherigen Herrschaftsrahmen hinaus: Für die Tobin Tax oder die Ökosteuer müssten neue Institutionen und Kontrollen geschaffen werden. Nazis sollen in den Knast, Vergewaltiger nie wieder rauskommen. Schutzgebiete werden international immer öfter von paramilitärischen Öko-Milizen gesichert – rein kommt nur, wer Geld hat (TouristInnen). Armeen marschieren für die Umwelt, die Menschenrechte und die Befreiung der Frau. Solche politischen Forderungen schaffen eine Einheit aus den Institutionen der Herrschaft und denen, die sie kritisieren. Bei allen Unterschieden im Detail – beide Seiten halten an der Illusion fest, daß der Staat, die Demokratie, die zentralistisch organisierte Gesellschaft zum Positiven gewendet werden können. Dabei übersehen wird:

- Herrschaft verstärkt konkurrierendes Verhalten, weil Konkurrenz, d.h. Durchsetzungsfähigkeit, über Machtstrukturen immer gestärkt wird und kooperatives Verhalten zu anderen Menschen nicht mehr nötig ist. So können Metropolen der Peripherie die Energiegewinnungsanlagen, Rohstoffgewinnung und Mülldeponien aufzwingen – um nur ein Beispiel zu nennen.
- Herrschaft ist deutlich mehr als die Institutionen der Herrschaft. Vielmehr sind Denkkategorien, biologistische Schubladen und Standardisierungen auch Formen der Herrschaft, die oft viel stärker den Alltag der Menschen berühren, bis in die entlegendsten Winkel des Lebensalltags vordringen und so Denken und Handeln kontinuierlich beeinflussen. Herrschaftsfreie Räume sind gar nicht mehr herstellbar – wohl aber Räume, in denen Herrschaft erkannt, offengelegt und als kontinuierlicher Prozeß abgebaut wird!

a. (Vereinfachte) Geschichte der Herrschaftskritiken

Die Kritik an Herrschaftsverhältnisse hat eine lange Geschichte. Viele ältere Theorien werden noch heute hochgehalten, neuen Ansätzen gegenübergestellt – oftmals feindselig, was gemeinsame Debatten und Praxis verhindert. Der folgende Text soll keine umfassende Herrschaftskritik aufstellen, sondern eine vereinfachte geschichtliche Entwicklung sowie die aktuellen Debatten und Texte um Herrschaftskritik zeigen. Bei vielen kurzen Einführungen sind Links auf weitergehende Texte zu finden. Das Nachforschen lohnt ...!

Personale Verhältnisse werden zu Marktbeziehungen ...

Der Blick zurück in die Tiefen von Fürstentümern, Monarchien bis religiösen Regimes zeigen personale Herrschaftsbeziehungen. Die Mächtigen, ihre Clans und Dynastien unterwarfen die Menschen in ihren Ländern mit plumper Gewalt, trieben Steuern ein und sicherten ein Regime, in dem viele Menschen zum Eigentum wurden der Sklavenhalter, Lehns Herren, Fürsten und Militärbefehlshaber. Mit der Industrialisierung des 18. Jahrhunderts, für Teile der Bevölkerung schon vorher in den bürgerlichen Handelstädten, begann die Veränderung hin zu marktförmigen Herrschaftsbeziehungen. Diese hätten sich niemals durchgesetzt ohne die personalen Bedingungen, die den Menschen immer mehr den Zugriff auf selbstbestimmtes Leben nahmen. Eigentum wurde akkumuliert, d.h. immer weniger Einheiten (Menschen, Betriebe, Staat) hatten immer mehr Zugriff auf Land, Rohstoffe und Maschinen. Den vielen Menschen wurde die Möglichkeit zum selbständigen Leben genommen mit der Folge, daß sie das Angebot der Massen-Arbeitsplätze und fremdbestimmter Tätigkeit annahmen. Eben annehmen mußten. Marktförmige Herrschaft funktioniert über die personal hergestellte Alternativlosigkeit zum Markt. Diese personale Herrschaft begleitend zur Marktwirtschaft stellte mit dem Aufkommen des Kapitalismus mehr und mehr der moderne Nationalstaat dar.

Kritik am Kapitalverhältnis

Mit dem Zwang zur massenhaften Ver-Arbeitung vieler Menschen endeten personale Machtverhältnisse nicht – zum einen wurde der Zwang zur Unterwerfung unter Arbeitsverhältnisse ja personal durchgesetzt (siehe oben), zum anderen bestand er weiter im Verhältnis von Obrigkeit zu Mensch (Justiz, Polizei, Ämter ...), innerhalb vieler Gruppen sowie in der Organisierung von Alltagsverhältnissen z.B. vom erwerbstätigen Mann zum abhängigen Rest der Familie, von Erwachsenen zu Kindern sowie in rassistischer und Behinderungs-Diskriminierung. Dennoch wurde das Lohnabhängigkeitsverhältnis lange Zeit als zentral gesehen, weil es deutlich mehr als die anderen auch öffentlich sichtbar gemacht und diskutiert wurde. Arbeitskämpfe erzeugten weit mehr Aufmerksamkeit als die Kämpfe um Rechte oder gar Befreiung von Frauen, Nichtangehörigen des jeweiligen Staates oder sog. Minderjährigen. Daraus entwickelte sich eine einseitige Wahrnehmung von Herrschaftsverhältnissen. Der Kapitalismus bzw. noch enger das Kapitalverhältnis, also die Akkumulation von Kapital (Land, Rohstoffe, Maschinen, Geld) bei wenigen und ökonomische Abhängigkeit bei vielen, wurden als zentrale Unterdrückungsformen beschrieben. Würden sie überwunden, entstünde umfassende menschliche Befreiung. Die wichtigsten Werke dieser Debatte finden sich bei Marx/Engels sowie in den Schriften damals lebender TheoretikerInnen des Anarchismus.

Kapitalismus als Hauptwiderspruch ist bis heute in marxistischen Kreisen gut verbreitet (siehe aktuelle Texte z.B. von Jürgen Elsässer in Konkret oder aus kommunistischen Parteien). Und er lebt neu auf in den staatstreuen Massenorganisationen der Neuzeit von Attac über marxistische, z.B. trotzkistische Gruppen, die mit der Reduzierung ihrer Kritik auf ökonomische Details nicht einmal mehr den Kapitalismus kritisieren, schon aber ihre politische Sicht auf die Kapitalverhältnisse reduzieren.³

Haupt-Widerspruch in Mode

Die Idee des Hauptwiderspruchs Kapitalismus war auffällig verkürzt. Ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse in Massen gab es erst seit wenigen Jahrzehnten – Herrschaft und Unter-

drückung war jedoch viel älter, Umweltzerstörung auch. Die Mobilisierung von Arbeitskraft in Massen brachte zwar einen erheblichen „Fortschritt“ gerichteter (also nicht individueller bis selbstbestimmter) Produktivkraft, jedoch hat der Kapitalismus Herrschaft nicht erfunden, sondern gewandelt bzw. erweitert. Das wiederum klagten zurecht andere Zusammenhänge ein. Es dauerte aber lange, bis sie massenwirksam wurden – z.B. die Frauenbewegung im Zuge der zunächst vollständig, dann weiter überwiegend männerdominierten und hauptwiderspruchsorientierten 68er-Bewegung. Antirassistische Projekte entstanden auf breiter Ebene noch später. Aufgrund ihrer ebenso verkürzten Analyse und Abgrenzung zur bisherigen Hauptrichtung politischer Arbeit, die im Kapitalismus den Hauptfeind sah, wurden in den neueren Zusammenhängen andere Themen zum Hauptwiderspruch. Nun war plötzlich das Patriarchat die Ausgangsform aller Herrschaft usw. – folglich mußte die Herrschaft der Männer als erstes abgebaut werden. Egal wie: Mit härteren Strafen, mehr Staat oder Armeen. Gegen den Rassismus war auch jedes Mittel recht – mehr Polizei, Knast usw. Letztlich waren es immer der Staat und dessen personalen Herrschaftslogiken, die als große Hoffnung am Himmel linker (Nicht-)Visionen zu sehen waren ... als wäre der Staat nicht ständig Täter und Hauptteil von institutioneller Herrschaft.

Vorläufige Einigung: „triple oppression“

Zwischen den AnhängerInnen der verschiedenen Richtungen tobte der Streit – bis ein Teil eine vorläufige Einigung fand. Die drei Haupt-Widersprüche, die bis zu diesem Zeitpunkt „erfunden“ waren, wurden einfach alle drei als gültig anerkannt. Sie bestanden so nebeneinander her und wer von zwei oder gar drei dieser betroffen war (arme, dunkelhäutige Frau) hatte es am schlechtesten. Das war einfach. Die psychiatrisierten Menschen, Kinder und Jugendliche und andere Unterdrückungsverhältnisse blieben außen vor – für sie gab es in der „Linken“ keine Lobby, z.T. nicht einmal ein Fremdwort!

Insofern war die „triple oppression“ eher ein Bündnis als eine Herrschaftsanalyse. Typisch dafür waren die Organisierungsversuche Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, z.B. das Bundestreffen von Basisgruppen und Einzelpersonen, die sich im Gründungsprozeß der Ökologischen Linken abtrennten, weil sie keine Partei wollten. Triple oppression ist auch heute noch für viele altlinke Zusammenhänge Stand der Dinge. Auffällig ist dort das komplette Desinteresse an weiteren Unterdrückungsformen und Unterdrückten.

Neue Kritik und „unity of oppression“

Die Kritik an der plumpen Summierung kam dann aus unvorhergesehener Ecke. TierrechtlerInnen machten sich über die verkürzte Herrschaftstheorie her, übersahen weiter Kinder, Psychiatrisierte usw. und entdeckten die Tiere als unterdrückte Gruppe. Speziesismus nannte sie ihre Theorie der Unterdrückung von nichtmenschlichen Arten, „unity of oppression“ die neue wirre Analyse von Herrschaftsverhältnissen. Die Kritik an der Ausbeutung von Tieren ist wichtig und in jedem Fall zulässig als gesellschaftlicher Kampf, die Herrschaftsmechanismen jedoch sind grundsätzlich nicht vergleichbar – schließlich geht es bei der Unterdrückung von Menschen um eine Zurichtung auf Rollen innerhalb einer Gesellschaft, die als herrschaftsfreie Alternative aus „Freien Kooperationen“ bzw. „Freien Vereinbarungen“ der Menschen bestehen könnte. Hunde, Katzen, Kühe und Nashornkäfer werden dagegen niemals an dieser Debatte teilnehmen. Daher ist die Herrschaft über Tiere zwar da, aber eine grundsätzlich andere – eine „unity of oppression“ vermenschlichte somit die Tiere (oder machte Menschen zu Tieren). Biologismus war in Tierrechtskreisen folgerichtig lange Zeit sehr prägend und wird auch heute noch von wichtigen TheoretikerInnen vertreten (z.B. im

deutschsprachigen Raum von Helmut F. Kaplan in verschiedenen Büchern und der „tierbefreiung aktuell“).⁴

Neu seit 2001: Der vierte Vorschlag für den Haupt-Widerspruch

Während zunehmend grundlegendere Herrschaftsanalysen erschienen, erfand eine recht neu entstandene Gruppe einen neuen Hauptwiderspruch, der als Unterdrückungsform bekannt und sich als besonderer Schrecken durch die Geschichte zog: Antisemitismus. Hauptwiderspruch war der noch nie und es bedurfte auch etlicher Verrenkungen, bis die nach dem 11. September 2001 schlagartig wachsende Gruppe frustrierter Alt-Antifas und ihrem Umfeld eine Theorie entwickelte, die sogar ausreichte, um weltweit Kriege, Vertreibung, Grenzabschottungen usw. zu begründen. Alles wurde plötzlich auf den Judenhaß reduziert, der von den sog. „Antideutschen“ in allem gefunden wurde, was sich regte. Wer Fensterscheiben von Banken klirren ließ oder vegan leben wollte – alles waren Antisemiten, weil ihre Angriffsziele Symbole des Judentums waren, direkt oder indirekt. Und Deutschland war die schlimmste Nation (was aus anderen Gründen durchaus zutreffen mag), weil es den AmerikanerInnen (gemeint war die US-Regierung, aber Differenzierung paßt nicht zur Hauptwiderspruchslogik) nicht komplett loyal zur Seite stand, sondern angeblich darauf spekulierte, zusammen mit den arabischen Ländern die Weltherrschaft zu erobern, die USA zurückzudrängen und Israel zu vernichten (Belege für diese Thesen fehlten erwartungsgemäß immer, umso militaristischer war der Tonfall).

Daß Antisemitismus dauerhaft und überall vorkommt, ist unbestritten, aber als alleiniger Erklärungsansatz für Herrschaftsverhältnisse taugt er auch nicht.⁵ Vielmehr fördert diese Verengung absurde Überlegungen hinsichtlich von Befreiung. Antideutsche KommunistInnen sehen visionäre Gesellschaft dort, wo AntisemitInnen mit allen Mitteln bekämpft werden – am besten mit dem Militär. Der autoritäre, militaristische Ministerpräsident von Israel, Ariel Sharon,⁶ wird dann zum Vorkämpfer für den weltweiten Kommunismus, der Staat wird zur „Emanzipationsgewalt“ (siehe Kap. 4.7).

Das klappt alles nicht: Diskursive Herrschaft

Alle Hauptwiderspruchsanalysen einschließlich derer, die mehrere summarisch verknüpften, hingen stark an institutionalisierter Herrschaft bzw. an festen normativen Prägungen in den Köpfen. Einige Theorien überwand die Trennung in Herrschende und Beherrschte – immerhin ein erster Schritt. „Hitlers willige Vollstrecker“ oder die patriarchalen Verhältnisse in allen Winkeln der Gesellschaft sind Beispiele. Herrschaft wird zwar auch (und oft besonders massenwirksam) von institutionalisierter Macht hergestellt (Bildungseinrichtungen, Justiz, Armeen, Behörden, Polizei usw.), aber sie lebt auch ohne diese fort. Moderne Herrschaftssysteme, allen voran die „Demokratie“, leben sehr stark von dieser diskursiven Herrschaft, die die institutionalisierte Form nur noch als Drohung und Potential im Hintergrund sowie im Versagensfall braucht. Daß Menschen glauben, arbeiten gehen zu müssen und sich darauf ächzend Jahrzehnte vorbereiten, bedarf kaum noch direkter Sanktionen. Die Diskriminierungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern und Nationalitäten, zwischen Menschen verschiedenen Alters oder mit sog. Behinderungen – all daß bedarf keinem direkten Herrschaftsdurchgriff mehr. Schon überhaupt die Annahme, daß es Geschlechter, Rassen, Nationen, normal und unnormal gibt, ist diskursive Herrschaft, schafft Kategorien, die in den Köpfen weiterleben und von Mensch zu Mensch weitergeben werden. Das Leben wird durch und durch normiert und standardisiert, eine direkte Kontrolle dann immer öfter überflüssig.⁷

Aktuelle Herrschaftstheorien I: Die Aliens ...

Wie kann mensch diese diskursive Herrschaft begreifen, anschaulich machen? Christoph Spehr hat einen metaphorreichen, fast poetischen Versuch gemacht mit dem Buch „Die Aliens sind unter uns“.

Rund um das Buch lief und läuft eine Debatte um Utopien, u.a. mit den Kongressen „Out of this world“, angereichert immer wieder mit Bildern aus Science Fiction – so wie sich der Kreis der Diskutierenden „FreundInnen des Maquis“ nennt (Maquis, franz. der Busch, ist nicht nur ein Begriff aus dem französischen Widerstand, sondern auch die anarchistische „Zone“ in Star Trek). Wie kann die Befreiung der Menschen und Gleichberechtigung tatsächlich aussehen? Wie gesellschaftliche Organisation stattfinden? Wichtig ist die Spehr'sche Idee der Freien Kooperation, dem wichtigsten Baustein einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Herrschaftsfreie Beziehungen zwischen Menschen können nur entstehen, wenn der Preis der Menschen, diese einzugehen oder wieder zu verlassen, gleich hoch ist. Gleichberechtigung bedarf also gleicher Möglichkeiten – ein wichtiger Beitrag zur Debatte über Utopien und ihre Bausteine, die bereits heute Schritte ermöglichen.⁸

Das Bild der Aliens benutzt Spehr, um ein Bild zu schaffen der diskursiven Herrschaftsverhältnisse – sie sind nicht an konkrete Einzelmenschen verbunden, sondern können alle „befallen“, wie eine Krankheit oder eben das Bild eines Alien-Codes, der in die Menschen gelang und sie steuert. Doch, um bei dem Bild zu bleiben: Die Aliens sind schlau – sie verliehen in Form von PDS-FunktionärInnen Spehr den Rosa-Luxemburg-Preis für seine Arbeit „Gleicher als andere“, das zweite wichtige Werk dieser Debatte. Seitdem vermehren sie sich. Der Kongreß „Out of this world“ wurde zunächst unterstützt von der PDS-Stiftung, am Ende war er ihre Veranstaltung, während Spehr und Umfeld selbst zu FunktionärInnen im Bremer Landesverband wurden.⁹ Hinzu kommt, daß Spehr die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Freien Kooperationen nur sehr vereinfacht und oberflächlich diskutiert. Die Gefahren von Kontrollstrukturen als Ausgangspunkt von Herrschaft und daraus folgende Konkurrenz statt Kooperation thematisiert er kaum.

Theorie II: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen

Im Jahr 1999, mitten im Gewühl um den Widerstand gegen die geplante Zukunftsshow Expo 2000 (die dann doch als billige Unterhaltungsschau endete, was auch dem Widerstand die Flügel nahm), fand sich die Gruppe Gegenbilder zusammen – drei Menschen aus marxistischem und anarchistischem Umfeld. Ihr Ziel war ein Buch mit Herrschaftskritik und Entwürfen für herrschaftsfreie Formen von Gesellschaft – was auch im Sommer 2002 erschien. Dort wird Herrschaft als komplexes Gebilde beschrieben mit direkten, ökonomischen und diskursiven Formen.

Grundidee einer herrschaftsfreien Zukunft ist der Begriff der Freien Menschen (die also nicht unter dem Zwang zur eigenen Verwertung, zur Unterwerfung oder erzwungenen Kooperation stehen – ähnlich wie bei C. Spehr) und Freien Vereinbarungen, also einem Geflecht von Verabredungen, die nicht institutionalisiert sind, sondern immer wieder neu geschlossen, weiterentwickelt usw. werden, allerdings nicht formal, sondern als dauernder, nicht endender Prozeß. Es gelingt auch in größerem Rahmen, was auf Akzeptanz und ausreichende Unterstützung stößt – wie genau, ist noch ein weißer Fleck im Entwurf.

Der Text des Kapitels 2 dieses Buches stammt überwiegend aus der Debatte um „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“. Sie läuft weiter, ab Anfang November 2002 in einer zweiten intensiven Phase.¹⁰

Mehr aktuelle Theorien: Herrschaft ausmachen, Anti-Macht & Co.

Neben den beiden beschriebenen Werken erschienen weitere Texte, die lohnenswert sind. Sie nahmen andere Blickwinkel ein, arbeiteten fehlende Aspekte auf usw. Zu ihnen gehören die Debatte um „Freie Gesellschaft“ aus der Oekonux-Diskussion, wo vor allem Frage der gesamtgesellschaftlichen Organisation im Mittelpunkt stehen¹¹, der Text „Herrschaft ausmachen“ der Göttinger Gruppe schöner leben, die Überlegungen zu gesellschaftlich übergreifenden Vereinbarungen von Stefan Meretz oder Diskussionsbeiträge im Philosophenstübchen von Annette Schlemm. Einige Auszüge finden sich im Kap. 2.5.

International erschienen Texte wie die „Zehn Thesen über Anti-Macht“ von John Holloway¹² und das Buch „Empire“. Die Debatte lief also Anfang des 3. Jahrtausends in verschiedenen Kreisen. Die politische Praxis aber hatte den Bezug dazu fast überall verloren – ebenso wie die dabei eingebrachten Positionen.

Am verbreitetsten: Herrschaft – interessiert mich nicht ...

Große Teile politischer Bewegung setzen sich mit der Frage nach Herrschaft wenig oder gar nicht auseinander. Sie reduzieren ihre Forderungen auf Ableitungen aus den entstehenden Problemen und Widersprüchen der aktuellen Politik. Ihre Vorschläge dienen dem besseren Management des Bestehenden, der Reaktion auf den unmittelbar erlebten Mißstand ohne Blick auf die dahinterstehenden Verhältnisse. Doch die Auseinandersetzung mit Herrschaft wäre von zentraler Bedeutung. Ohne ein Verständnis von Herrschafts- und Verwertungslogiken hat emanzipatorische Politik keine strategische Grundlage. Und ohne eine Vision herrschaftsfreier Gesellschaft haben die Vorschläge und Forderungen kein Ziel über das Abfedern momentaner Mißstände hinaus. Wie sich solche Vorschläge dann insgesamt auswirken, bleibt offen und wird nicht näher analysiert. Solch eine Politik ist wie eine Fahne im Wind – sie bewegt sich, wenn es stürmt, und in die Richtung, wie der Wind bläst.

Aus der fehlenden oder falschen Analyse ergeben sich folgerichtig Strategien, die Herrschaft nicht aufheben, sondern nutzen. Das ist im Sinne derer, die Herrschaft nicht als umfassenden Mechanismus begreifen, sondern sie für teilbar halten, konsequent: Das Teilproblem läßt sich scheinbar dann pragmatisch lösen, wenn die handlungsfähigsten Teile von Gesellschaft (z.Zt. der Staat und die Konzerne) sowie ihre Durchsetzungsorgane (Militär, Polizei, Ämter, Bildungseinrichtungen, Justiz usw.) das Problem angehen.

b. Die Menschen als VerursacherInnen

In vielen gesellschaftlichen Theorien gilt der Mensch als Ausgangspunkt und Ursache dessen, was politisch verändert werden soll. Werden Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet, bleibt unhinterfragt, woher das Verhalten von Menschen kommt. Umweltzerstörung, Unterdrückung, Diskriminierung, Gewalt – all das sind dann „Fehler“ der Menschen, die einer Korrektur bedürfen. Korrigierendes Subjekt kann dann nur eine Herrschaftsstruktur sein, weil sie am effizientesten beeinflussen, im Zweifel sogar Zwang ausüben kann. So entstehen Vorschläge wie:

- Härtere Strafen für UmweltzerstörerInnen, GewalttäterInnen usw.
- Mehr Kontrolle und Überwachung.
- Mehr und härtere Gesetze, Sorge um das sog. „Vollzugsdefizit“.¹³
- Förderung des gewünschten Verhaltens durch Zuschüsse.
- Anbiedern beim Staat, um mit diesem zusammen tätig zu werden
- Krieg, internationale Zwangsmittel und Staatsgerichtshöfe, Weltpolizei usw.

Bevölkerungs„explosion“

Die Steigerung der Idee vom Verursacher Mensch ist die Debatte um die Bevölkerungsdichte. Während diese in den Industrienationen schon vor etlichen Jahrzehnten einen sehr hohen Stand erreicht hat und diese dicht besiedelten Länder besonders auffällig z.B. Umwelt zerstören und Ressourcen verschwenden, wird als Schreckensszenario immer die Bevölkerungssteigerung in den armen Ländern thematisiert. Bilder mit Menschenmassen bestimmen das Denken – aufgenommen nie in den westlichen Metropolen, sondern dort, wo die Länder eher dünn besiedelt sind. Vor allem Afrika, der am dünnsten besiedelte Kontinent, steht im Kreuzfeuer der Bevölkerungsdebatte. Dabei soll nicht in Frage gestellt werden, daß die Einschränkung der Selbstbestimmung der Frauen in diesen Ländern diese oft auf ihre Funktion als Gebärende und Mutter reduziert. Emanzipation dient in vielen Kreisen aber eher als Deckmantel zur Kontrolle von Frauen und dient damit genau nicht der Selbstbestimmung.

Bevölkerungspolitik ist ein Herrschaftsmittel. Sie gibt vor, der Menschheit und der Umwelt zu dienen, schafft aber tatsächlich einen Diskurs um überzählige Menschen und damit auch über unwerte Teile der Menschen auf dieser Erde. Es ist kein Wunder, daß die Debatte aus den reichen Ländern kommt, die auch über die Bevölkerungs- und ausgeweitete Biopolitik¹⁴ den eigenen Machtanspruch neu festigen will.

Die Gefahr des Bevölkerungswachstums ist weitgehend erfunden. Die Nahrungsmittelmengen auf der Erde reichen bereits heute für die doppelte Anzahl von Menschen. Ein exponentielles Wachstum der Bevölkerung findet nicht statt, der Begriff „Bevölkerungsexplosion“ ist eine Lüge. Die Zuwachskurve flacht ab. Probleme entstehen nicht aufgrund der Menge von Menschen, sondern aufgrund des Zugangs zu Land und Ressourcen sowie aufgrund der Verteilung von Macht und Produkten. Mangel aufgrund von hoher Bevölkerungsdichte entsteht in den Metropolen, in Flüchtlingslagern usw. – daß dort Menschen hinkommen, ist aber eine Folge von Umweltzerstörung, Krieg, Vertreibung, Enteignung usw., nicht der Zunahme von Menschen.

Im Original: Erste Sätze im Leitartikel „Die Welt wird eng und einfältig“ der Umwelt-kommunalen-ökologischen Briefe Nr. 21/01 (S. 1)

Die rasche Vermehrung der Weltbevölkerung trägt ihr Scherflein zur Minderung der Biodiversität bei. Daran zweifeln Wissenschaftler heute nicht mehr.

c. Die Schwäche der Praxis

Nur wenige der Herrschaftsanalysen beinhalten Vorschläge für eine Praxis ausgehend im Hier und Jetzt. Darum sind viele doch beliebt – aber nur als theoretische Kost, denn sie haben nichts mit der eigenen Realität zu tun. Herrschaftsverhältnisse innerhalb politischer Bewegung, die Akzeptanz von Normen und Institutionen sowie die Abneigung gegenüber visionären Positionen sind weit verbreitet. Stattdessen heißt es herrschaftsförmig und staatsorientiert: „Nazis raus!“ oder „Wirtschaft stärker kontrollieren!“ Änderungen: Fehlanzeige. Oder zumindest fast. Es sind sehr kleine Kreise, die Aktionsformen entwickeln, die sich gegen Herrschaft richten, zumindest diese immer auch mitdiskutieren oder Visionen sichtbar machen wollen.

International hab es die Diskussion um herrschaftsabbauende Aktion u.a. im Zusammenhang mit dem Aufstand der Zapatistas, die nicht die Macht erobern, sondern autonome Räume schaffen wollten. Dieses Konzept wurde von herrschaftsorientierten, vor allem marxisti-

schen Gruppen in den Industrieländern sogar kritisiert, während sich die staatsnahen NGOs wenig um diesen Aufstand kümmerten. Als weltweites Netzwerk entstand auf den Ideen der Zapatistas die Peoples Global Action (Internet: www.agp.org).

In Deutschland war die Debatte um emanzipatorische Politik und Praxis sehr mühselig. Viele Ansätze innerhalb der verschiedenen thematischen Bewegungen wurden ignoriert oder sogar ausgegrenzt. „Abwicklung des Nordens statt Entwicklung des Südens“ war ein Denkanstoß aus Teilen der BUKO, der aber nur wenig praktische Folgen hatte. Auch in der BUKO dominieren heute sanfte Töne zu Staat und Herrschaft, viele Personen sind DoppelfunktionärInnen mit dem NGO Attac. Die Idee „Umweltschutz von unten“ verband ab 1998 Ökologie und Selbstbestimmung. In der Breite der Umweltgruppen kam sie nicht an – die Umweltverbände ignorierten sie ganz oder bekämpften sie sogar.¹⁵ Mit dem Widerstand gegen die Expo 2000 scheiterte schließlich ein größerer Versuch, emanzipatorisch-widerständige Politik handlungsfähig zu gestalten. Übrig blieb ein kleiner Kreis, der ab Ende des Jahres 2000 eine kontinuierliche Diskussionsplattform zu direkter Aktion, kreativem Widerstand, visionärer Debatte und Praxis, Selbstorganisierung und Herrschaftsabbau in Alltag und Politik schuf: Hoppetosse – das Netzwerk für kreativen Widerstand. Es ist Ort für Austausch und Strategieentwicklung, agiert aber niemals selbst (Internet: www.hoppetosse.net). Bis 2002 blieb es klein und nur wenig handlungsfähig. Die meisten der Beteiligten waren auch in ihren Regionen AußenseiterInnen zwischen dominanzdurchdrungenen politischen Gruppen mit ihrer Orientierung an Tagespolitik und Ein-Punkte-Fragen.

Quellen zu 4.4

- 1 Basis dieses Textes ist der Artikel „Es geht um mehr als die Frage, wer regiert ...“ aus der Anti-Wahl-Zeitung „Macht nix!“ (Juli 2002, siehe www.wahlquark.de.vu mit allen Texten online und Bezugsmöglichkeiten).
- 2 Wer genau diese „Bösen“ sind, ist umstritten. Besonders verbreitet ist die Theorie, daß es sich um die KapitalistInnen handelt – allerdings fällt meist schon die Abgrenzung schwer: Ist der Abteilungsleiterin von Siemens oder der Chef von DaimlerChrysler nun AngestellteR und daher eher ArbeiterIn oder doch KapitalistIn? Und was ist mit der VW-Arbeiterin, die Infineon-Aktien gekauft hat? Oder dem Öko-Aktivist, der an einer Windenergieanlage beteiligt ist?
- 3 Kein Wunder, daß die meisten MarxistInnen Attac lieben ... sie passen sich beide dem Emblem von Attac (Prozentzeichen) an: Politische Analyse – jetzt noch mehr reduziert!
- 4 Umfangreiche Informationen dazu finden sich im Kapitel „Rechte Ökologie“ des Band 1 dieser Buchreihe „Reich oder rechts?“. Zitatesammlungen gibt es unter www.projektwerkstatt.de/caes/tierrechte.html.
- 5 Antideutsche im Internet: www.antideutsch.de, www.bahamas-redaktion.de, www.copyriot.com/sinistra. Antisemitismus in linken Gruppen: www.projektwerkstatt.de/debatte/antisemi.html, www.antisemitismusstreit.tk.
- 6 Daß es auch in Israel selbst massiven Widerstand gegen Sharon gibt, verschweigen die meisten Antideutschen regelmäßig ebenso wie die Unterstützung Sharons durch religiös-fundamentalistische oder faschistische Gruppen.
- 7 Es gibt viele Begriffe und Namen hinter der Debatte um diskursive Herrschaft und Konstruktion. Grundlegend waren die Werke des französischen Philosophen Michel Foucault, die Gender-Debatte und Theorien z.B. von Judith Butler, das Ringen um eine Dekonstruktion der Geschlechter sowie die politische Praxis des Queer, der offensiven Vermeidung eindeutiger Geschlechtszuordnung. Pink-Silver ist ein daraus entstandenes Aktionskonzept, das inzwischen auf Aktionstagen und Demonstrationen immer wieder auftaucht.
- 8 Weiterlesen in: C. Spehr, 2000: „Die Aliens sind unter uns“ (Siedler-Verlag) und „Gleicher als andere“ (Download über www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/Preis.pdf). Internetseite des Kongresses: www.outofthisworld.de.
- 9 Auch der Siedler-Verlag ist nicht ohne – Kontakte zu rechten Kreisen sind unüberschaubar.
- 10 Mehr: Gruppe Gegenbilder, 2000: „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ (für 10 Euro über die Projektwerkstatt zu beziehen, Bestellung u.a. über www.projektwerkstatt.de/materialien). Diskussionsforen www.opentheory.org/gegenbilder (allgemein) und .../buchprojekt (zweite Phase ab Nov. 2002 geplant mit einem Workshop auf dem Ökonu-Kongress). Übersicht der Debatten: www.projektwerkstatt.de/herrschaft.
- 11 Das fehlt in den meisten anderen konkreten Utopien und schließt daher eine Lücke. Mehr unter www.oekonux.de, Auszüge im Kap. 2.5.
- 12 Viele der Texte sind über www.projektwerkstatt.de/herrschaft verlinkt.
- 13 Vollzugsdefizit bedeutet, daß vorhandene Gesetze und Verordnungen nicht ausreichend umgesetzt werden.

- 14 Politik der umfassenden Kontrolle von Menschen – Körper und Denkvermögen werden umfassend reguliert bis hin zur Debatte um unwertes Leben, Verwertung von Körper, Körperteilen und Genen.
- 15 Im Jahr 2000 startete das Projekt „Ökostrom von unten“ als Versuch, in die Debatte um die Energiewende einzugreifen und neben ökologischen Aspekten auch die Machtfrage zu stellen. Es ging um Energieversorgungsanlagen im Gemeinschaftsbesitz – dezentral und direkt (statt einer Vermarktung der Energie). Trotz intensiver Bemühungen gelang es nicht, diese Aktion populär zu machen. Stromfirmen und Energie-lobbyverbände schwiegen das Projekt ebenso tot wie die Umweltverbände. Innerhalb von Anti-Atom-Gruppen wurde die Idee mehrfach als zu kompliziert bezeichnet, interessierte Aktive beteiligten sich an der Werbung für den zentral vermarkteten Ökostrom. Die Herrschaftsfrage interessierte niemanden (siehe unter <http://move.to/ökostrom>).

4.5 Das Konzept „NGO“

Der Begriff „NGO“ (Non-governmental organization, deutsch NRO=Nicht-Regierungsorganisation) wurde im Zuge der Rio-Konferenz 1992 geprägt und schuf einen verbindenden Begriff für alle Organisationen, die nicht an der Regierung selbst beteiligt sind, aber dort bestimmte Interessen vertreten, vor allem aber Regierungen als Zielgruppe empfinden (Lobbyarbeit) und sich dementsprechend organisieren, um diese zu erreichen. Dazu gehören Umweltverbände, die Gewerkschaften, Kirchen, Firmen und deren Zusammenschlüsse sowie viele mehr. Die Schaffung des Begriffes NGO ist weniger eine Bezeichnung für einen Organisationstyp, sondern vor allem eine Denklogik.

Um das Prinzip und die Wirkung der NGO-Arbeit zu verstehen, muss klar sein, dass „NGO“ eine Handlungsstrategie bedeutet. Sie kann Organisationen ganz prägen oder auch nur teilweise. Es gibt etliche Verbände, die auch, aber nicht nur NGO sind, zum Beispiel Massenverbände wie der BUND, Greenpeace, Eine-Welt-Organisationen oder Jugendverbände, die einen NGO-Stil vor allem in ihren Spitzenstrukturen praktizieren, innerhalb derer es aber auch direkte Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und Basisbewegung gibt. Einige moderne Lobbyverbände konzentrieren sich ausschließlich auf den NGO-Stil und verfügen über keinerlei Basis und demokratische Legitimation. Dazu zählen WEED und Germanwatch. Auch der erst Ende der 90er gegründete Verein Share sollte so agieren, doch die Strategie erweiterte sich dort und Attac entstand. Der NGO-Arbeit fehlt grundsätzlich die demokratische Legitimation, denn auch wenn sie als Teilbereich in größeren Verbänden stattfindet, zieht sie sich als intransparente Angelegenheit von Hauptamtlichen-Apparaten meiste der innerverbandlichen Debatte.

Mit der Kritik am NGO-Stil sind folglich nicht die Verbände und Gruppen als solches, sondern eine bestimmte Strategie gemeint. Welchen Umfang NGO-Arbeit innerhalb dieser Organisationen jeweils hat, ist höchst unterschiedlich – allerdings ist er in den letzten Jahren erheblich angewachsen und hat die zentralen Führungsgremien und -apparate fast vollständig erfaßt. Andere Strategien wurden zurückgefahren – z.B. sichtbar in der Personalpolitik der großen Verbände, die kaum noch Menschen mit Erfahrungen aus der Basisarbeit eingestellt haben, sondern Lobbyarbeits- und Marketingprofis. Die Kritik an den NGO-Strategien von Organisationen bedeutet auch eine an den Strategien und Strukturen von Organisationen und den dort handelnden Personen, soweit sie dafür verantwortlich sind oder kritisch zusehen.

Im Original: Auszug aus Joachim Hirsch, 2001: „Des Staates neue Kleider“, in: Ulrich Brand u.a., Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westfälisches Dampfboot in Münster (S. 15f)

Nach Wahl (...) sind unter NGO freiwillige Zusammenschlüsse zu verstehen, die staats- und parteiunabhängig, nicht an wirtschaftlichen Gewinn und auch nicht an den Eigeninteressen ihrer Mitglieder orientiert sowie weder ethnisch, noch national, religiös oder geschlechtsspezifisch exklusiv sind. Dies ist freilich zunächst einmal eine eher normative und selbstbeschreibende Konstruktion, die in der Realität kaum volle Entsprechungen finden dürfte. ...

NGO sind in der Regel eben nicht nur idealistische Sachwalter wie auch immer definierter Menschheitsinteressen sondern notwendigerweise auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Kalkülen arbeitende „Moral“-Unternehmen.

Auszüge aus Elmar Altvater u.a., 1997: „Vernetzt und verstrickt“, Westfälisches Dampfboot, Münster (S. 13, 15 und 25)

NGOs dürfen in „Sandkästen“ spielen, wie Jens Martens (WEED) meint. Ihre Expertise ist allenfalls im Rahmen der Institutionen der „global governance“ gefragt, um umwelt- und sozialpolitisch Porzellan zu kleben, das die Finanz- und Wirtschaftspolitik zerschlagen. ... Die alten und neuen sozialen Bewegungen sind demnach weder in Deutschland noch in anderen Ländern von der Bildfläche verschwunden, um

„den“ NGOs Platz zu machen. Wenn sie alle sich der neuen Typologisierung unterzuordnen hatten, dann schlicht aus politisch pragmatischen Gründen. Nur so konnte von den Segnungen des NGO-Booms in Form von Spenden und Staatsgeldern, medialer, öffentlicher und auch wissenschaftlicher Aufmerksamkeit oder internationaler Anerkennung und Reputation profitiert werden. ...

Die „Zeit der Unschuld“ (Die Zeit vom 6.9.96) ist jedenfalls für die NGOs vorbei. Die Entwicklung eigenständiger Initiativen einer autonomen, regierungsunabhängigen Vernetzung scheint unabdingbar für eine langfristige Perspektive. Andernfalls würden NGOs eine gesellschaftliche Produktivkraft in der „Netzwerkgesellschaft“ sein (oder werden) und allenfalls einen Beitrag zur Symptombehandlung der typischen Schäden von Industriegesellschaften in der Umwelt oder im sozialen Bereich leisten. Ihr Status würde zu dem von zivilgesellschaftlichen Akzeptanzbeschaffern für das Entwicklungsmodell degenerieren, das zu ersetzen oder zu korrigieren NGOs (und neue soziale Bewegungen) ursprünglich angetreten sind.

Auszug aus Heike Walk/Achim Brunnengräber, „Ende der Supernova NGOs?“ in: Ökologisches Wirtschaften Spezial 3-4/2002 (S. 12)

NGOs haben sich in der Vergangenheit zwar geschickt in Szene gesetzt und dadurch mediale Zustimmung und offizielle Aufmerksamkeit gewonnen. Einen stärkeren Einfluss, der über die abrufbare Beraterrolle hinausgeht, konnten sie sich aber nicht erkämpfen.

Auszug aus Roland Roth, „NGO und transnationale soziale Bewegungen ..“, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 53)

NGO agieren ... als eine hierarchische nationale und internationale professionelle Elite mit bezahltem Personal, orientiert an konsultativen Prozessen mit nationalen Regierungsinstitutionen und internationalen Organisationen weit abgehoben von lokalen und regionalen Solidaritätsinitiativen, die zumeist auf ehrenamtlicher und freiwilliger Basis arbeiten und weniger als 10 Prozent ihrer finanziellen Mittel vom Staat erhalten. Es gibt also eine starke Tendenz in Richtung separierter Welten. Üblicherweise hat die NGO-Elite ihre lokalen Wurzeln, soweit sie überhaupt vorhanden waren, gekappt und ist wenig interessiert an der Transparenz des Informations- und Verhandlungsgeschehens, zu dem ihre Repräsentanten Zugang haben.

Auszug aus Alex Demirovic, „NGO, Staat und Zivilgesellschaft“, in: Ulrich Brand u.a., 2001, Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 142ff)

NGO stellen gewissermaßen eine Parallele zur Entwicklung von grünen Parteien dar. Im letzteren Fall professionalisieren sich politische Aktivisten, indem sie zu beruflichen Parteipolitikern und Parlamentariern werden. In einem kleinen Segment der sozialen Bewegungen, vor allem dem Umweltbereich, professionalisieren sich Bewegungsaktivisten, indem sie Nichtregierungsorganisationen gründen. Eine vergleichbare Entwicklung gibt es auch im Bereich der internationalistischen Solidaritätsbewegung. Durch die vor allem von der Sozialdemokratie mit dem Brundtland-Report vorangetriebene Diskussion über nachhaltige Entwicklung und die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden beide politischen Stränge Ende der achtziger und frühen neunziger Jahre eng miteinander verknüpft. Mehr als in anderen erlangten NGO in diesen beiden Bereichen die Anerkennung durch zwischenstaatliche Organisationen und durch nationale Regierungen. Einzelne Staatsapparate und Stiftungen unterstützen NGO direkt finanziell und indirekt durch Steuererleichterungen sowie durch Kooptation in den politischen Beratungsprozess. ... im Zusammenspiel mit den Medien reduzieren einige der von diesen aufgewerteten NGO die Komplexität weltgesellschaftlicher Zusammenhänge auf wenige und scheinbar unmittelbarer politischer Praxis zugängliche Themen, Personen oder Verhandlungsarenen.

a. Was ist NGO-mäßiges Handeln?

Auch wenn sie Nicht-Regierungsorganisationen heißen – die Strategie des Handelns als NGO ist auf die Regierungsstrukturen bezogen. NGOs machen ihre Strategien genau an den durch die offiziellen Strukturen vorgegebenen Möglichkeiten fest. Sie sind damit strategisch abhängig. NGO bedeutet das Gegenteil von selbstorganisiert, spontan, kreativ oder autonom.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, das eigene Handeln an den Vorgaben durch Regierungen sowie anderen Machtmechanismen (Markt, Konzerne usw.) auszurichten. Die wichtigsten seien im folgenden genannt. Es können je nach NGO mehrere oder alle gleichzeitig zutreffen – das ist sogar eher der Normalfall.

Strukturen passend zu offiziellen Machtstrukturen

NGO-Arbeit bedeutet, die eigenen Ziele auf den gleichen Ebenen wie Regierungen und andere Machtstrukturen (Konzerne, Institutionen) zu verfolgen und für die eigene Aktivität neben der dauernden Lobbyarbeit vor allem die Anlässe und Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen, die von Seiten der Regierenden vorgegeben werden. NGOs haben dazu ihre hauptamtlichen Strukturen in den letzten Jahren stark verändert. Gefördert werden (außer zur Geldbeschaffung) kaum noch eigene Handlungsfelder, sondern die Lobbyarbeit, die dauernde Mitwirkung in Gremien, die direkten Kontakte zu Machtgremien und die dauernde Präsenz an den Orten der Machtausübung.

Zum einen haben die Massenverbände wie BUND, NABU oder BBU ihre Vorstands- und Bürostrukturen so umgebaut, daß nun vor allem Lobbyarbeit geschieht. Die verbandsinterne Arbeit, z.B. die Unterstützung von Basisstrukturen, ist weitgehend zurückgegangen oder findet gar nicht mehr statt (so verfügt der Ex-Basisgruppenverband BBU heute nicht einmal mehr über einen regelmäßigen Rundbrief zu seinen Basisgruppen, stattdessen verbringen die SpitzenfunktionärInnen immer mehr Zeit in Regierungsgremien).

Zum anderen sind neue Institutionen entstanden, die von vorneherein nicht mehr über eine Basis oder eigene Handlungsstrukturen verfügen, sondern nur noch aus Büros und hauptamtlichen bestehen, die ausschließlich der Lobbyarbeit und Geldbeschaffung dienen (wobei das oft eng zusammenhängt).

ExpertInnenentum und Karrieredurchlässigkeit

SpitzenfunktionärInnen in den NGOs zeichnen sich nicht mehr durch Erfahrungen in der Mobilisierung und Durchführung von Aktionen oder fachliches Know-How, sondern durch taktische Fähigkeiten bei der Lobbyarbeit aus. Damit geht den NGOs das personelle Potential verloren, überhaupt noch anders agieren zu können als NGO-mäßig. Verbunden ist das mit einer wachsenden Karrieredurchlässigkeit. Staatliches Handeln sowie Management in Konzernen ist den Aufgabengebieten moderner NGOs sehr ähnlich. Die erworbenen Erfahrungen der handelnden Personen machen diese überall gut einsetzbar. Führende NGO-AktivistInnen sind in Konzernen und Staatsapparaten inzwischen sehr begehrt. Das gilt auch umgekehrt. Daher „springen“ viele NGOlerInnen zwischen den verschiedenen Managementebenen hin und her.¹ Ganz nebenbei dient das auch ihrer individuellen Karriere – was auch wieder dem NGO dient, denn das Erreichen der lobbyorientierten Verbandsziele wird dadurch wahrscheinlicher, daß immer mehr Personen mit direktem Kontakt zum NGO auf einflußreichen Posten in den Regierungsapparaten sitzen. NGO-FunktionärInnen bewerben sich um Leitungsposten in Gremien, rangeln um die Besetzung der Plätze in ihnen oder versuchen, selbst in Parlamente oder leitende Posten der Verwaltung vorzudringen. Um das zu erreichen, ist ihr Verhalten anbiedernd, denn mit aggressiven Aktionen und Positionen ist Karriere in Regierungsapparaten nicht machbar. Besonders beliebt sind dauerhafte Verflechtungen z.B. über Gremien und Projekte, die vom Staat oder Konzernen sowie den NGOs gemeinsam getragen werden.

Im Original: Auszug aus Christoph Spehr, 1996: „Die Ökofalle“, ProMedia, Wien (S. 125)

Wenn heute einige von einer neuen zukünftigen Elite aus „rationalen“ Unternehmen, VertreterInnen der ökologischen NGOs, „modernen“ Staatsbürokraten und multinationalen Konzernen sprechen, die sich die Führerschaft für weitere gesellschaftliche Entwicklung nehmen wird, dann ist das nicht falsch. Hier findet eine Integration und ein personeller Austausch statt, so wie in der ersten Jahrhunderthälfte die alte Herrschaftselite einzelne Repräsentanten der Sozialdemokratie akzeptierte, aufnahm und mit ihnen zusammenwuchs. Es ist, wie gesagt, eine Art neuer Offizierskaste, die hier entsteht. Effizient im Denken, sol-

datisch in der Organisation, launig im Kasino und meilenweit getrennt von den Erfahrungen und der Alltagspraxis normaler Menschen. Fähig zur Kritik und zum Widerspruch, wo es um die Verbesserung des kapitalistischen Projektes geht; und persönlich gar nicht mehr in der Lage, Alternativen dazu überhaupt zu denken.

Auszüge aus dem Rundbrief 2/1997 des Forum Umwelt&Entwicklung (S.12+18)

Die starke Ausrichtung des NRO-Handelns am offiziellen internationalen Konferenzgeschehen, dem von Seiten der einzelnen Regierungen bisher kaum konkrete Taten folgten, schlägt nun auf die NRO selbst zurück. Jetzt sitzen sie – mitgegangen, mitgefangen – in der Kooperationsfalle. Die vielgepriesene NGO-community gab dementsprechend in New York ein trauriges Bild ab. Die NRO waren „ein Schatten ihrer selbst, geschrumpft auf ein kleines Häufchen konferenzgehärteter Lobbyisten und ein noch kleineres Fähnlein kritischer Warner und Mahner“, so Uwe Hoering im Freitag von 4.7.97.

Auszug aus Ralf Fücks,² 1998: „Vom Umgang mit Wertekonflikten“, in: Evang. Akademie Loccum, 69/1998, Stiftungen und NGOs als Architekten des Wandels (S. 25ff)

Auch die Beziehung zu NGOs ist durchaus nicht konfliktfrei. Das hängt sehr stark mit unserer Rolle als Geldgeber zusammen. Wir können viel und voller Empathie über gleichberechtigte partnerschaftliche Beziehungen sprechen, aber es bleibt immer ein Gefälle, ein Machtgefälle, eine strukturelle Ungleichheit zwischen den Geldgebern und denen, die von dieser Finanzierung abhängig sind. ...

Die suchen die Kooperation mit NGOs innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik. Wir suchen sie im Rahmen der von uns definierten Ziele und Schwerpunkte. ...

... Rückfrage von Projektpartnern ... Arbeitet ihr nur noch mit einer ganz schmalen Elite von Partnerinnen aus dem Süden oder aus Europa zusammen, die sich auf einem bestimmten Niveau bewegen und entsprechende Qualifizierung haben? Da meldet sich die Sorge, ob mit einer solchen Ausrichtung nicht vielleicht doch am Ende nur kurzatmige internationale Konferenzdiplomatie gefördert wird, von Seminaren, Konferenzen, Meetings, bei denen man, wie Peter L. Berger sagte, nicht genau weiß, was die eigentlich für eine nachhaltige Wirkung haben gegenüber dieser eher basisorientierten Arbeit, die sich auf Aufbau von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Strukturen richtet.

Aktionsformen passend zum NGO-Stil

Aktionen widersprechen dem NGO-Stil nicht. Nur wenige allerdings haben das bisher verstanden und intelligent genutzt. Wichtig für NGOs ist, daß Aktionen keinen eigenständigen Charakter haben, sondern eingebettet sind in Lobbyarbeit und die gezielte Informationsarbeit. NGO-Stil bedeutet das Gegenteil von direkter Aktion. Alles ist darauf angelegt, die Mächtigen für sich zu gewinnen oder zu nutzen. Dafür ist nützlich, wenn Aktionen laufen, die die öffentliche Wahrnehmung des eigenen Themas verstärken und Druck so aufbauen, daß die eigene Verhandlungsposition verbessert wird.

- Kampagnen: Moderne NGOs zetteln Kampagnen an, um eine öffentliche Unterstützung für ihre Lobbyarbeit zu erreichen. Ein typisches Beispiel ist die Forderung nach einer „Tobin Tax“ durch Attac. Vielen Basisgruppen wurden Unterlagen zugesandt, sich an der Kampagne zu beteiligen. Die örtlichen Aktivitäten waren aber stark kanalisiert auf das Ziel von Attac, die Tobin Tax durchzusetzen (Unterschriftensammlungen usw.).
- Instrumentalisierung: Noch moderner ist, Aktionen anderer für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Diese Art der Arbeit ist erstmals durch den neuen NGO Attac und sein Umfeld großflächig angewendet worden. So sind für die Lobbyarbeit zur Tobin Tax die Proteste gegen EU- und G8-Gipfel (Brüssel, Genua usw.) umgedeutet worden. Bei Attac und in den Attac tragenden Medien wie FR, taz, Spiegel usw. sind solche Proteste als Demonstrationen für die Tobin Tax bezeichnet worden. Ein noch krasserer Beispiel waren die Proteste gegen die Klimakonferenz in Bonn im Sommer 2001. Die BefürworterInnen des neoliberalen Kyoto-Protokolls waren in der ersten Verhandlungswoche nie mit Aktionen auf der Straße sichtbar – jedoch etliche kritische Gruppen. In den Medien wurden Bilder und Berichte dieser Aktionen so verändert, daß sie als Aktionen für das Kyoto-Protokoll, gegen die US-Regierung und für die EU sowie die deutsche

Position umgedeutet wurden. Rücksprachen mit den JournalistInnen ergaben, daß das sehr bewußt geschah und allen Beteiligten klar war, daß das Fälschungen waren.³

Im Original: Auszug aus P.M., 2000: „Subcoma“, Paranoia City in Zürich (S. 49)

Wenn wir es ganz illusionslos betrachten, sind heute die militanten Demonstranten kaum mehr als nützliche Idioten der NGOs und dies wiederum nützliche Idioten des globalen Kapitals.

Aufbau von elitären Gremien

NGOs streben nicht nur nach Posten in Gremien, sondern kümmern sich auch selbst um den Aufbau neuer Gremien, in denen sie dann mit den Mächtigen zusammensitzen. Das reicht von der politischen Forderung nach besonderen Räten (Ökorat, Nachhaltigkeitsrat usw.) bis zu den massenhaft geschaffenen Gremien zur Agenda 21, in denen sich nicht etwa BürgerInnen engagieren, sondern vor allem die FunktionärInnen der NGOs – von Firmen bis zu Umweltverbänden. Diese Gremien schaffen eine neue Elite und definieren sich als Ergänzung der bestehenden Machtstrukturen, nicht aber als deren Gegengewicht oder gar ein Aktionsfeld, in dem auch Macht in Frage gestellt und mehr Beteiligungsrechte für die einzelnen Menschen eingefordert wird.

Finanzielle Abhängigkeiten

Ohne eigene Basis bzw. in weiter Ferne von ihr wachsen die finanziellen Abhängigkeiten. Viele NGOs finanzieren ihre Arbeit ganz oder zu großen Teilen aus öffentlichen Zuschüssen, d.h. aus Geldern genau der Regierungsstellen sowie zunehmend auch Konzerne, die sie über ihre Lobbyarbeit gleichzeitig für sich zu gewinnen suchen. Daraus entsteht ein offensichtlicher Interessenkonflikt.

Die Verbände können nicht mehr drohen – zum einen, weil sie keine Basis mehr mobilisieren können bzw. ihnen bereits das Know-How für öffentliche Aktionen fehlt, zum anderen aber auch, weil sie damit ihre eigene finanzielle Grundlage gefährden würden.

Personelle Verflechtungen

Die Nähe zu den Regierenden, bewußt herbeigeführt, zieht direkte personelle Verflechtungen nach sich. Etliche SpitzenfunktionärInnen in den NGOs haben Parteibücher in der Tasche, verdienen ihr Geld in Staatsapparaten oder stehen vor Karrieresprüngen in Parlamente und Verwaltung. Das beeinträchtigt die freien Entscheidungsmöglichkeiten der NGOs beträchtlich.

Teilnahme an der Macht

Die verschiedenen NGOs wollen gemeinsam eine zusätzliche politische Struktur innerhalb des parlamentarischen Systems sein. Einzelne Vorschläge, z.B. im Öko-Vordenker-Blatt „Politische Ökologie“, gehen soweit, neben Bundestag und Bundesrat eine Dritte Kammer für die NGOs schaffen zu wollen. Die Umweltverbände saßen dann plötzlich mit der Industrie, dem ADAC und anderen in einem Boot. Dieses Bestreben hat mindestens drei negative Folgen: Zusammen mit dem in den letzten Jahren entwickelten Bedürfnis nach Konsens und Dialog gehen die Feindbilder verloren – und damit auch klare Abgrenzungen samt ihrer inhaltlich-politischen Profile. Um eine Handlungsfähigkeit zu erreichen, müßten ständige Kompromisse geschlossen werden. Die Situation wäre sehr ähnlich den Agenda- und anderen Runden Tischen.

Schlimmer noch ist eine zweite Wirkung: NGOs sind zwar nicht die Regierung selbst, treten aber zu den Mächtigen auf die gleiche Ebene – als Berater und Lobbyisten, am liebsten aber als eigenständiger Machtfaktor (Klagerecht, NGO-Parlament usw.). Die deutlichste Abgrenzung verläuft damit zu den „normalen BürgerInnen“. Die NGOs kämpfen für ihre eigenen Rechte, nicht für die aller Menschen oder der unabhängigen bzw. lokalen Gruppen. Da sich zudem neue Bündnispartner (eben die anderen NGOs) anbieten, geht der Kontakt auch zur eigenen Basis weiter zurück. Folge in den großen Verbänden: Die Geschäftsstellen werden mit immer mehr Personal für die Lobby- und Gremienarbeit aufgestockt, während der Kontakt zur Basis verkümmert.

Drittens entsteht eine Gefahr aus dem einzigen gemeinsamen Interesse der verschiedenen NGOs. Was ADAC, Gewerkschaften und Frauenverbände mit UmweltschützerInnen oder Eine-Welt-Läden eint, ist die Forderung nach der Förderung von NGOs. Mehr Geld, Informationen, Posten usw. wollen alle. Daher werden die NGOs in diesem Fall eine starke Allianz für ihre eigenen Bedürfnisse und Vorteile entwickeln – und dabei den nicht-NGO-orientierten Gruppen konkurrenzstark gegenüberreten. Das kann eine Schwächung und Ausgrenzung selbstorganisierter Gruppen nach sich ziehen⁴.

Wie sehr die eigene Machtsteigerung im Vordergrund der NGO-Arbeit steht und diese vor allem auf Kosten der Beteiligung der Menschen insgesamt geht, zeigen zwei zentrale Beispiele von NGO-Arbeit: die Agenda 21 und die Globalisierungsdebatte.

- Agenda 21: Dieses Dokument einer UN-Konferenz im Jahr 1992 enthält zum einen die ungeschminkte Aufforderung zum weltweiten Ausbau der Atom- und Gentechnik, auch in anderen Kapiteln werden vor allem High-Tech-Verfahren bevorzugt. In den Kapiteln um die Beteiligung sollen die Konzerne auf die gleiche Ebene wie die Politik gebracht werden, während mit den BürgerInnen nur ein Dialog geführt werden soll. Eine besondere Rolle wird aber den NGOs gegeben. Das ist einer der Gründe für die Popularität der Agenda 21: Die NGOs wollen vor allem sich selbst nützen, daraus entsteht ein positives Verhältnis zu einem Dokument, das ansonsten jeglichem Umweltschutzgedanken zuwider ist.
- Globalisierungsdebatte: Ziel weltweiter neoliberaler Umgestaltung durch neue Handelsverträge, WTO-Bedingungen usw. ist der ungehinderte Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Menschen als Arbeitskraft. Soziale und ökologische Bewegungen müßten sich dieser Entwicklung entgegenstellen, fördert sie doch die Ausbeutung von Mensch und Natur. Doch NGOs verhalten sich anders. Sie verbünden sich nicht mit den Menschen, sondern suchen den Kontakt mit den Mächtigen. Sie wollen dabei sein und versuchen, Teilnehmer auf den internationalen Konferenzen zu sein. Dazu gründen sie Lobbyorganisationen, die selbst auch keinerlei Basis und damit Kontakt zu den Menschen mehr haben (Beispiele: WEED, GermanWatch, WWF, Share u.a.). Die protestierenden Menschen in vielen Ländern der Welt werden von den NGO-Kadern höchstens instrumentalisiert für eigene Vorteile oder ihre Forderung, in den Machtapparaten mitwirken zu können. Wenn es den NGOs hilft, distanzieren sie sich ebenso schnell von direkten Aktionen und öffentlichem Protest.

Akzeptanzbeschaffung

Durch die Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen, ohne jedoch wirklich Mitspracherechte zu haben, geben die NGOs den Regierenden einen sozialen und ökologischen „Touch“. Das stärkt die Herrschenden und ihre Entscheidungen.

Reproduktion von Macht

NGOs richten ihre Strategien und Strukturen nicht nur auf Regierungs- und Markthandeln aus. Sie reproduzieren die dortigen Herrschaftslogiken auch intern (siehe Kap. 3.3), in ihren Positionen (siehe Kap. 3.1 und 3.2) und in ihrem Verhältnis untereinander. So haben viele NGOs der Industriestaaten Beziehungen zu Partnerorganisationen in ärmeren Ländern, die finanziell sowie zum Teil auch personell abhängig sind. Das zeigt sich auch daran, daß führende NGOs in vielen ärmeren Ländern über die Köpfe der dortigen NGOs sowie ohnehin der betroffenen Menschen hinweg mit den jeweiligen Regierungen verhandeln und Kooperationen eingehen.

Im Original: Auszug aus Joachim Hirsch, 2001: „Des Staates neues Kleider“, in: Ulrich Brand u.a., Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 39ff)

Insgesamt besteht auch innerhalb des NGO-Systems eine Machthierarchie, die potenten, meist metropolenbasierten „NGO-Transnationals“ im Vergleich zu kleineren und schwächeren Organisationen auf lokaler und regionaler Ebene erhebliche Vorteile schafft (...). In gewisser Weise bildet also das NGO-System selbst noch einmal die zwischen den Nationalstaaten existierende ungleiche Machtverteilung ab. ...

Schließlich mißt sich die demokratische Qualität von NGO sehr wesentlich an der Art ihres Bezugs zu denen, deren Interessen sie zu repräsentieren und wahrzunehmen beanspruchen. Interessen können in der Weise stellvertretend formuliert und praktische Hilfe kann durchaus so geleistet werden, dass die Abhängigkeit der Adressaten verstärkt und deren Möglichkeiten zu gesellschaftlich-politischer Selbstorganisation geradezu zerstört werden, wie es sich bei vielen Entwicklungs- und Nothilfeprojekten nachweisen läßt. ...

Geht es um die Aufhebung weltweit dominierender Herrschafts-, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen, so wird es keinen Ersatz für radikale, d.h. unmittelbare und außerinstitutionelle, die herrschenden politischen Agenden und Konsense sprengende und gegen den verzweigten Komplex von Herrschaftsapparaten auf nationaler wie internationaler Ebene gerichtete Aktion geben können, schon gar nicht in Form von Verhandlungen auf diplomatischem Parkett oder am grünen Tisch. Zu einem solchen Verhalten sind indessen NGO aufgrund ihrer Struktur- und Funktionsbedingungen nur sehr bedingt in der Lage.

Auszug aus Alex Demirovic, 2001: „NGO, Staat und Zivilgesellschaft“, in: Ulrich Brand u.a., Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westf. Dampfboot in Münster (S. 144)

Nur ein winziger Teil der weltweit existierenden NGO kann internationale Konferenzen besuchen und den Entscheidungsprozeß zu beeinflussen versuchen. Sie repräsentieren bestimmte Interessen und Bevölkerungsgruppen, ohne von diesen Bevölkerungsgruppen delegiert und gewählt zu werden; vielmehr entscheidet häufig die Nähe zu Regierungen, einzelnen Staatsapparaten oder Politikern, also persönliche Bekanntschaft oder Zugehörigkeit zu einem Netzwerk, über die Teilnahme. Die Bevölkerung, der „Volksouverän“, weiß häufig nicht einmal, dass sie vertreten wird.

b. Wirkung auf Bündnisse

NGOs wirken auf Bündnisse „NGOisierend“, d.h. sie übertragen ihre Arbeitsformen auf das Bündnis. Das hat verschiedene Ursachen und Folgen:

- NGO-orientierte Verbände können an Bündnissen mit radikalen Aktionsstrategien und -inhalten nicht mitwirken, ohne ihren Ruf als regierungsberatende Organisationen zu riskieren, d.h. weiter von den Regierenden akzeptiert zu sein.
- Oftmals neigen Bündnisse dazu, über die beteiligten regierungsnahen Organisationen Finanzanträge zu stellen und sind dann später davon abhängig, daß diese Verbände auch im Bündnis mitwirken. Dadurch werden die Bündnisse erpreßbar.
- Die NGOs sind über ihre Hauptamtlichenstrukturen, angesiedelt nahe der politischen Machtzentren, ständig handlungsfähig und übernehmen die Funktionen, die ihnen eine dominante Rolle in den Bündnissen verschaffen, z.B. die Erstellung von Rundbriefen,

Einladung und Vorbereitung von Treffen, Kontaktadresse nach außen, Pressearbeit usw. Übersehen wird dabei, daß Hauptamtlichenstrukturen und Hierarchien nicht nur zu Zensur, Steuerung und Zentralisierung neigen, sondern in der Regel auch ineffizient agieren, da sie sich nicht nur an der Sache orientieren.

- NGOs müssen, wollen sie Bündnisse dominieren, auf einen hierarchischen Stil der Bündnisse drängen, denn sie verfügen in der Regel nur über wenige, dann aber hauptamtliche und strategisch erfahrene MitarbeiterInnen. Wo Bündnisse durch kleine Steuerungsgruppen koordiniert werden, wächst die Dominanz derer, die in kleinen Runden mit wenigen Personen agieren.
- Hinzu kommt die augenblickliche Schwäche der selbstorganisierten Gruppen, sei es lokal, regional oder auch in überregionalen Projekten. Eine überregionale Aktionsfähigkeit in Netzwerken oder Projekten jenseits der NGOs und einiger weniger weiterer Hauptamtlichenstrukturen gibt es zur Zeit kaum.

Neben den überregionalen Strukturen und Büros übernehmen zunehmend auch Basisgruppen das Denken als NGO und entwickeln auf ihrer Ebene (Land, Region, Kommune) ähnliche Verhaltensweisen, bemühen sich um Posten in Gremien oder beteiligten sich als Arbeitsschwerpunkt an der Agenda. Wer radikal bleibt, verliert dann oft den Kontakt zu denen an den Tischen der Mächtigen. Viele agieren weiter als Bürgerinitiative oder autonome Gruppe, verbleiben als naturkundeorientierte Gruppe im Hintergrund oder lösen sich auf.

c. NGO-Arbeit im Vergleich

Die durch die NGO-Orientierung vieler Verbände und Organisationen entstandenen Abhängigkeiten und politische Inhaltleere einschließlich der Unfähigkeit, bissig und widerständig zu sein, sind offensichtlich. Es gibt keine Alternative dazu, NGO-Arbeitsformen zu beenden, soll politische Bewegung wieder handlungsfähig und wirkungsvoll sein.

Inzwischen liegen genügend Beispiele vor, die direkte Vergleiche ermöglichen:

- Die NGO-dominierten Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 in Köln waren blaß gegenüber den von handlungsfähigen Aktionsgruppen organisierten Protesten gegen die WTO am 30.11.99 in Seattle. Dabei ist interessant, daß in Seattle auch Verbände an den Protesten beteiligt waren, die sonst als NGOs agieren, aber in Seattle auf eine öffentliche Aktionsform setzten. Die meisten deutschen NGOs verhielten sich da anders. Sie wollten gerne bei der WTO selbst dabei sein, baten den Atom- und Gentechnikfreund Klaus Töpfer (CDU), für sie in der WTO zu sprechen, und kritisierten oder verschwiegen die Proteste zunächst. Zum Glück konnten die deutschen (und auch andere vergleichbare) NGOs in Seattle nicht so zum Zuge kommen wie in Köln – sonst wäre diese WTO vielleicht nicht gescheitert ... Im Nachhinein versuchten viele NGOs, die Proteste für sich zu nutzen und ihre eigene Rolle herauszuheben, gleichzeitig aber steckten deutsche Spitzen-NGOs ihre Hauptkraft in die Gründung eines übergreifenden NGOs, der als Dach aller Lobbyverbände auftreten soll.⁵
- Die weiteren globalen Auseinandersetzungen wurden stark von Basisbewegungen organisiert. An ihnen waren teilweise auch Verbände mit NGO-Stil beteiligt, jedoch meist wenig prägend. Die öffentliche Wirkung ging vor allem von der Widerständigkeit, Unberechenbarkeit, den direkten Aktionen, z.T. auch der Militanz⁶ aus. In Deutschland

kam es als Reaktion und mit breiter Unterstützung SPD- und PDS-naher Kreise⁷ zum Aufbau des NGOs Attac. Dieser kanalisierte die Widerständigkeit vollständig und orientierte alle Aktivität auf die Bedürfnisse der Attac-Elite, bestimmte politische Reformvorschläge einzubringen. Widerständige Aktionen unterblieben im Jahr 2002 fast ganz⁸ und waren auch nicht vorgesehen. Eine Beteiligung an den internationalen Protesten z.B. zum EU-Gipfel in Spanien im Sommer 2002 war kaum mehr vorhanden.

- Viele Anti-Atom-Gruppen begriffen frühzeitig, daß im Zuge der sogenannten Konsensgespräche keinerlei Fortschritte, sondern eher nur rechtliche Absicherungen des Weiterbetriebs zu erreichen waren. NGO-Stil war es, sich als Berater aufzuspielen, die eigene Teilnahme an den Konsensgesprächen einzufordern und immer neue Zeiträume für den Ausstieg zu benennen (z.B. BUND-Energiesprecher Klaus Traube nach der Bundestagswahl 1998: 10 Jahre; SPD- und Umwelfunktionär Ernst-Ulrich von Weizsäcker: 30 Jahre usw.). Erst Ende 1999 fanden die Umweltverbände zaghaft zu öffentlichen Aktionsformen zurück, nachdem sie den totalen Mißerfolg ihrer Beraterorientierung bei der Bundesregierung bemerkten. Dennoch hielten viele an ihrem Lobbystil fest oder forderten sogar deren Ausweitung (z.B. Restrisiko vom 27.9.99, S. 4). Demgegenüber haben die direkten Proteste die Akzeptanz der Atomenergie im Laufe der Jahrzehnte erheblich reduziert. Ähnliches gilt auch für die Gentechnik: Direkte und öffentliche Aktionen haben die Gentechnik zu einer wenig beliebten Technologie gemacht, nicht die Lobbygespräche mit den Regierenden.
- Die Expo 2000, wo viele NGOs mitmachten in der Hoffnung, dann wenigstens noch kleine Verbesserungen oder Alternativen einbringen zu können. Sie konnten im geplanten zentralen Bereich der Expo, dem Zukunftsentwurf für die Welt von morgen (Themenpark), nichts verändern. Dort wurden neue Atomkraftwerke als Energielieferanten präsentiert – aber nebandran drehten sich ein paar Windräder der Öko-Firmen und -Verbände. Medizin und Landwirtschaft waren von Gentechnologie geprägt – daneben stand der Bio-Erlebnishof von demeter. Weltweite Projekte waren der Transrapid, mehrere Atom-Forschungsreaktoren, Genlabore – und auch ein paar Hecken des BUND, das Agendahaus des Umweltzentrums Dresden, die alternativen Lebensprojekte Pommritz, Steyerberg und artefact sowie viele weitere Projekte der Verbände. Sie dienten als Akzeptanzbeschaffer, auf die Expo-Ausgestaltung selbst hatten sie keinerlei Einfluß. Dort herrschten die Regierungen und Großkonzerne. Der NGO-Stil kann direkte und öffentliche Aktion nicht ersetzen und Herrschaftsprojekte nicht demaskieren.

Ein Nebeneinander von NGO-Tätigkeit und direkter Aktion ist kaum oder gar nicht möglich, denn sie richten sich zu wesentlichen Teilen gegeneinander. Zum einen geht es um verschiedene Handlungsformen, oft auch andere Ziele sowie den Zwang zur Beschaffung finanzieller und personeller Ressourcen. Es ist auch in NGOs nicht unendlich viel Zeit, Geld und Kraft da. Gremien- und Lobbyarbeit aber kosten sehr viel Zeit, die Hauptamtlichenstrukturen verschlingen große Teile des Geldes, das für politische Arbeit zur Verfügung steht. Diese Ressourcen fehlen bei den konkreten und direkten Aktionen. Gleichzeitig stellen sie ein internes machtpolitisches Gefälle für einen Lobbystil dar, d.h. direkte Aktionsgruppen werden ausgegrenzt durch die Apparate mit ihren zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten.

Zum anderen werden NGOs und direkte bzw. öffentliche Aktionen gegeneinander ausgespielt. Unabhängige Aktionsgruppen werden damit konfrontiert, daß die Mächtigen ihre

Handlungen über die Beratung der NGOs legitimieren („die Expo ist öko, sonst würde doch der BUND, NABU, DNR, WWF ... nicht mitmischen“ usw.). Zum Teil greifen die NGOs die direkten Aktionsgruppen sogar an, in dem sie sich ständig von deren Aktionsformen distanzieren (z.B. bei widerrechtlichen Aktionen wie Besetzungen, Sabotage usw.). NGOs werden bei ihrer Lobbyarbeit immer wieder auf direkte Aktionen angesprochen und fühlen sich meist genötigt, dazu Stellung zu beziehen. Das belastet die Gespräche und geht soweit, daß NGOs sich öffentlich von Aktionen distanzieren und radikalen Gruppen vorwerfen, ihnen die Lobbyarbeit zu erschweren.

Prominente VerfechterInnen des NGO-Arbeitsstils, z.B. in den neokeynesianischen Medien, heizen diese Stimmung sogar noch an – seit den Auseinandersetzungen beim EU-Gipfel in Göteborg fordern sie die NGOs und vor allem Attac immer wieder auf, radikale Gruppen zu verdrängen.

Im Original: Auszug aus C. Grefe, M. Greffrath und H. Schumann, 2002: „attac“. Rowohlt Berlin, S. 126, 137f, 182) zum Attac-Kongreß im Oktober 2001

Auch manche Unverbesserliche oder selbst ernannte Heilige politischer Sekten mit revolutionären Erlösungshoffnungen an anarchistischen oder esoterischen Büchertischen waren darunter. Doch solche Randerscheinungen lenkten nur ab von dem Ernst, der Kompetenz, auch der kritischen Distanz, mit der sich die überwiegende Mehrheit der Besucher so hochkomplexen Fragen wie jenen des globalisierten Handels- und Finanzsystems stellte, nach Deutung suchte und demokratische Einflussmöglichkeiten abwog. ...

Ebenso wenig dürfen Personen oder Gruppe mitarbeiten, die Gewalt als politisches Mittel akzeptieren ... Prominente Akteure könnten helfen, und sie werden es tun, in dem Maße, in dem die Bewegung es schafft, sich die Steineschmeißer vom Hals zu schaffen.

d. Die Geschichte spricht für direkte und öffentliche Aktionen

Gerade die Geschichte des Umweltschutzes zeigt, daß direkte und öffentliche Aktionen erfolgreicher sind. Der Umweltschutz wurde zu einer wesentlichen Kraft in der Gesellschaft, als er seine Forderungen mit direkten und öffentlichen Aktionen einbrachte. Startbahn West, Wyhl, Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben und mehr stehen beispielhaft für bundesweite Aktionen, viele örtliche Aktionen und Besetzungen. Darüber ist der Umweltschutz durchsetzungsfähig geworden. Das Umweltbewußtsein stieg, die Politik zog einem Automatismus gleich mit Umweltschutzprogrammen, -gesetzen usw. nach.

Als die Umweltschutzorganisationen durch mehr Mitglieder und öffentliche Förderung gestärkt und hierarchisch durchorganisiert waren, die ersten FunktionärInnen Karriere machten in Parteien und Verwaltung, später auch in der Industrie, wechselte die Strategie. Dialog, runde Tische, Gremienarbeit und mehr standen nun im Mittelpunkt. Gleichzeitig ließ die Durchsetzbarkeit von Umweltschutzforderungen massiv nach. Heute sitzen „Ökos“ in allen möglichen Gremien, Umweltschutz ist aber in der Öffentlichkeit unwichtig geworden. Neue Gesetze oder Programme wirken eher dem Umweltschutz entgegen.

Daraus ist zu schließen: Öffentlicher Druck, direkte Aktion und unabhängige Arbeitsstrategien verbessern die Durchsetzbarkeit der eigenen Forderungen. Allerdings gibt es im Konflikt mit den Regierenden weniger Chancen auf eigene Karriere und finanzielle Förderung. Der NGO-Stil dagegen verschlechtert die Durchsetzbarkeit politischer Forderungen und verbessert die Chancen für Karriere und Fördergelder.

Quellen zu 4.5

- 1 Jens Katzek wurde vom Anti-Gentechnik-Sprecher des BUND direkt zum Pressesprecher der Gentechnikfirma KWS und agiert heute als einer der wichtigsten Lobbyisten der Gentechnik-Branche. Das Handwerkszeug dazu hat er beim BUND erlernt. Aus den selbstorganisierten Alternativfirmen vor allem im Energiebereich entstanden die ökokapitalistischen Geldanlagefirmen – eine der modernsten Branchen im Wirtschaftsspektrum. Viele weitere Beispiele wären anzuführen (siehe auch Kap. 3.2 und 4.6 sowie das Kap. „Öko-Betriebe“ im Band 1 „Reich oder rechts?“).
- 2 Ehemaliger grüner Spitzenfunktionär, heute Chef der Heinrich-Böll-Stiftung und als solcher einer der Vorantreiber der Modernisierung der Grünen, u.a. Befürworter der Kriegseinsätze. Seit Jahren immer wieder Partner und Finanzier großer NGOs und ihrer zentralistischen, staatsorientierten Kampagnen (Ökosteuer, Köln '99).
- 3 Zu Instrumentalisierung siehe auch im Kap. 3.3, zu den Klimaverhandlungen im Kap. 4.6.
- 4 Allerdings kann es auch zu einer Klärung führen, in dem selbstorganisierte Gruppen jede Chance auf öffentliche Förderung verlieren, können sie sich mehr auf ihre autonomen Aktionsformen konzentrieren.
- 5 Später entstand aus dem zunächst „Netzwerk für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“ genannten Dachverband der NGO Attac.
- 6 Das soll nicht beschönigen, daß viele der militanten Aktionen zwar Öffentlichkeit herstellten, aber keine emanzipatorischen Positionen oder Visionen vermittelten. Das unterscheidet sie aber nicht negativ von den meisten gewaltfreien Aktionen.
- 7 Nur in geringerem Ausmaß auch aus grünem Umfeld, da dort sozialpolitische Themen weniger verankert sind.
- 8 Ausnahmen gingen eher auch kreative Widerständigkeit von Einzelpersonen zurück, die dann als Attac auftraten – z.B. beim Protest gegen die Berliner Bankgesellschaft im Sommer 2002, wo in einer kreativ und selbstbestimmt agierenden Gruppe auch das Attac-Koordinationskreis-Mitglied Birger Schalz dabei war und als Attac auftrat.
- 9 Journalistinnen von Spiegel, taz und Zeit.

4.6 Eigentum ausdehnen!

Klimaschutz schafft neue Verwertungsverhältnisse

Neoliberalismus bedeutet eine beschleunigte Ausdehnung der Verwertungsverhältnisse – zum einen geografisch, d.h. das Diktat der offenen Märkte und der Reproduktion über Markt und Verwertung wird weltweit bis in den kleinsten Zipfel und in jede menschliche Gemeinschaft ausgedehnt. Zum anderen aber bedeutet es eine Ausdehnung auf bisher nicht der Verwertung unterworfenen Bereiche. Das bekannteste Beispiel der letzten Jahre sind die Gene. Bislang gehörten sie niemandem, waren daher auch nicht verwertbar, da die Voraussetzung des Eigentumsverhältnisses oder vergleichbarer Regelungen wie Nutzungslizenzen usw. fehlten. Das wurde nun geändert, so daß mit Genen und gentechnischen Manipulationen in Zukunft gehandelt werden kann.

In dieser Logik liegt auch der moderne Klimaschutz, der hier als Beispiel für den Ökoneoliberalismus dienen soll. Bisher war Luft keiner Regelung unterworfen, einige Umweltschutzgesetze regelten den Schadstoffausstoß. Handelbar war das aber nicht. Das wird nun anders. Konzerne und Nationalstaaten erhalten Lizenzen zur Nutzung der Luft und können diese handeln. Damit werden Marktlogiken auf die Luft übertragen, die Lizenzen können verwertet, profitabel ge- und verkauft werden. Spekulation und Akkumulation, d.h. die Ansammlung von Luftverschmutzungsrechten z.B. in den reichen Industrienationen bzw. bei dominanten Konzernen, sind möglich.

Im Original: Auszug aus Christa Müller, 1997: „Von der lokalen Ökonomie zum globalen Dorf“, Frankfurt/Main (S. 209)

Das Instrumentarium der Ökonomie soll durch die Einführung des „Ökosozialprodukts“, das Naturverbrauch als Kapitalverbrauch verbucht, sogar noch optimiert werden. Die Monetarisierung der Natur reproduziert jedoch die Reduktion von Natur auf ihren Tauschwert innerhalb der einseitigen Wertzuweisung einer Ökonomie, die nur auf quantitative Tauschwerte bzw. Preise reagieren kann. ... Von dieser Warte aus betrachtet schreibt eine Monetarisierung der Natur lediglich ihren zweifelhaften Aufstieg zur gesellschaftlich anerkannten Ware fest und bedeutet nicht mehr als die künstliche Verknappung der Natur. Über die Konstruktion des Ökosozialprodukts erscheint Natur nur noch mit ihrem Kapitalwert in den Produktionsfunktionen.

Die Geschichte des modern Klimaschutzes beginnt dort, wo marktförmige Umweltschutzideen insgesamt populär wurden. Zu den Ergebnissen der UNO-Konferenz von Rio 1992, deren umfangreichstes und bekanntestes Ergebnis die Agenda 21 ist, gehören auch Festlegungen zum Klimaschutz. Daraus entwickelten sich Konferenzen der „Vertragsstaaten“, wie die Unterzeichnerländer der Klimaschutzrahmenkonventionen genannt wurden. Im japanischen Kyoto wurde 1997 ein Protokoll verabschiedet, das den künftigen Umgang mit treibhauswirksamen Gasen regeln sollte. Dabei wird schon in diesem Protokoll klar, daß es weniger um den Schutz des Klimas ging, sondern um einen Mechanismus, der zwar für die Umwelt besser sein könnte als das ungebremste „Weiter so“, der aber vor allem neue Möglichkeiten für Profite und Kapitalakkumulation schaffen wird. Darum ist moderner Klimaschutz auch ein Teil der neoliberalen Veränderung der Welt – und paßt zu vielen anderen modernen ökologischen oder sozialen Regulierungsmechanismen, die von Seiten der Nationalstaaten oder Staatenbünde gesetzlich oder vertraglich verankert werden und vor allem die Ausdehnung des Marktes zum Ziel haben (wie in der Agenda 21 vorgeschlagen).

Im Original: Auszüge aus Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott, 2000: „Das Kyoto-Protokoll“, Leske+Budrich in Opladen¹

... könnten die Mechanismen zur wegweisenden Innovation werden, da sie Prinzipien des Marktes in bisher nicht gekanntem Ausmaß in die internationale Umweltpolitik einführen. (S. 136)

Der Emissionshandel, die Gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (...) verfügen zweifellos über alle Voraussetzungen, um sich zu den wichtigsten Elementen des Klimaregimes zu entwickeln. Ihre politische Bedeutung kann wohl kaum zu hoch bewertet werden. Mit der Nutzung dieser Instrumente wird sich das Klimaregime von einer in erster Linie auf den Umweltschutz gerichteten Vereinbarung in einen „harten“ Wirtschaftsvertrag verwandeln. Es wäre denkbar, dass der CDM eines Tages in Konkurrenz zur multilateralen Entwicklungshilfe tritt. Mit der Schaffung eines Systems für den Handel mit Emissionen (und abgeleiteten Produkten wie Termingeschäften) könnte ein riesiger neuer Markt entstehen, auf dem umfangreiche Finanztransaktionen stattfinden. (S. 350)

Klimaschutz ab Ende der 90er Jahre das grüne Ausgangsgeschild des Neoliberalismus gewesen. Er diene als Akzeptanzbeschaffung – ideell oder mit den zielgerichtet eingesetzten Katastrophenszenarien. Sie wurden von genau denen verkündet, die die klimaverändernde Politik zu verantworten haben. Und sie dienen dazu, genau diesen Personen und Institutionen die weiteren Geschicke anzuvertrauen, denn „es ist jetzt keine Zeit für grundsätzliche Debatten“. Ebenso ist das Argument zu hören, daß die Staaten und ihre Gewaltmonopole in dieser Krise gebraucht würden – grüne Farbe für Kontrollen, Überwachung, Märkte, Polizei, Parlamente und Armeen. Bei der Klimakonferenz im Juli 2001 in Bonn forderten die Umweltverbände (!), daß Klimasünden vor einen internationalen Gerichtshof zu bringen seien – und bezogen sich dabei positiv auf den damals gerade inhaftierten ehemaligen jugoslawischen Staatschef Milosevic. Welch eine Akzeptanzbeschaffung für ein Gericht ohne Legitimation, die illegale Verhaftung und den Krieg gegen Jugoslawien. Soll es künftig auch Kriege für das Klima geben?

a. Die Geschichte: Kyoto – Bonn – Marrakesh

Die Debatte um die internationalen Regelungen zum Klimaschutz zeigen sehr deutlich, welche Ziele verfolgt werden. Zudem zeigen sie, welche Rolle die Umweltverbände in dieser Diskussion spielen. Sie treten akzeptanzbeschaffend auf und einseitig pro-europäisch.

1997 war in Kyoto das Klimaprotokoll nach fünf großen Konferenzen und vielen kleinen Verhandlungen verabschiedet worden. Danach ging es um die Ausführungsbestimmungen, die Grundlage für die Ratifizierung in den Staaten waren. Die Klimakonferenz in Bonn im Sommer 2001 war die Fortsetzung der zunächst gescheiterten sechsten Konferenz (COP 6) in Den Haag, deshalb wurde Bonn auch COP 6.5 genannt. Schon im Vorfeld zeigte sich, daß deutsche und EU-Regierungen sowie die von ihnen abhängigen NGOs eine Handlungseinheit bilden würden.

Im Original: Jürgen Trittin, Bundesumweltminister, in der Grünen-Zeitung „KlimaZeit“

Das Kyoto-Protokoll müsse Grundlage für den globalen Klimaschutz bleiben. Für dieses Protokoll gibt es keine realistische Alternative.

PDS-Presseinfo zu einem Antrag im Bundestag, 14/65760

... sei auszuzloten, wie sich bei einer Verweigerungshaltung der USA eine schnellstmögliche Ratifizierung des Kyoto-Protokolls auch ohne die Vereinigten Staaten erzielen lasse.

Presseinfo des WWF Deutschland, veröffentlicht von ots am 11.6.2001

Sechs Umweltschutzorganisationen haben sich im Vorfeld des EU-Gipfels an Bundeskanzler Gerhard Schröder gewandt. In einem offenen Brief fordern BUND, DNR, Germanwatch, Greenpeace, Nabu und WWF ein klares Bekenntnis zum Kyoto-Protokoll.

Beispiel: BUND- und BUNDjugend-Aktion

Vor allem die BUNDjugend organisierte eine Rettungsbootaktion für den Klimagipfel. Das Boot sollte nicht symbolisch das Klima retten, sondern explizit das Kyoto-Protokoll. In der Werbung wurde die Nähe zur EU und ein platter Antiamerikanismus deutlich. Zitat: „In Bonn muß der Klimavertrag vor der Attacke der Amerikaner gerettet werden, um eine globale Katastrophe zu verhindern. ... Der Vertrag kann in Kraft treten, wenn andere Staaten die Blockade der Amerikaner ignorieren. Deshalb lädt der BUND Tausende Menschen aus aller Welt nach Bonn ein, um ein Rettungsboot für den Klimavertrag zu bauen.“

Einigen Basisgruppen vor allem aus dem Umweltschutz-von-unten- und dem Risingtide-Netzwerk brachten eine deutliche Kritik an dem neoliberalen Charakter des Kyoto-Protokolls ein, allerdings fehlte vor allem der Risingtide-Gruppe, die für die Organisation der Aktionen sehr wichtig war, der Mut zu einer klaren Aussage.²

Im Original: Auszug aus der Resolution gegen das Kyoto-Protokoll des Bundes-Ökologie-Treffens (Mai 2001 in Augsburg)

Aus folgenden Gründen ist das Kyoto-Protokoll zu verhindern:

1. Kyoto erlaubt eine Steigerung der CO₂-Emissionen

... Nach dem aktuell verhandelten „Kyoto-Protokoll“ würden sich die Industrieländer aber nur zu einer Reduktion von 5,2% je nach Land bis 2008 oder 2012 verpflichten, obwohl sie als Hauptverursacher der Emissionen 80% laut IPCC einsparen müßten. Dank fragwürdiger Methoden und ethischen Schlupflöchern in den Umsetzungsrichtlinien läßt das Kyoto-Protokoll sogar eine deutliche Erhöhung der CO₂-Emissionen zu. ...

2. Kyoto dehnt marktwirtschaftliche Verwertungslogiken aus

... werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen, das bedeutet Profit statt den Klimaschutz zu fördern. Luft wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, sie zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungsstärksten Konzerne. Kyoto bedeutet daher eine Ausdehnung der Vermarktungslogik – und ist somit eine klassische Form des Neoliberalismus.

3. Die Debatte um Kyoto verhindert eine wirkungsvolle Klimaschutzdebatte

Die Klimadebatte der Vereinten Nationen verschlingt gigantisches Potential – zeitlich, materiell sowie finanziell ...

4. Kyoto schafft eine rechtliche Absicherung für den Ausstoß von Treibhausgasen

... Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern – und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen legalisieren ihre Umwelterstörung mit Hilfe von neuen Gesetzen – Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen. Eine Parallele zum „Atomkonsens“ ist unübersehbar.

Erste Absätze der Stellungnahme des Instituts für Ökologie zur Klimakonferenz im Juli 2001 in Bonn

Wer für den Klimaschutz ist, muß gegen Kyoto sein. Denn es schafft keinerlei Verbesserung der Schadstoffausstöße, sondern eine weitere Verschlechterung wird zugelassen. Wer zudem eine gleichberechtigte Gesellschaft und ein freies Leben aller Menschen mit gleichen Möglichkeiten will, sollte gegen das Kyoto-Protokoll kämpfen. Denn es zementiert Ungleichheiten bzw. verschärft die Ausbeutungsverhältnisse.

Das Hauptargument gegen Kyoto: Noch mehr Kapitalismus! ...

Luft ist nicht so einfach direkt zu verwerten, weil sie nicht greifbar ist. Daher haben sich die ArchitektInnen des totalen Marktes (Neoliberalismus) im Zuge der Klimaschutzverhandlungen etwas Cleveres einfallen lassen: Nicht die Luft selbst soll vermarktet werden, sondern das Recht, sie zu verschmutzen. ...

Auszüge aus einer Stellungnahme von Wolf Göhring, DKP Bonn, zur Klimakonferenz (Juli 2001)

Wenn das Recht käuflich wird, die Atmosphäre als globale Abfallhalde für CO₂ und andere Treibhausgase benutzen zu dürfen, so könnten in wenigen Jahren die transnationalen Konzerne, die sich selbst als „Global Players“ bezeichnen, die Besitzer dieser Rechte sein. Sie könnten dann schrankenlos CO₂ produzieren und den Milliarden Armen dieser Welt mit dem zunehmenden Treibhauseffekt lebensbedrohlichzusetzen. Den Armen wäre zudem das Recht auf industrielle Entwicklung genommen, es sei denn, sie schaffen den Sprung in eine extrem CO₂-arme Industrie, ein Sprung den sich die hochentwickelten und reichen Länder samt ihrer Global Players jedoch nicht zumuten wollen.

Die Kritik wurde von den Umweltverbänden ebenso wenig aufgenommen wie von allen Parteien und Medien.³ Bis zum Anfang der Klimakonferenz in Bonn wurde an den Lobpreisungen festgehalten. Die KritikerInnen wurden nur auf Veranstaltungen, wo sie tatsächlich auftraten, angegriffen, sonst wurde die Kritik ganz verschwiegen.

Im Original: Manfred Treber, Germanwatch, in seiner Rede am 15.7.2001 in Bonn

Viele hier sehen den Emissionshandel mit Treibhausgasemissionen kritisch. Er ist jedoch mittlerweile ein Faktum – unabhängig vom Kyoto-Protokoll bereiten sowohl die Europäische Union wie auch die rot-grüne Bundesregierung die Einführung eines Emissionshandelssystems vor. Der Emissionshandel hat einen großen Vorteil. Mit einem solchen Instrument wird Klimaschutz in die Sprache der Wirtschaft – und die heißt: Geld – eingeführt. Dadurch hat die Wirtschaft einen Anreiz, Klimaschutz zu machen.

Pressemitteilung von Dr. Franz Alt (per Email im Juli 2001)

Bosse für Kyoto: „e-mission 55“

Es wird George W. Bush nicht gefallen: aber in Bonn beim Klimagipfel kämpft eine Wirtschaftsinitiative für das Kyoto-Protokoll. George W. Bush lehnt es mit der Begründung ab, es schade der Wirtschaft.

140 Unternehmen aus 10 Ländern sehen das anders. Sie haben sich zum Verband „e-mission 55“ zusammengeschlossen. Dabei sind: Die Deutsche Telekom, der Gerling-Konzern, die Deutsche Bank, der Otto-Versand und die Schweizer Bank Sarasin. Gerd Tenzer, Vorstand der Deutschen Telekom und einer der Hauptinitiatoren der Wirtschaftsinitiative sagt: „Das schnelle Wachstum unserer Initiative zeigt, dass die Wirtschaft einen verbindlichen internationalen Rahmen für den Klimaschutz braucht, um die Investitionskraft zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.“

Der Name „e-mission 55“ bedeutet: 55 Länder müssen das Kyoto-Protokoll unterschreiben und diese 55 Länder müssen zusammen 55 Prozent der Treibhausgase emittieren. Die „e-mission 55“-Mitglieder haben einen Jahresumsatz von 400 Milliarden Dollar. Ihre Zahl wächst bis das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten ist. Sie hoffen jetzt auf den Johannesburg-Gipfel „Rio plus 10“ im Jahr 2002 – 10 Jahre nach dem ersten Weltgipfel in Rio 1992.

Auszüge aus dem Papier des Parteirates der Grünen zur ökologischen Steuerreform, FR vom 9.7.2001

Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist ein modernes und effizientes Instrument zur Erreichung klimapolitischer Ziele. Deutschland muss in der internationalen Debatte eine Führungsrolle übernehmen. Ab 2005 könnte ein Emissionshandelssystem mit absoluten Emissionsobergrenzen die Ökosteuer für die Industrie ersetzen. Wie die festgelegten Emissionsreduktionsziele dann erreicht werden, bleibt den Unternehmen überlassen – der Staat kümmert sich lediglich um die Kontrolle und eventuelle Sanktionen.

Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von B90/Grüne, in der FR am 13.11.2001

Ein Markt für Emissionszertifikate bietet die Chance für eine effiziente Klimapolitik

Konzerne wie BP und Shell sind die Vorreiter: Sie handeln schon heute mit CO₂-Emissionen, um den Ausstoß des Treibhausgases im Unternehmen zu senken. ... Der Emissionshandel rückt immer mehr in den Mittelpunkt der klimapolitischen Debatte. ... Der Handel mit Emissionslizenzen ist ökonomisch effizient und ökologisch treffsicher – und daher grundsätzlich positiv zu bewerten. Denn in die CO₂-Reduktion wird dort investiert, wo die Kosten dafür am niedrigsten sind. ... Ist der Handel erfolgreich eingeführt und stellt er seine Funktionsfähigkeit unter Beweis, sollte er über kurz oder lang zum zentralen Klimaschutzinstrument im Bereich Industrie werden.

Wichtige Verbündete der Handlungseinheit von EU, deutscher Regierung und NGOs mit ihren neoliberalen Klimakonzepten waren die Medien. Je „linker“ sich Tageszeitungen begriffen, desto eher neigten sie sogar dazu, die KritikerInnen des Kyoto-Protokolls aggressiv anzugreifen. Keine (!) Zeitung mit Ausnahme derer, in der AktivistInnen des Umweltschutz-von-unten-Netzwerks selbst mitwirken, druckten den Aufruf gegen das Kyoto-Protokoll ab oder berichteten darüber. Besonders auffällig waren die Texte von Wolfgang Pomrehn im Neuen Deutschland und in der Jungen Welt, wo die GegnerInnen des Kyoto-Protokolls in die Nähe des US-Präsidenten Bush gerückt wurden. Bush wurde rund um Bonn von Medien und NGOs als „der Böse“ stigmatisiert – ein Glücksfall für EU und deutsche Regierung, die sich so sehr leicht als Helden im Kampf um das Klima inszenieren konnten.

Beispiel: Berichterstattung in der „Jungen Welt“

Im Vorfeld der Bonner Klimakonferenz verabredete Wolfgang Pomrehn von der Jungen Welt eine Pro- und Contra-Themenseite zum Kyoto-Protokoll. Das Contra sollte vom Institut für Ökologie verfaßt werden, pro Kyoto wollte jW-Redakteur Pomrehn selbst schreiben(!). Der Contra-Text ging Pomrehn auch zu. Veröffentlicht wurde jedoch nur ein zweiseitiger Text für Kyoto – allerdings angereichert mit zahlreichen Diffamierungen der Kyoto-GegnerInnen. Wie eine Nachfrage ergab, hatte Pomrehn der Redaktionszentrale in Berlin den Contra-Text auch gar nicht weitergegeben.⁴

Auf dem Gipfel wurde nach langem Ringen ein deutlich verschlechtertes Klimaschutzprotokoll verabschiedet. Unter anderem werden jetzt Wälder, auch bestehende oder Aufforstungen nach Abholzungen, als Klimaschutz (sog. Senken) anerkannt. Umweltverbände hatten vorher zu Aktionen in Bonn für das Kyoto-Protokoll und eine Verbesserung der bisherigen Regelungen aufgerufen. Beschlossen wurde dann eine deutliche Verschlechterung. Dennoch jubelten die großen Umweltverbände, während in anderen Veröffentlichungen die Kritik deutlich formuliert wurde. Das zeigt bemerkenswert deutlich, wie nahe die großen Umwelt-NGOs dem Staat stehen und als dessen Akzeptanzbeschaffer fungieren.

Im Original: FR, 24. Juli 2001, S. 1 und 3⁵

Greenpeace sprach von einem „historischen Schritt“ ...

Selbst die Umweltschutzgruppen, die den Delegationen auf den Klimagipfeln sonst Feuer unter dem Hintern machen, wo es nur geht, schienen auf einmal konvertiert. „Das ist ein großer politischer Sieg“, hieß es auf der Pressekonferenz der Öko-Beobachter. ... Ein Experte von der Umweltschutzstiftung WWF gibt denn auch zu: „Noch einmal hätten wir die Mobilisierung für einen weiteren Gipfel nicht gepackt.“ Natürlich schieben alle Ökos pflichtschuldiger nach, das sei nur „Klimaschutz light“, und die Arbeit beginne nun erst recht. Druck für schärfere CO₂-Reduktionsziele müsse gemacht werden. Und dafür gesorgt, dass die im Kyoto-Protokoll aufgerissenen Schlupflöcher nicht genutzt werden. Bloß wie das geschehen soll, dafür hat von den Umweltschützern keiner eine zündende Idee. Dass „Kyoto 1“ bis 2010 wohl nur mit Glück überhaupt Emissionsreduktionen der Industriestaaten gegenüber dem Stand von 1990 bringen wird, haben sich die Umweltschützer ja selbst ausgerechnet.⁶

Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Interview der FR, 26. Juli 2001

Die Euphorie ist berechtigt, weil es gelungen ist, ein völkerrechtliches System zu etablieren, das langfristig zum tatsächlichen Absenken des CO₂-Ausstosses führt. ... Von solcher Prozentrechnerei halte ich nichts.

Dörte Bernhardt, Germanwatch in Umweltkommunale ökologische Briefe Nr. 16/1. 8.2001

Angriff der USA abgewehrt ... ein historisches Ereignis ... Die eigentlich notwendigen Klimaschutzziele werden durch das Protokoll nicht erreicht. Durch den Einbezug verschiedener Schlupflöcher wird nur eine Stabilisierung der Industrieländer-Emissionen (ohne die USA) bis 2012 gegenüber 1990 herauskommen. ... Das war der Preis für eine solidere Architektur des Abkommens. Zudem ist es gelungen, nicht nur den Angriff der USA auf das Kyoto-Protokoll, sondern auch auf die UN als legitime Instanz zur Regelung globaler Menschheitsfragen abzuwehren. Dis könnte historische Bedeutung für die Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Weltordnung haben.

Überschrift der BUND-Pressemitteilung vom 23. Juli 2001

BUND: Internationaler Klimaschutz nicht gescheitert – Bonner Ergebnis ist Klimaschutz „ultra light“

GERMANWATCH-Presseerklärung, Bonn 23.7.01

1. Der UN-Klimagipfel von Bonn hat heute einen Durchbruch für den internationalen Klimaschutz erzielt.

...

3. ... Diese bindenden Konsequenzen werden in ihrer Bedeutung dadurch kaum geschmälert, dass sie in letzter Minute das Attribut „rechtlich verbindlich“ bedauerlicherweise noch nicht erhalten,

4. Die eigentlich notwendigen Klimaschutzziele werden durch das Kyoto-Protokoll nicht erreicht: durch den Einbezug verschiedener Schlupflöcher wird wohl real nur eine Stabilisierung der Industrieländer-Emissionen bis 2012 gegenüber 1990 herauskommen. Aber in der Architektur des Klimaschutzabkommens hat sich weitgehend die EU durchgesetzt, so dass für die Industrieländer ein ernsthaftes Instrument für zukünftigen Klimaschutz entsteht.

Presstext des WWF Deutschland, 22.7.2001⁷

WWF hält erzielten Klimakompromiss für „Durchbruch mit Geburtsschmerzen“

„Die Konferenz ist haarscharf an einer Blamage vorbei geschrammt, aber in letzter Minute ein Durchbruch erzielt worden, um das Kyoto-Protokoll ratifizierungsfähig zu machen“, so Regine Günther,³ die Leiterin des WWF Klimareferats. ... Das erzielte Ergebnis sei ein Erfolg.

Die Umwelt-NGOs reagierten damit sehr eindeutig und unterstützend zur Bundesregierung und EU, mit deren PolitikerInnen-Szene sie personell eng verfilzt und von deren Geldern sie abhängig sind. Unabhängigere BeobachterInnen bewerteten das Ergebnis der Bonner Konferenz allerdings schon skeptischer.

Im Original: Kommentar der FR am 28.7.2001 zum Gerücht, Russland würde aus dem Kyoto-Protokoll aussteigen

Ein Schlupfloch hier, ein Exportbonbon dort, ein bisschen frisches Geld obendrein. ... nur das Ja zum Protokoll ermöglicht es Moskau, seine „heiße Luft“ – die seit 1990 nicht mehr genutzten CO₂-Emissionsrechte – teuer an den Westen zu verkaufen und so den eigenen Staatshaushalt zu sanieren. Deswegen: Die Russen werden dabei bleiben.

Vorwort in Photon August 2001, S. 3

„Der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt“, mag da mancher Umweltschützer einwenden. Doch möglicherweise ein Schritt auf einem falschen Weg. Denn das 1997 in der japanischen Stadt Kyoto ausgearbeitete Rechtsdokument gibt den Industrieländern die Möglichkeit, sich weitgehend von ihren Minimalverpflichtungen freizukaufen. Durch den potenziellen Handel mit den Emissionsminderungen sind die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Mindestreduktionsziele automatisch zu den maximalen Reduktionszielen geworden. Das ist schon mal unschön. Es gibt aber noch einen weiteren, wesentlich schwerer wiegenden Haken am Protokoll: Dadurch, dass jeweils die preiswerteste Art ausreicht, irgendwo auf der Welt CO₂ oder eines der anderen im Protokoll genannten Treibhausgase zu sparen, wird jedes Land auch nur diese Optionen wahrnehmen. ... Langfristige Optionen, wie etwa die Erforschung und Markteinführung der Photovoltaik, haben aus Kostengründen keine Chance. Unter dem Kyoto-Protokoll hätte selbst eine Regelung wie das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz keine Chance gehabt. Das Kyoto-Protokoll droht somit, Vor-Ort-Initiativen zu lähmen, vielleicht sogar zu verhindern.“

Stellungnahme des Solarenergie-Fördervereins zur Bonner Klimakonferenz (per Email)

Über die Lobpreisungen des Konferenzergebnisses durch einige Umweltverbände können wir nur verwundert den Kopf schütteln.

Kommentar von Hermann Scheer in taz vom 26.7.2001, S.12

Totschlagargument Kioto

Das Klimaprotokoll ist eine Kapitulation. Die Kohlendioxidemissionen werden nicht sinken, sondern steigen. Und die Gewinnung erneuerbarer Energien wird behindert

Wie auch immer der von der Bonner Konferenz akzeptierte Kompromiss noch modifiziert wird: Die entscheidende Frage bleibt, ob er wenigstens einen kleinen Fortschritt im Weltklimaschutz bewirkt oder ob das verstümmelte Klimaprotokoll kontraproduktiv sein könnte. Die europäischen Regierungen sowie die meisten Umweltverbände und Beobachter, die vor Ort agierten, haben sich für die positive Lesart entschieden: Der Bonn-Kompromiss sei gerade noch erträglich; er sei das relativ Beste und vor allem das Einzige, was wir hätten. Eine Umweltorganisation überschlug sich gar vor Euphorie, als sie von einem „geopolitischen Erdbeben“ sprach. Obwohl haufenweise Kröten geschluckt wurden, tönt der Refrain der Gegenwart: „Es gibt keine Alternative.“ Wieder einmal. ...

Tatsächlich hat dieser Kompromiss jene Grenze überschritten, die für Unterhändler häufig unsichtbar wird: ab wann ein „Verhandlungserfolg“ so schlecht ist, dass er mehr schadet als nützt – und das eigentliche Ziel kompromittiert. Dies gilt nicht nur für die nochmals amputierte Zielgröße, die nicht einmal mehr eine CO₂-Minderung von zwei Prozent erreicht. Noch viel mehr trifft dies auf die so genannten flexiblen Instrumente des Protokolls zu, die einen unbegrenzten Emissionshandel und „Joint Implementation“ erlauben. Damit können Verpflichtungen dadurch erfüllt werden, dass Emissionsrechte und Emissionsboni gekauft werden, statt Klimaschutzinitiativen im eigenen Land zu starten. ... Diejenigen Umweltverbände, die in bester Absicht zu dem Kompromiss aufrufen, werden noch unangenehme Überraschungen erleben.

Kommentar von Rainer Balcerowiak in der Jungen Welt vom 30.7.2001

Genua ist auch Kyoto.

... Das jetzt erzielte Übereinkommen, dessen Ratifizierung zudem in den Sternen steht, ist in bezug auf den Klimaschutz so lächerlich, daß die Bemühungen seiner Gesandten fast rührend wirken. Addiert man die Weigerung der USA, sich auf Reduktion der Treibhausgase festzulegen, mit der Anrechnung von Waldflächen auf die produzierten Treibhausgase und den diversen Schlupflöchern der Vereinbarung, ist umte dem Strich sogar mit einer Steigerung der CO₂-Emissionen zu rechnen. Der „Segen“ der Globalisierung manifestiert sich beim Umweltschutz in der Möglichkeit, mit Klimazerstörungsrechten weltweit zu handeln und zudem die Deindustrialisierung möglicher Weltmarktkonkurrenten mit ein paar Glasperlen zu prämiieren.

Mail von Jörg Bergstedt, Institut für Ökologie und Red. Wirtschaft der „Ö-Punkte“

Kritik an der Konferenz

1. Das ohnehin beschlossene Kyoto-Protokoll ist nicht verbessert, sondern nochmals verschlechtert worden. Damit erfüllten sich Ankündigungen aus den Reihen der Kyoto-KritikerInnen, die bereits vorhergesagt, daß Bonn nur zu einer weiteren Verschlechterung dienen würde, um dann das Kyoto-Protokoll dennoch bzw. deswegen anzunehmen.

2. Die Umweltverbände (NGOs) hatten seit dem Ausstieg der USA platt auf einen „Pro Kyoto“-Kurs gesetzt und auf Kritik weitgehend verzichtet. Solch eine Strategie ist immer falsch, da sie den nötigen Druck wegnimmt. Zudem blieben die NGOs ihren eigenen Aussagen nicht treu. Sie riefen vor den Verhandlungen alle auf, mit ihnen für eine Verbesserung der Ausführungsbestimmungen zu kämpfen. Heraus kam eine Verschlechterung. Dennoch begrüßen die Umweltverbände das Ergebnis der Konferenz. Offenbar haben sie keine inhaltlichen Positionen oder nehmen sich selbst nicht ernst.

3. Wie zu befürchten war, ist nun eine Verrechtlichung der beschlossenen Umweltsauereien vollzogen worden (bzw. wird durch die Ratifizierung). Umweltverbände (statt den Beschluß zu verhindern) sehen es nun als ihre Aufgabe an, den entstandenen Schaden (Schlupflöcher) zu verhindern.

4. Der Pakt aus Regierungen, Konzernen, Medien und NGOs hat perfekt funktioniert. Kritische Stimmen wurden nicht wahrgenommen oder sogar in der Berichterstattung wider besseren Wissens umgedeutet. Diese seit wenigen Jahren bestehende Elitestruktur in den Industrienationen stellt einen handlungsfähigen Machtblock dar, dem ein in „Gut“ und „Böse“ kategorisierter, unorganisierter und teilweise inhaltsleerer Widerstand auf der Straße entgegensteht.

Kritische Gruppen wurden nicht nur marginalisiert, sondern standen sich mit ihren Strategien auch selbst im Weg. Die Unklarheit in den Positionen einiger Gruppen schwächte die öffentliche Ausdruckstärke, gleiches gilt für die schwache zahlenmäßige Anwesenheit deutschsprachiger Umweltgruppen bei den Aktivitäten (ausgenommen dem inhaltlich flachen, kyoto-euphorischen Rettungsboot). Auch jetzt fehlt eine klare Stimme, die die Klimakonferenz als Mißerfolg bewertet.

Lambert Schneider/Sabine Poetzsch in: Der Überblick 4/2001, S. 56ff²

Instrument mit begrenztem Nutzen

... für die erneuerbaren Energien und für die ärmsten Länder darf man von dem Mechanismus in seiner gegenwärtigen Form nicht allzu viel erwarten Aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit besteht ein weiteres Problem darin, dass sich die Investitionen in CDM-Projekte vermutlich auf eine sehr begrenzte Anzahl von Ländern konzentrieren werden. ... Laut Schätzungen werden ... möglicherweise alleine in China 60 bis 80 Prozent der CDM-Projekte umgesetzt werden. Weitere 10 bis 20 Prozent könnten auf Indien entfallen. Damit bliebe für den Rest der Entwicklungsländer nur ein kleiner Brocken vom ohnehin schon kleiner gewordenen Kuchen übrig.

Mit ihren positiven Formulierungen standen die Umwelt-NGOs nicht nur im Widerspruch zu verschiedenen Aktionsgruppen und weiteren BeobachterInnen sowie auf einer Linie mit der Regierung, sondern es ergab sich auf offen sichtbar eine gemeinsame Haltung mit der Industrie.

Im Original: Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI (per Email)

Der in Bonn erzielte Kyoto-Kompromiss ist nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) ein kleiner, aber entscheidender Schritt in die richtige Richtung. ... Der BDI wies darauf hin, dass die immensen Zugeständnisse bei der Anrechnung von Kohlendioxidspeichern (Senken) und bei der Erfüllungskontrolle vor allem an Russland, Kanada und Japan zu Wettbewerbsnachteilen für die deutsche und

europäische Industrie führen könnten. Während des Klimagipfels in Den Haag hatte der BDI deshalb vor einer Einigung um jeden Preis gewarnt. Die weichen Bonner Aussagen zur Erfüllungskontrolle könnten der deutschen Industrie nicht die Sorge vor Ungleichbehandlung gegenüber Wettbewerbern aus anderen Vertragsstaaten nehmen.

Einzelne Funktionäre von Umwelt-NGOs hielten es sogar für notwendig, neben ihrer PR-Arbeit für Regierung und neoliberales Kyoto-Protokoll die KritikerInnen direkt anzugreifen.

Im Original: Mail von Manfred Treber, Germanwatch, am 27.7.2001

WER ERREICHT LANGFRISTIG AM MEISTEN IM KLIMASCHUTZ?

- 178 Länder, die sich am Montag für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls, für einen allerersten, völlig unzureichenden Anfang im internationalen Klimaschutz aussprachen
- 1 Land geführt von Präsident Bush, der das Problem „sehr ernst“ nimmt, aber keine rechtlich verbindlichen Ziele akzeptieren will oder schließlich
- Jörg Bergstedt, Hermann Scheer⁹ und ein paar andere, die bisher im Klimaschutz allerdings noch nicht im geringsten ausgewiesen sind und, das ist bekannt, auch andere Ziele verfolgen.

Die siebte Konferenz (COP7) fand dann in Marrakesh statt. Dort wurde das Bonner Ergebnis weiter deutlich verschlechtert. Die Abläufe wiederholten sich weitgehend. Im Vorfeld feierten EU-Regierungen, NGOs und Medien das Bonner Ergebnis und warben für die endgültige Verabschiedung der Ausführungsbestimmungen auf dieser Grundlage. In Marrakesh dann wurden erneut deutliche Abstriche gemacht, was in Beobachterkreisen zu Kritik führte, während NGOs und EU-Regierungen wiederum den Abschluß lobten.

Im Original: Helmut Haberl, Chefredakteur, in Energiewende 4/2001 (S. 2)

Heiße Luft

Auf der Klimakonferenz in Marrakesh wurden die Ziele des Kyoto-Protokolls weiter verwässert. Russland darf sich nun mit 33 Millionen Tonnen Kohlenstoff mehr als doppelt so viel Kohlenstoffsenken gutschreiben lassen als in Bonn vereinbart. Das bedeutet, dass Russland nun noch mehr „heiße Luft“ zu verkaufen hat. Darunter versteht man im Jargon der internationalen Klimaverhandlungen handelbare CO₂-Emissionsrechte, denen keine reale CO₂-Reduktion gegenübersteht, bzw. nur solche CO₂-„Reduktionsmaßnahmen“, die auch ohne Kyoto-Abkommen getroffen worden wären. ... Das Kyoto-Protokoll wird auf Grund der zahlreichen Schlupflöcher sowie des Rückzugs der USA nicht zu einer Treibhaus-Reduktion von 5,2 Prozent führen, wie ursprünglich geplant. Nach Schätzungen von William Nordhaus wird die Treibhausgas-Reduktion im Jahr 2010 nur mehr etwas ein Prozent betragen.

Dr. Eva Glawischnig, Nationalratsabgeordnete der Grünen in Österreich, in Energiewende 4/2001 (S. 3)

... ist nur ein kleiner Schritt für den Klimaschutz. Das schon in Bonn massiv aufgeweichte Kyoto-Protokoll wurde weiter abgeschwächt.

b. Bewertung

Der moderne Klimaschutz bietet Anschauung in vielerlei Hinsicht:

- Hinter dem Deckmantel der Ökologie werden neue Verwertungslogiken geschaffen. Umweltschutz ist dadurch zu einem Zugpferd des Neoliberalismus, d.h. der Ausdehnung von Verwertungsverhältnissen geworden. Ähnliches wird für soziale und Gesundheitsfragen in den nächsten Jahren gelten. Sie werden genutzt werden, um unter dem Schleier des Menschlichen Profitmaximierung und Kapitalakkumulation vorzubereiten.
- Die NGOs sowie viele weitere politische AkteurInnen haben sich einfangen lassen von der Propaganda der Regierungen und können inzwischen zur Regierungssphäre ge-

zählt werden. Aggressivität richtet sich, so sie überhaupt vorkommt, nicht mehr gegen die Regierenden, sondern gegenüber den verbliebenen unabhängigen Gruppen. Ihnen werfen die regierungsorientierten NGOs und FunktionärInnen vor, ihre Beratungs- und Lobbyarbeit zu schwächen durch radikale Positionen und Aktionen.

- Die selbst aus dem Blick des Reformismus katastrophalen Ergebnisse aktueller politischer Konferenzen und Entscheidungen irritieren die NGOs nicht mehr. Sie tragen ihren Teil dazu bei, nach jedem Rückschritt das Ganze als Fortschritt zu feiern und damit Akzeptanz für eine gescheiterte Konferenz nach der anderen zu schaffen.
- Herrschaft wird weder diskutiert noch in Frage gestellt.
- Die Rivalität zwischen Europa und den USA spitzt sich weltpolitisch zu. Die europäischen Regierungen benutzen ökoneoliberale Argumente als eine der schärfsten Waffen gegenüber den USA mit ihren weniger integrierenden Herrschaftsstrategien. Die EU kann den Nachteil ihrer Zersplitterung durch den deutlich moderneren Ansatz harmonisierender Herrschaftsausübung immer mehr wettmachen.

Das Kyoto-Protokoll gehört zu den ersten umfassenden, weltweiten Werken der vollständigen Fusion von Verwertungslogik mit dem Mäntelchen des Sozialen und Ökologischen. Es ist zu erwarten, daß dieses Prinzip fortan zum dominanten Politikstil wird. Der Schutz der Umwelt und die Rettung der armen Menschen wird zur Chefsache der Industrienationen. Die Mittel, das Problem zu lösen, werden mehr Markt, mehr Konzernmacht, mehr Gerichtshöfe, mehr Kontrolle und mehr Kriege sein. Die Umweltzerstörung, die Toten, das Elend, die Vertreibung und der Hunger, die als Folge dieser Form von Politik immer mehr zunehmen werden, sind fortan bedauerliche Folgen des eigentlich Guten. Und die Legitimation von noch mehr „guten“ Kriegen, Märkten, Kontrollen ...

Quellen zu 4.6

- 1 Die Autoren dieses Buches stehen dem Kyoto-Protokoll positiv gegenüber – was ihre Formulierungen noch eindrucksvoller macht, beschreiben sie doch zustimmend das kapitalistische Regime des Klimaschutzes.
- 2 Auch nach den Erfahrungen der Bonner Klimakonferenz ändert sich das nicht. Mit Bezug auf die im Sommer 2002 stattfindende Weltkonferenz „Rio+10“ beschäftigte sich Risingtide in Deutschland mit der Agenda 21. Ihr Fazit: „Risingtide unterstützt die Idee der Agenda, die Umsetzung ist defizitär, deshalb wird der Vertrag abgelehnt.“ (**Protokoll aus dem Treffen im Januar 2002**)
- 3 Die WWF-Mitarbeiterin Renate Günther rief nach der Verabschiedung der Resolution gegen das Kyoto-Protokoll durch das Bundes-Ökologie-Treffen noch sehr aufgeregt bei einem der Teilnehmer des BÖTs an und wollte darüber diskutieren. Doch diesem eigenen Vorschlag kam sie nie nach.
- 4 Nach (!) diesem Vorgang begann Wolfgang Pomrehm in der Jungen Welt eine feste Anstellung und ist seitdem dort immer wieder als NGO-naher Schreiber aufgefallen.
- 5 In der gleichen Ausgabe wird über gentechnisch gezüchtete Baumarten als Klimaschutz berichtet.
- 6 In den Formulierungen der Redaktion deutet sich schon der Widerspruch zu den einseitig positiven Äußerungen der Umwelt-NGOs an, d.h. den vorher Kyoto-euphorischen Medien waren Zweifel gekommen. Weitere Beispiele folgen im Text.
- 7 In der österreichischen Zeitung „Energiewende“, herausgegeben vom Ökologie-Institut in Wien und dem WWF Österreich, wurde das Kyoto-Protokoll scharf kritisiert. Offenbar ist die Regierungsnähe ein Phänomen speziell der großen NGOs in den Führungsnationen Europas.
- 8 Entwicklungspolitische Zeitung – gemeint ist im Text der Clean Development Mechanismen, der Klimaverschmutzungsrechte an die vergibt, die Klimaschutz in Entwicklungsprojekten finanzieren.
- 9 Hermann Scheer hatte sich mehrfach kritisch zum Kyoto-Protokoll geäußert. Er ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident von Eurosolar. In beiden Funktionen hat er maßgeblich am Erneuerbare-Energien-Gesetz mitgewirkt.

4.7 Nationale Befreiung und Nation als Sicherheitsgarant

Eine Steigerung der Befürwortung von Staat und Nation findet sich oft dann, wenn der Mythos bewaffneter Befreiung und von Widerstand und Kampf gegen das „Böse“ damit verbunden ist – was auch immer das jeweils ist. In der Geschichte politischer Bewegung gibt es viele Beispiele dafür, daß eine Analyse von Herrschaftsverhältnissen verdrängt wurde, wenn die Sprache der Gewehrläufe den Blick trübte und Schwarz-weiß-Schemata hervorrief. Solidarität mit einer, Haß gegen die andere Seite waren die Folge.

So geschah es mit vielen nationalen Befreiungsbewegungen, die von „linken“ politischen Gruppen unterstützt und beworben wurden, weil sie gegen die Herrschenden im dortigen Land, gegen die Unterdrückung von Benachteiligten oder Minderheiten kämpften. Die Solidarität mit Verfolgten staatlicher Gewalt ist dabei richtig, solange sie sich gegen die Verfolgung selbst richtet. Aus emanzipatorischer Sicht ist staatliche Gewalt nie akzeptabel, wenn sie auch in vielen Einzelfällen heute noch eine hinnehmbare Notlösung darstellt, weil andere Reaktionen z.B. gegen Gewalt zwischen Menschen in dem Zeitpunkt nicht möglich erscheinen. Systematische staatliche Kontrolle oder Verfolgung aber ist eine krasse Form der Unterdrückung, Befreiungskämpfe dagegen legitim.

Dennoch bleibt festzustellen, daß das Freund-Feind-Schema darauf reduziert wurde. Die Ziele, Methoden und internen Strukturen nationaler Befreiungsbewegungen wurden ausgeblendet. Dabei hätte meist schon ein oberflächlicher Blick ausgereicht, um die meisten Befreiungskämpfe als herrschaftsorientiert wahrzunehmen:

- Ziel war die Abschüttelung der Fremdherrschaft und der Aufbau eines neuen Herrschaftssystem unter der eigenen Kontrolle. Das wäre ein Wechsel, aber kein Abbau von Herrschaft gewesen.
- In vielen Fällen wurden eigene Staaten angestrebt. Staaten aber bedeuten nur für die Herrschenden mehr Handlungsmöglichkeiten, Absicherungen und Kontrolle, nicht aber für die Menschen.
- Innerhalb der meisten Befreiungsbewegungen gab es krasse Dominanzverhältnisse, der Umgang mit Kindern, das Verhältnis von Männern zu Frauen usw. zeugten von einer grundlegend patriarchalen Gesellschaftslogik. Damit wäre es auch hinsichtlich dieser Diskriminierungsverhältnisse nicht zu Fortschritten gekommen.
- Die Ideologien waren meist herrschaftsbefürwortend, oft orientiert auf einzelne Führerpersonen und eine darauf zugeschnittene religiöse oder weltanschauliche Grundlage.

Entsprechend haben erfolgreiche sog. Befreiungskämpfe dieser Art wenig Fortschritte gebracht. Es war eher zufällig, ob Machtwechsel die Verhältnisse für die Menschen durchschnittlich verbesserten oder sogar verschlechterten: Das Regime des Ayatollah Khomeini im Iran und die Taliban in Afghanistan wurden einst als Befreiungsbewegungen unterstützt und gefeiert – ersteres von den „Linken“ gegen den gemeinsamen Feind Schah, weitere z.B. von der US-Regierung als gemeinsame Feinde der sowjetischen Beeinflussung. Diese Zufälligkeit ist nicht überraschend, denn eine Auseinandersetzung mit Herrschaft findet gar nicht statt. So werden Staat, Nation, Regierung, Volk usw. zu Begriffen, die neutral zu sein scheinen – wo sich allein die Frage stellt, wer sie jeweils ausfüllt und steuert.

Im Original: Auszug aus einem Leserbrief in der Göttinger Drucksache Nr. 381

Wenn irgendetwas Gesellschaftspolitisches aus dem vergangenen Jahrhundert zu lernen ist, dann wohl das, wohin die Konstruktion von gesellschaftlichen Kategorien wie „Völker“, „Nationen“, „Rassen“ führen kann: Diese Einteilungen von Menschen führen zu Hierarchisierungen, Ausbeutung und Unterdrückung

und kann in Massenvernichtung enden. Auf rassistische, nationalistische, völkische Unterdrückung mit umgekehrtem Rassismus und „Nationalen Befreiungsbewegungen“ zu antworten, reproduziert dieses Denken letzten Endes nur immer weiter (und ich denke, das Gleiche gilt analog auch für Sexismus). Dies ist deutlich zu sehen: Was ist an der ReallRA, der UCK, einem eventuellen Staat (nicht nur) unter Führung der PKK oder dem aktuellen Autobombenterror der ETA noch emanzipatorisch? Fiese Folterer der Guardia Civil ist eine Sache, aber bei explodierenden Bomben in belebten Straßen schlägt der angebliche Befreiungskampf in nichts anderes als nationalistischen Terror um. „Ser vasco no es delicto“ (baskisch sein ist kein Verbrechen). So lautet die Parole eines Plakates, das vor einigen Monaten im T-Keller im Rahmen einer Ausstellung von politischen Plakaten aus dem schönen Baskenland zu bewundern war. Wozu immer wieder diese überflüssige Identitätskonstruktion, um sich gegen eine sehr reale nationalistische Unterdrückung zu wehren? „Patria o muerte!“ (Vaterland oder Tod!) So lautet einer der Propagandaslogans nicht nur von Fidel. Wenn ich wählen dürfte: weder noch, no gracias. „Wir Deutschen“ dürften unsere Erfahrungen mit dem „deutschen Nationalismus“ nicht auf andere Regionen übertragen, höre ich manchmal als Gegenargument zu meiner Position. Das sehe ich genau anders herum: Menschen, die sich der Geschichte der „deutschen“ völkischen Ideologisierung bewusst sind, können Ähnliches in anderen Regionen erkennen. Was hier mörderisch ist, ist es woanders auch – mal in dieser, mal in jener Form. Ich meine, dieser Planet ist zu klein für den ganzen völkischen Schwachsinn: Wir sollten das getrost mit dem letzten Jahrtausend hinter uns lassen.

Der ganze rassistische, nationalistische, völkische und sexistische Mist ist menschenverachtend und das ist Grund genug, damit auch im eigenen Kopf aufzuhören und nicht nur, weil sonst die Gefahr bestünde, Solidaritätsbekundungen von FaschistInnen zu ernten.

a. Der Konflikt Israel-Palästina in der innerdeutschen Diskussion

Prägendes Merkmal der Debatte ist die Ausblendung von staatlich-institutionellen Herrschaftsverhältnissen. Die Interessen der israelischen bzw. der palästinensischen Führung werden von den pro-israelischen Strömungen genauso übersehen wie von den pro-palästinensischen. Tatsächlich sind aber sowohl Israel wie auch Palästina hochkomplexe, von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen durchzogene Gesellschaften. Israel ist eine moderne Demokratie westlichen Zuschnittes, d.h. die typische demokratische Kontrolle des öffentlichen Lebens durch hochtechnisierte Überwachungssysteme ist hier genauso präsent wie Kapitalverhältnisse, Bevormundungen und sonstige „übliche“ Diskriminierungen. Hinzu kommt ein Spektrum religiösen Fanatismusses, der in den Parlamenten stark vertreten und an der Sharon-Regierung beteiligt ist. Besonders aus diesen Gruppen wird immer wieder die totale Ausrottung oder Vertreibung aller PalästinenserInnen gefordert.

Die palästinensischen Autonomiegebiete, ihre Behörden und Organisationen bestehen überwiegend aus patriarchal-personalen Machtstrukturen. An der Spitze steht der Clan um Arafat, der mit den typischen Unterdrückungsmitteln einer Diktatur agiert – einschließlich Folter, öffentliche Hinrichtungen usw. Innerhalb Palästinas wirken beide dominanten Herrschaftsverhältnisse, die Abhängigkeit von den ökonomischen Herrschaftsstrukturen in Israel sowie die Unterdrückung durch das Arafat-Regime zusammen. Eine Herrschaftskritik müßte diese Verhältnisse benennen und eine politische Praxis entwickeln, die diese angreift – und anderem eine Solidarität herstellt mit den Gruppen, die in Palästina und Israel dagegen auftreten und agieren. Doch das geschieht kaum.

Pro-israelische Positionen

In der antideutschen Kritik wird jegliche Staatsanalyse ausgeblendet. Der Staat Israel wird gleichgesetzt mit der Gesellschaft, es wird Interessensidentität zwischen Regierenden und Regierten angenommen – ein krasser Rückschritt, geradezu die Aufgabe jeder Herrschaftsanalyse. Kapitalinteressen, Machterhalt, Diskriminierungsformen sind komplett negiert.

Im Original: Hermann L. Gremiliza in der konkret 5/02

Israel ist der Staat, dessen ganzer Zweck der Schutz jüdischen Lebens ist

Im Original: Auszug aus „Der Kommunismus und Israel“, jour fixe frühjahr/sommer 2002 von isf, Freiburg

Im Wesen Israels als des ungleichzeitigen Staates der Juden liegt es aber nicht nur, Reaktion auf den Verfall an Aufklärung und Weltrevolution, nicht nur, Notwehrversuch gegen den Nazifaschismus und Asyl zu sein. Sondern eben auch, daß die üblichen Muster der bürgerlichen Rollenverteilung – hier das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates im allgemeinen und dort die Personen, die die Regierungsausübung im besonderen besorgen – für den israelischen Staat aufgrund seiner Konstitutionsbedingungen keine Geltung mehr hat. ... Israel einer „Klassenanalyse“ zu unterwerfen zu können – all dies Gewese verdrängt, daß Ariel Sharon, natürlich ohne es zu wollen, näher dran ist am Kommunismus als seine Kritiker, daß er, auf seine, ihm als General einzig mögliche Weise, den antifaschistischen Kampf führt als eine Art israelische Ausgabe von Buonaventura Derruti. Denn der Kommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, verlangt, soll er gelingen, etwas Unmögliches: Rache für die Toten, für die Opfer der Barbarei; zugleich aber auch, daß niemand anders behandelt werde als nach seinem eigenen Maß: Gerechtigkeit für die Lebenden. ... Daß die militante Aufklärung die Gestalt Ariel Sharons und der Panzer der israelischen Armee annimmt, das heißt die historisch derzeit einzig mögliche Form, versetzt natürlich diejenigen in helle Aufregung, die von der Aufklärung nur den „Aufklärer“ (Ernst Bloch) behalten haben ... Es mag sein, daß die Juden ein „Volk“ sind; Israel ist jedenfalls eine Gesellschaft. ... (zu Palästina) Islamfaschismus dieses Volkes ... Ariel Sharon jedenfalls, der Zionist und praktische Antifaschist, ist dem aufgelösten Rätsel der Geschichte näher als die deutsche Linke ...

Das Prinzip des Volkes, also die Konstruktion einer Einheitlichkeit von Menschen ähnlicher Abstammung oder geografischer Herkunft, wird auch über Israel und Palästina hinaus immer öfter angenommen, z.B. die Konstruktion „Deutsche“.

Im Original: Auszug aus der konkret 3/02

Es gibt kein Prinzip, das es Mitgliedern des Kollektivs ‚die Deutschen‘ erlaubte, in solcher Lage anderes zu tun, als Israels Partei zu ergreifen.

Zur Ausblendung von Herrschaft gehört auch das ständige Übersehen von zum Teil krassen Unterdrückungsformen. Waren „Offene Grenzen“ noch vor wenigen Monaten in linken Gruppen eine gemeinsame Position, so sind Grenzkontrollen und Einschränkung von Bewegungsfreiheit (z.B. Einwanderungs-/Rückkehrmöglichkeit für seit der Staatsgründung Israels vertriebene sog. „PalästinenserInnen“) jetzt bei Antideutschen und der zunehmenden Zahl pronationaler Israel-UnterstützerInnen weit verbreitet. Nicht weniger blind sind propalästinensische Gruppen: Sie verzichten meist auf eine klare Kritik des Arafat-Regimes, obwohl dessen Diktatur mit ständiger Folter, politischen Morden sowie der Unterstützung des unmenschlichen Terrors in Israel offensichtlich ist.

Im Original: Auszug aus „Der Kommunismus und Israel“ vom ISF in der antideutschen Zeitung T-34 (S. 15f)

Nun soll gewiß nicht behauptet werden, Ariel Sharon sei der Lenin von Israel, aber die israelische Staatlichkeit speist sich, historisch wie strukturell, aus ihrem Wesen als parlamentarisch verfaßte und im Staat zusammengefaßte Emanzipationsgewalt.

Titel und Textauszug eines Flugblatts, das auf der LL-Demo 2002 von den JungdemokratInnen/Junge Linke verteilt wurde, Originaltext und Debatte unter www.de.indymedia.org/2002/01/13550.html

Cool Kids tragen kein Pall-Tuch

... Israel als bürgerliche Gesellschaft hingegen ist auch ein schützender Hafen für all diejenigen, die in arabischen Staaten keine Chance hätten: Schwule, Lesben, selbstbewusste Frauen, Atheisten und Nonkonformisten, die keine Lust haben, ihr Leben als „Märtyrer“ zu beenden.

Pro-palästinensische Positionen

Keinen Deut besser sieht es in weiten Teilen der Gruppen aus, die die militaristische Politik Israels angreifen und Solidarität mit dem palästinensischen „Widerstand“ und dahinterstehende Strukturen einfordern. Zum einen richtet sich ihre praktische Politik ähnlich wie bei den Antideutschen und Israel-AnhängerInnen nicht auf eine Emanzipation oder Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Nahost, sondern gegen politische GegnerInnen in Deutschland.¹ Zum zweiten werden wie bei den Antideutschen sämtliche Analysen von Herrschaftsverhältnissen innerhalb von Staaten und staatsähnlichen Strukturen ausgeblendet. So wird Israel als Einheit gesehen und angegriffen – als Einheit (klassenlos, Interessenidentität von Regierung und Regierten) sehen auch die Antideutschen Israel. Der Unterschied reduziert sich auf die Bewertung, die Beschreibung ist identisch. Gleiches gilt für Palästina – die Antideutschen reden vom „palästinensischen Selbstmordkollektiv“, die pro-palästinensischen Gruppen reden unterschiedsverwischend vom „palästinensischen Widerstand“ oder gar „Volk“. Bei rechten Gruppen klangen Beschreibungen der beiden Gesellschaften sehr ähnlich. alle konstruieren Einheitlichkeit, d.h. sie argumentieren völkisch. Zwischen Sharon und antimilitaristischen oder anarchistischen Gruppen in Israel wird nicht mehr unterschieden. Die orthodoxen Regierungsmitglieder, die die Ausrottung aller PalästinenserInnen offen fordern, sind das gleiche einheitliche Kollektiv wie die Menschen, die als Angehörige des israelischen Staates das Ende der Besatzungen oder Konfrontationspolitik fordern. In gleicher Weise wird eine Gleichheit in den palästinensischen Autonomiegebieten konstruiert. Der Arafat-Clan und die hungerleidenden Teile der Bevölkerung, die Geheimpolizei und die Menschen auf ihren Folterbänken stellen ein „Volk“, „Kollektiv“ u.ä., die Aktionen gegen Israel einen „Volksaufstand“ dar.

Im Original: Auszug aus dem Kritik-Text der Gruppe Demontage zu einer Filmreihe der FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V. im Mai 1998²

Israel wird in dem ganzen Text als monolithischer, aggressiver Gegner konstruiert.³ Israel wird als Subjekt gesetzt, als ob es sich nicht um eine Klassengesellschaft mit tiefgehenden Widersprüchen handelte.

Hinzu kommt bei vielen palästinensischen und pro-palästinensischen Gruppen ein versteckter oder offener Antisemitismus.⁴ Dazu gehören mehrere Argumentationsmuster, die Israel oder jüdischen Menschen insgesamt das Recht auf Selbstbestimmung abspricht, sie zu Schuldigen antisemitischer Hetze macht usw.:

- Die Reduzierung Israels auf einen US-Brückenkopf in Nahost negiert einen eigenständigen Existenzgrund für Israelis. Abgesehen von der komplett falschen Analyse (Israel entstand aus ganz anderen Gründen, vor allem als Reaktion auf die weltweite Verfolgung von Juden; die USA haben zudem auch in arabischen Staaten direkt viele Stützpunkte, z.B. in Saudi-Arabien) nutzt diese Argumentation geschickt den vorhandenen Anti-Amerikanismus, um ihn gegen Israel zu wenden. Bei aller notwendiger Kritik an der machtorientierten, menschenverachtenden Weltpolitik der US-Regierung (nicht der AmerikanerInnen als Kollektiv!) und anderer Institutionen in den USA ist es falsch, Israel dafür kollektiv zu brandmarken.
- Immer wieder wird die Politik Israels als Grund für den Antisemitismus angeführt. Das ist die gleiche falsche Analyse wie die Schuld einer Frau an ihrer Vergewaltigung, wenn sie bestimmte Kleidung trägt, oder eines Obdachlosen an Repression oder sozialrassistische Angriffe, weil er ja nicht hätte auf der Straße sitzen oder betteln müssen. Bei aller Kritik an der militaristischen Politik Israel und der Herrschaftsförmigkeit auch dieses

Staates – Antisemitismus ist eine Diskriminierung, eine Kategorisierung von Menschen und vor allem vor dem historischen Hintergrund der Shoa eine unglaublich aggressive Form der Herabwürdigung von Menschen.

- Das Herrschaftsverhalten des israelischen Staates wird stärker angegriffen als gleiche oder ähnliche Strukturen in anderen Demokratien. Das ist gefährlich, weil vor allem wegen der Konflikte der Anschein erweckt wird, daß speziell Israel diese Unterdrückungsformen entwickelt hat.

Im Original: Unkommentierter O-Ton von Achmed auf dem freien Radiosender FSK am 25.10.2000⁵

Für uns ist Israel nur ein amerikanischer Stützpunkt mit Atomwaffen und ein bißchen Menschen drauf.

Mail eines Contraste-Redakteurs auf der offenen Contraste-Mailingliste

Fakt ist auch, dass ich deutlich in der Liste geschrieben habe

1) dass ich Attentate auf die Zivilbevölkerung in Israel nicht für legitim halte.

2) dass ich Attentate auf die Zivilbevölkerung in den Siedlungen der besetzten Gebiete für legitim halte, da sie sich wissentlich in Kriegsgebiet begeben haben und strukturelle Gewalt ausüben.

b. Bewertung und Perspektive

Im Streit zwischen pro-israelischen und pro-palästinensischen Gruppen in Deutschland spielen viele Faktoren eine erhebliche Rolle. Nur einige davon haben etwas mit politischer Ideologie zu tun. Oft prägender sind:

- Sowohl antideutsche wie auch palästinensische Gruppen und ihre UnterstützerInnen sind männlich geprägt, oftmals ziemlich mackerig organisiert und handelnd. Das fördert gewaltförmiges und auf Sieg abzielendes Verhalten. Gleichzeitig tritt die hinterfragende, gesellschaftliche Analyse in den Hintergrund.
- In großen Teilen der beteiligten Gruppen finden sich AnhängerInnen politischer Strömungen, die sehr schematische Gesellschaftsvorstellungen haben und alles, was geschieht, danach einzusortieren versuchen – u.a. religiöse oder orthodox-kommunistische Strömungen.
- Offensichtlich ist, daß zwischen den „Lagern“ allerhand alte Rechnungen zu begleichen sind.
- Jahrelange politische Arbeit hat bei vielen Beteiligten offen die Resignation gesteigert, Verbitterung geschaffen und die Lust auf grundlegendes Hinterfragen auf den Nullpunkt gesetzt. Insofern sind antideutsche und pro-palästinensische Aktivitäten eine ähnliche Entwicklung wie der Höhenflug von Attac⁶ – beides geht auf die Sehnsucht nach einfachen Lösungen und Halt in einer Gemeinschaft ohne Reflexion zurück. Das ist eine Parallele zur ideologischen Basis rechter Mobilisierungen.

Diese letztgenannten Punkte haben wesentlichen Einfluß, sind aber nicht Gegenstand dieses Buches. Hier ist wichtig, deutlich zu machen, welche Folgen für die eigenen Ziele und Handlungen der Verzicht auf eine Analyse von Herrschaft bedeutet – und was noch zu erwarten ist, wenn es populär wird, diese auch gar nicht mehr zu wollen. Der Spitzen-NGO Attac wirbt inzwischen offensiv damit, keine festgelegte Ideologie zu haben, sondern tagesaktuell zu entscheiden. Nach welchen Kriterien dann entschieden wird, ist komplett offen – und damit auch, welche Entscheidung getroffen wird. Emanzipatorische Politik kommt in einer solchen Lage unter die Räder, denn der Staat und seine Methoden der Durchsetzung erscheinen immer wieder als naheliegende, pragmatische Lösung.

Das genaue Gegenteil wäre wichtig: Wieder genauer hinzugucken, zu analysieren, Solida-

rität mit gesellschaftlichen Visionen zu verbinden. Das ist anstrengender und nicht mehr kompatibel mit denen, die herrschen. Aber wer eine andere Welt will, darf sich nicht davor drücken, darüber überhaupt nachzudenken, was denn anders werden soll. Sonst bleiben alle Slogans dieser Art eine Farce. In den Straßenszenen von pro-israelischen gegen pro-palästinensischen Gruppen jedenfalls gibt es schon die ersten Gewinner: Die Herrschaft, die Nation, das Volk. Beide Seiten reproduzieren damit nicht nur Herrschaft, sondern sie sind auch anschlussfähig an rechte Gruppen. Denn die hoffen auch auf mehr Staat, mehr Nation und die Reduzierung der Menschen auf ihr Dasein als Teil des Volkes. Nicht überraschend ist, daß rechte Gruppen immer dabei sind – ob nun für Israel, für Palästina oder auch immer mehr in den modernen, staatstreuen NGOs der letzten Jahre.

Quellen zu 4.7

- 1 Das beweisen auch die ständigen Berichte über Pöbeleien bis Schlägereien zwischen den streitenden Gruppen. Ein guter Teil dieser Berichte ist frei erfunden, um die jeweils andere Seite als Schlägertruppe und sich selbst als Opfer zu inszenieren. Gleichzeitig gibt es auf beiden Seiten ein sehr aggressives Vokabular, das auch Gewaltanwendung gegen die jeweils andere Seite offen läßt.
- 2 Zitiert nach Gruppe Demontage, „Antisemitismus in der BRD-Linken“ in: Phase 2, Mai 2002 (S. 53).
- 3 Bemerkenswert: Genau diese Behauptung, hier als richtige Kritik an Israel-KritikerInnen formuliert, findet sich bei den antideutschen Israel-AnhängerInnen tatsächlich (siehe oben im Text des isf).
- 4 Siehe auch im Kap. 3.3 unter b., Antisemitismus.
- 5 Andere Gruppen übten anschließend Kritik an der Sendung.
- 6 Wobei große Teile von Attac die pro-palästinensischen und manchmal klar antisemitischen Positionen teilen – siehe z.B. die Berichte des französischen Attac-Chef Bernard Cassen über seine Reise nach Israel und Palästina im Frühjahr 2002.